

Armut- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich: Ergebnisse aus EU-SILC 2010

Till-Tentschert, Ursula; Till, Matthias; Glaser, Thomas; Heuberger, Richard; Kafka, Elisabeth; Lamei, Nadja; Skina-Tabue, Magdalena

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Till-Tentschert, U., Till, M., Glaser, T., Heuberger, R., Kafka, E., Lamei, N., Skina-Tabue, M. (2011). *Armut- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich: Ergebnisse aus EU-SILC 2010*. (Sozialpolitische Studienreihe, 8). Wien: ÖGB-Verl.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-412654>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>



bmask.gv.at

BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ

SOZIALPOLITISCHE STUDIENREIHE

BAND 8

**Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung
in Österreich
Ergebnisse aus EU-SILC 2010**

Studie der Statistik Austria im Auftrag des BMASK

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Stubenring 1, 1010 Wien

- **Redaktion** Ursula Till-Tentschert (Projektleitung EU-SILC), Matthias Till (Eingliederungsindikatoren), Thomas Glaser, Richard Heuberger, Elisabeth Kafka, Nadja Lamei, Magdalena Skina-Tabue (alle Statistik Austria)
- **Konzeption und Druckvorstufe:** Waltraud Unger (Statistik Austria)
- **Lektorat:** Florian Pauer
- **Druck:** Druckerei Berger & Söhne GmbH, Horn
- **1. Auflage:** Dezember 2011, ISBN 978-3-85010-275-9

Alle Rechte vorbehalten: Zu beziehen bei BMASK-Bestellservice 0800/20 20 74 oder <http://broschuerenservice.bmask.gv.at>. Jede Verwertung (auch auszugsweise) ist ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig. Dies gilt insbesondere für jede Art der Vervielfältigung, der Übersetzung, der Mikroverfilmung, der Wiedergabe in Fernsehen und Hörfunk, sowie der Verarbeitung und Einspeicherung in elektronische Medien, wie z. B. Internet oder CD-Rom.

ARMUTS- UND AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG IN ÖSTERREICH ERGEBNISSE AUS EU-SILC 2010

Ursula Till-Tentschert (Projektleitung EU-SILC), Matthias Till (Eingliederungsindikatoren),
Thomas Glaser, Richard Heuberger, Elisabeth Kafka, Nadja Lamei, Magdalena Skina-Tabue
Studie der Statistik Austria im Auftrag des BMASK

VORWORT

Der Band 8 der Sozialpolitischen Studienreihe dokumentiert die Einkommens- und Lebensbedingungen in Österreich auf Basis der EU-SILC-Daten, die jährlich in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erhoben werden. Dabei wird nicht nur die Einkommensarmut berechnet, sondern auch die Entwicklung der Ungleichheit, die Lebensbereiche Wohnen, Bildung und Gesundheit sowie die soziale Teilhabe abgebildet. Die Zahlen belegen, dass trotz Krise die Anzahl der armutsgefährdeten Menschen stabil gehalten werden konnte, dies vor allem wegen der 2008 beschlossenen Steuerreform, der Lohnabschlüsse und beschäftigungspolitischer Maßnahmen. Sozialleistungen haben gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten eine eminent stabilisierende Funktion und sind von größter Wichtigkeit. Ohne Sozialleistungen läge die Armutsgefährdungsquote nicht bei 12,1%, sondern bei 43%. Jede Person profitiert in den einzelnen Lebensabschnitten vom System der sozialen Sicherheit, ob als Kind, Erwachsener oder in der Pension.

Der inhaltliche Aufbau der Publikation hat sich im Vergleich zu den früheren Veröffentlichungen etwas verändert. Einen neuen Schwerpunkt stellt die Europa 2020-Strategie dar, bei der sich die Europäische Union im Jahr 2010 das Ziel gesetzt hat, bis 2020 20 Mio. Menschen aus Armut und sozialer Ausgrenzung herauszuführen. Österreich nimmt im Rahmen dieser Strategie seine Hausaufgaben sehr ernst und hat sich im Gegensatz zu anderen Mitgliedsstaaten auch quantitative Ziele gesetzt. Die Zahl der von Armut und Ausgrenzung bedrohten Menschen soll in diesem Zeitraum um 235.000 Personen verringert werden. Die Zahlen zeigen, dass Österreich auf einem guten Weg ist, dieses Ziel zu erreichen. Die nationalen Eingliederungsindikatoren runden dieses Thema ab.

In Zusammenhang damit steht auch die Entwicklung der Anzahl der armutsgefährdeten erwerbstätigen Personen, der sogenannten „Working Poor“. Ihr Anteil hat sich seit 2005 kontinuierlich verringert und liegt derzeit mit 4,9% weit unter dem EU-27-Durchschnitt

von 8,4%. Gründe für die positive Entwicklung sind die höhere Beschäftigungsquote von Frauen (überproportional viele Frauen in Paar-Haushalten sind erwerbstätig), der relativ geringe Anteil prekärer Beschäftigungsformen und der hohe Anteil kollektivvertraglich geregelter Beschäftigungsverhältnisse.

Als Arbeits- und Sozialminister ist es mir ein wichtiges Anliegen, immer mehr Menschen in den Arbeitsprozess zu integrieren, damit monetäre Armut von vornherein vermieden wird. Alle jene Personen, die eine spezielle Förderung zur Arbeitsmarktintegration benötigen, sollen besonders unterstützt werden. Nur Erwerbsarbeit, die ausreichend bezahlt wird, kann die Spirale von Armut und sozialer Ausgrenzung verhindern.

Bundesminister Rudolf Hundstorfer

VORWORT

Die vorliegende Publikation von Statistik Austria widmet sich erstmals ausführlich Gefährdungslagen sozialer Ausgrenzung im Sinne der Europa 2020-Strategie. Präsentiert wird die Zusammensetzung und zahlenmäßige Entwicklung der Gruppe von Ausgrenzungsgefährdeten in Österreich. Dazu werden das Ausmaß von Ausgrenzungsgefährdung im Jahr 2010 und die Entwicklung der europäischen Indikatoren in Hinblick auf das Reduktionsziel dargestellt. Österreichspezifische Aspekte von sozialer Ausgrenzung werden im Monitoring des nationalen Indikatorensets zur sozialen Eingliederung fortgeführt.

In der Europa 2020-Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum wurde von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Jahr 2010 unter anderem als eines der Ziele festgelegt, die Zahl der von Armutgefährdung und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen innerhalb der nächsten zehn Jahre um 20 Millionen zu reduzieren. Für Österreich bedeutet dies eine Reduktion der ausgrenzungsgefährdeten Gruppe um 235.000 Personen. Der umfassenden statistischen Analyse dieser Zielgruppen und einer zeitnahen Berichterstattung zu Problemlagen und Veränderungen kommt daher besondere Bedeutung zu.

Grundlage des vorliegenden Berichts sind Daten aus der EU-SILC-Erhebung 2010 zu Einkommen und Lebensbedingungen. Diese wird seit 2003 jährlich von Statistik Austria im Auftrag des BMASK durchgeführt und ist seit 2010 in einer nationalen Verordnung (BGBl. II Nr. 277/2010) geregelt.

Durch den Fokus auf die Zielsetzung der Europa 2020-Strategie erfährt die Publikation im Vergleich zur Berichterstattung zu EU-SILC in den Vorjahren einige Modifizierungen. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen bleiben weiterhin zentrale Themen, werden aber durch die Neukonzeption um Problemlagen einer mangelnden gesellschaftlichen

Teilhabe und fehlender Einbindung in den Arbeitsmarkt erweitert. Entstehungszusammenhänge sozialer Ausgrenzung und ihre Wechselwirkungen werden dargestellt, um die von Ausgrenzungsgefährdung betroffene Personengruppe und ihre Entwicklung im Zeitverlauf zu charakterisieren. Für die jährliche Aktualisierung der im Auftrag des BMASK erstellten Eingliederungsindikatoren wurde eine verbesserte Form der Darstellung gewählt. Methodische Details und Kohärenzvergleiche der Studie sowie ein umfassender Tabellenband sind auf den Websites von Statistik Austria und des BMASK abrufbar.

Dr. Konrad Pesendorfer
Fachstatistischer Generaldirektor
STATISTIK AUSTRIA

INHALTSVERZEICHNIS

	Zusammenfassung	19
1.	Einleitung	23
2.	Europäische Indikatoren und Zielgrößen für soziale Eingliederung im Rahmen der Strategie „Europa 2020“	27
2.1.	Aufbau der Strategie „Europa 2020“	27
2.2.	Definition der Zielgruppe	30
3.	Die Europa 2020-Zielgruppe zur Sozialen Eingliederung in Österreich	32
3.1.	Armutsgefährdung	32
3.1.1.	Ausmaß und Intensität der Armutsgefährdung	34
3.1.2.	Soziale Zusammensetzung der betroffenen Bevölkerung	39
3.1.3.	Entstehungszusammenhänge von Armutsgefährdung	43
3.1.4.	Dauerhafte Armutsgefährdung zwischen 2006 und 2009	63
3.2.	Erhebliche materielle Deprivation (EU-Definition)	72
3.2.1.	Zusammensetzung der Zielgruppe	77
3.2.2.	Armutsgefährdung und andere Entstehungszusammen- hänge	79
3.2.3.	Entwicklung seit 2004	84
3.3.	Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität	87
3.3.1.	Zusammensetzung der Zielgruppe	89
3.3.2.	Geringe Erwerbsintensität und Armutsgefährdung	92
3.3.3.	Spezifische Entstehungszusammenhänge geringer Erwerbsintensität	94
3.4.	Strukturmerkmale und Entwicklung der Europa 2020-Zielgruppe	97
3.4.1.	Sozialstruktur der ausgrenzungsgefährdeten Personen	102

4.	Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung	108
4.1.	Überblick über die Indikatoren	109
4.2.	Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen 2005-2010	113
4.2.1.	Wirtschaftswachstum und Krise	113
4.2.2.	Steigende Erwerbstätigkeit	114
4.2.3.	Steigerungen von Einkommen und Konsum	114
4.2.4.	Zinsentwicklung und Konsumverschuldung der Privat- haushalte	116
4.2.5.	Teuerung 2008 und Preisrückgang nach der Krise	117
4.3.	Nationale Indikatoren zur sozialen Eingliederung 2005-2010	117
4.3.1.	Lebensstandard: Benachteiligungen für Armutsge- fährdete	117
4.4.	Wohnen: Polarisierung von Problemlagen	126
4.5.	Erwerbsleben: Frauenbeteiligung verbessert sich langsam	131
4.6.	Bildung: Verbesserungen vor allem bei Vorschulbildung	136
4.7.	Gesundheit: Indikatoren zeigen wenig Veränderung	140
5.	Die Rolle der Sozialleistungen bei der Vorbeugung von Armutsgefährdung	143
6.	Anhang: Verteilung der Haushaltseinkommen in Österreich	152
6.1.	Einkommen privater Haushalte in Österreich	152
6.2.	Verteilung der äquivalisierten Einkommen in der Bevölkerung	156
6.3.	Die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushalts- einkommens	158

6.4.	Relativer Lebensstandard verschiedener Bevölkerungsgruppen	159
6.5.	Entwicklung des Medianlebensstandards 2004-2010	163
7.	Literatur	168
7.1.	Verwendete Literatur	168
7.2.	Jährliche Berichte der Statistik Austria zu EU-SILC	170

VERZEICHNIS DER ÜBERSICHTEN

Übersicht 1:	Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des Medians für unterschiedliche Haushaltstypen	35
Übersicht 2:	Armutsgefährdungsschwelle und Armutsgefährdungsquote im Zeitverlauf 2004-2010	36
Übersicht 3:	Einkommen und Lücke der Armutsgefährdeten bei unterschiedlichen Schwellen	39
Übersicht 4:	Armutsgefährdungsquote nach Geschlecht und Alter 2004-2010	40
Übersicht 5:	Armutsgefährdungsquote nach Haupteinkommensquelle des Haushalts 2004-2010	42
Übersicht 6:	Armutsgefährdung nach Haupttätigkeit 2009 von Personen im Erwerbsalter	44
Übersicht 7:	Soziodemographisches Profil von Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Armutsrisiko	46
Übersicht 8:	Working poor in Österreich 2004-2010	49
Übersicht 9:	Armutsgefährdung in prekären Beschäftigungsformen	50
Übersicht 10:	Armutsgefährdungsquote nach Haushaltstyp 2004-2010	53
Übersicht 11:	Erwerbstätigkeit von Frauen und Armutsgefährdung in Familien	54
Übersicht 12:	Armutsgefährdungsquote und Intensität der Armutsgefährdung nach Staatsbürgerschaft	56
Übersicht 13:	Armutsgefährdung nach Staatsbürgerschaft im Zeitverlauf 2004-2010	59
Übersicht 14:	Gesundheitliche Beeinträchtigungen von Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) nach soziodemographischen Merkmalen	60
Übersicht 15:	Gesundheitliche Beeinträchtigungen und Armutsgefährdung	

	von Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre)	61
Übersicht 16:	Gesundheitliche Beeinträchtigungen und Armutsgefährdung von Personen im Pensionsalter (ab 65 Jahren)	62
Übersicht 17:	Häufigkeit des Auftretens von Armutsgefährdung 2006-2009	64
Übersicht 18:	Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen	67
Übersicht 19:	Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Haushaltstyp	70
Übersicht 20:	Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Erwerbsmerkmalen und Bildung	71
Übersicht 21:	Bestimmungsmerkmale für erhebliche materielle Deprivation	76
Übersicht 22:	Erhebliche materielle Deprivation nach Alter und Geschlecht	77
Übersicht 23:	Ausgewählte Merkmale für erheblich materiell deprivierte Personen	78
Übersicht 24:	Vermögenslage und Schuldenprobleme von Personen über der Armutsgefährdungsschwelle nach erheblicher materieller Deprivation	81
Übersicht 25:	Kostenbelastung und gesundheitliche Einschränkungen bei Personen über der Armutsgefährdungsschwelle nach erheblicher materieller Deprivation	82
Übersicht 26:	Geschätzte Prozentanteile für die von erheblicher materieller Deprivation betroffenen Personen 2004-2010 (Schwankungsbreite in Klammern)	84
Übersicht 27:	Altersgruppen nach Erwerbsintensität des Haushalts	89
Übersicht 28:	Hauptaktivität der 18- bis 59-Jährigen nach Erwerbsintensität des Haushalts	90
Übersicht 29:	Ausgewählte Haushaltsmerkmale der unter 60-Jährigen nach Erwerbsintensität	91
Übersicht 30:	Armutsgefährdung bei unter 60-Jährigen nach Erwerbsintensität des Haushalts	93

Übersicht 31:	Armutsgefährdung bei 18- bis 59-Jährigen in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten	93
Übersicht 32:	Risiko von 18- bis 59-Jährigen in einem (nahezu) Erwerbslosenhaushalt zu leben	96
Übersicht 33:	Zusammensetzung der Europa 2020-Zielgruppe der ausgrenzungsgefährdeten Personen 2009-2010	101
Übersicht 34:	Ausgrenzungsgefährdete nach Alter und Geschlecht	103
Übersicht 35:	Ausgrenzungsgefährdete nach Region und Haushaltstyp	104
Übersicht 36:	Ausgrenzungsgefährdete bei ausgewählten Risikogruppen	106
Übersicht 37:	Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich 2005 und 2010	110
Übersicht 38:	Nominelle Veränderungsraten im Sektor Private Haushalte 2005-2010 (Veränderungsdaten jeweils in % zum Vorjahr)	115
Übersicht 39:	Merkmale finanzieller Deprivation (nationale Definition)	125
Übersicht 40:	Zusammenhang von Armutsgefährdung und finanzieller Deprivation	126
Übersicht 41:	Vorschulbildung	139
Übersicht 42:	Anteil der Sozialleistungen und Pensionen am verfügbaren Einkommen	144
Übersicht 43:	Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen nach Haushaltszusammensetzung	147
Übersicht 44:	Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen in ausgewählten Risikogruppen	150
Übersicht 45:	Einkommensbestandteile in EU-SILC zur Ermittlung des Haushaltseinkommens	153
Übersicht 46:	Verteilung des Einkommens privater Haushalte	155
Übersicht 47:	Verteilungsperzentile des Äquivalenzeinkommens von Personen	157
Übersicht 48:	Relativer Lebensstandard nach Geschlecht, Alter und	

	Haushaltsform	161
Übersicht 49:	Relativer Lebensstandard nach ausgewählten Merkmalen	162
Übersicht 50:	Relativer Medianlebensstandard nach Geschlecht, Alter, Region und Staatsbürgerschaft 2004-2010	165
Übersicht 51:	Relativer Medianlebensstandard nach Haushaltsform 2004-2010	166

VERZEICHNIS DER GRAFIKEN

Grafik 1:	Armutsgefährdung in den EU-27-Staaten	33
Grafik 2:	Armutsgefährdung von Kindern und abhängigen jungen Erwachsenen nach Staatsbürgerschaft	58
Grafik 3:	Typen „dauerhafter Armutsgefährdung“ nach EU-Definition	66
Grafik 4:	Deprivationsquoten in den EU-27-Staaten	75
Grafik 5:	Deprivationsmerkmale bei armutsgefährdeten und anderen Haushalten	80
Grafik 6:	Zusammenhang von Einkommen und erheblicher materieller Deprivation nach Gesundheitszustand	83
Grafik 7:	(Nahezu) Erwerbslosenhaushalte in den EU-27-Staaten	87
Grafik 8:	Verteilung der nahezu Erwerbslosen unter 60 Jahren auf Dezilgruppen des standardisierten Haushaltseinkommens	92
Grafik 9:	Quote für (nahezu) Erwerbslosigkeit nach Haushaltstyp	95
Grafik 10:	Quote für (nahezu) Erwerbslosigkeit nach letzter beruflicher Funktion	95
Grafik 11:	Quote für (nahezu) Erwerbslosigkeit nach Gesundheitszustand	97

Grafik 12:	Ausgrenzungsgefährdung in den EU-27-Staaten	98
Grafik 13:	Überlappung von Problembereichen der Europa 2020-Zielgruppe ausgrenzungsgefährdeter Personen	100
Grafik 14:	Zusammensetzung der Europa 2020-Zielgruppe der ausgrenzungsgefährdeten Personen 2004 und 2010	102
Grafik 15:	Einkommenslücke 2005-2010	118
Grafik 16:	Vergleich der Medianeinkommen mit dem Verbraucherpreisindex 2005-2010	119
Grafik 17:	Dauergefährdungsanteil der armutsgefährdeten Bevölkerung	121
Grafik 18:	Finanzielle Deprivationsquote 2005-2010	123
Grafik 19:	Überbelag in Mehrpersonenhaushalten 2005-2010	127
Grafik 20:	Unzumutbarer Wohnkostenanteil 2005-2010	128
Grafik 21:	Prekäre Wohnqualität 2005-2010	129
Grafik 22:	Belastung durch die Wohnumgebung, 2005-2010	130
Grafik 23:	Arbeitsmarktfernenquote 2005-2010	131
Grafik 24:	Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter der Armutsgefährdungsschwelle 2005-2010	133
Grafik 25:	Niedrigstundenlohnquote 2005-2010	134
Grafik 26:	Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten 2005-2010	135
Grafik 27:	Bildungsaktivität 2005-2010	136
Grafik 28:	Bildungsferne Jugendliche 2006-2010	137
Grafik 29:	Besuch von vorschulischen Bildungseinrichtungen 2006-2010	138
Grafik 30:	Gesundheitsprobleme 2005-2010	141
Grafik 31:	Fernere Lebenserwartung mit 35 Jahren 1981/82-2006/07	142
Grafik 32:	Gini-Koeffizient für die Verteilung der Haushaltseinkommen	156
Grafik 33:	Gini-Koeffizient für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen	158

ZUSAMMENFASSUNG

Die europäischen Regierungen verfolgen das Ziel, Armut und Ausgrenzung in Europa durch eine gemeinsame Wachstumsstrategie (Europa 2020) zu verringern. Es wird angestrebt, europaweit mindestens 20 Millionen Menschen aus sozialen Gefährdungslagen zu bringen. Für Österreich bedeutet dies eine Reduktion der von Ausgrenzungsgefährdung betroffenen Gruppe um 235.000 Personen.

1,4 MILLIONEN AUSGRENZUNGSGEFÄHRDETE IN ÖSTERREICH

In Österreich sind eine Million Menschen armutsgefährdet. Schwellenwert sind 1.031 Euro verfügbares Haushaltseinkommen pro Monat für Alleinlebende (= Jahreszwölftel, ein Viertel entspricht 884 Euro) plus 309 Euro für jedes Kind und 516 Euro für jeden weiteren Erwachsenen. Ausgrenzungsgefährdung schließt zusätzlich rund 400.000 Personen mit Einkommen über der Gefährdungsschwelle ein. Sie sind erheblich materiell depriviert oder es liegt Erwerbslosigkeit im Haushalt vor. Der aktuelle Bericht folgt damit einer breiteren Armutsdefinition und detaillierteren Darstellung als bisher.

KEINE ZUNAHME VON AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG IN KRISENZEITEN

Der Kreis der Ausgrenzungsgefährdeten hat sich in Folge der Wirtschaftskrise nicht vergrößert. Betroffen sind 16-17% der Bevölkerung. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Österreich weniger stark angestiegen als in anderen Ländern. Einkommensverluste wurden teilweise durch höhere Lohnabschlüsse, die Steuerreform sowie Sozialleistungen kompensiert. Gleichzeitig wurden im Jahr 2009 viele Haushalte durch die minimale Inflation und sinkende Kreditzinsen entlastet.

Die Größe der Europa 2020-Zielgruppe hat sich gegenüber 2008 etwas reduziert, was im Wesentlichen auf einen Rückgang bei erheblicher materieller Deprivation zurückzu-

führen ist (-32.000 Personen), die bis zum Jahr 2008 deutlich gestiegen war. Auch die Zahl derer, die nur von Armutsgefährdung und keiner anderen Problemlage betroffen waren ging in diesem Zeitraum etwas zurück (-27.000 Personen), während sich die Größe der Gruppe derjenigen, die von zwei oder drei Problembereichen gleichzeitig betroffen sind, nicht verändert hat.

Die EU-Indikatoren können allerdings nicht alle Problemlagen abdecken. Für das Monitoring spezifischer Entwicklungen in Österreich hat Statistik Austria deshalb ein ergänzendes Set aus 17 Indikatoren entwickelt. Diese nationalen Indikatoren berücksichtigen neben EU-SILC auch andere Datenquellen.

MONETÄRE ARMUTSGEFÄHRDUNG NAHEZU UNVERÄNDERT

Die Armutsgefährdungsquote blieb seit 2004 nahezu unverändert bei rund 12-13% der Gesamtbevölkerung. Nach wie vor besonders gefährdet sind Personen ohne österreichische oder EU-Staatsbürgerschaft (31%), alleinlebende Frauen in Pension (26%) sowie Personen in Ein-Eltern-Haushalten (28%). Obwohl die Armutsgefährdungsschwelle auch in Krisenzeiten anstieg, hat sich der Einkommensabstand kaum verändert. Das Medianeinkommen der Armutsgefährdeten liegt um 17% unter der Schwelle, was einer Armutsgefährdungslücke von 177 Euro (Jahreswölftel) für Alleinlebende entspricht.

ERWERBSARBEIT VERHINDERT ARMUTSGEFÄHRDUNG

Erwerbsarbeit ist der wichtigste Schutz gegen Armutsgefährdung. Wer das ganze Jahr über vollzeiterwerbstätig ist, hat eine Gefährdungsquote von lediglich 4%; hingegen liegt das Risiko ab sechs Monaten Arbeitslosigkeit bereits zehnmal so hoch. Rund 206.000 Personen bleiben trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet („working poor“). Gegenüber dem Jahr 2004 ist eine Reduktion der Zahl der Betroffenen um ein Viertel

festzustellen – Hauptgrund dafür ist die vermehrte Abwanderung von „working poor“ in die Arbeitslosigkeit während des Krisenjahres.

SOZIALLEISTUNGEN REDUZIEREN ARMUTSGEFÄHRDUNG WESENTLICH

Sozialleistungen spielen eine entscheidende Rolle für die Vermeidung von Armutsgefährdung. Würden keine Pensionen und Sozialleistungen ausbezahlt, blieben 3,6 Millionen Menschen – das entspricht 43% der Bevölkerung – mit ihrem Haushaltseinkommen unter der Gefährdungsschwelle. Andererseits zählen jene, die hauptsächlich von Sozialleistungen leben, zu den am stärksten gefährdeten Gruppen. Die Gefährdungsquote der Sozialleistungsabhängigen hat sich von 44% im Jahr 2004 auf 55% im Jahr 2010 erhöht.

4% VON ERHEBLICHER MATERIELLER DEPRIVATION BETROFFEN

Erhebliche materielle Deprivation nach EU-Definition bedeutet, dass bei einer Liste von neun Merkmalen mindestens vier auf massive Einschränkungen des Lebensstandards hindeuten. Die meisten Betroffenen können sich unerwartete Ausgaben, Nahrungsmittel und ein Auto nicht leisten und haben Rückstände bei regelmäßigen Zahlungen wie Miete oder Energie. Im Jahr 2010 waren 355.000 Personen bzw. 4% der Gesamtbevölkerung betroffen. Die Quote war im Jahr 2008 auf über 6% angestiegen, ist aber seither rückläufig. Knapp die Hälfte der deprivierten Personen sind nicht armutsgefährdet, dafür verstärkt mit Überschuldung oder gesundheitlichen Einschränkungen konfrontiert.

8% IN HAUSHALTEN MIT (NAHEZU) ERWERBSLOSIGKEIT

Die Europa 2020-Zieldefinition berücksichtigt 0- bis 59-Jährige in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten. Diese Gruppe umfasst rund 6% der Bevölkerung bzw. 8% aller 0- bis

59-Jährigen. Knapp eine halbe Million Menschen sind betroffen, darunter besonders viele Arbeitslose sowie Personen mit einer Frühpension und gesundheitlichen Einschränkungen. Mehr als die Hälfte der Personen in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten sind auch armutsgefährdet.

TROTZ EINKOMMENANSTIEG BEI ARMUTSGEFÄHRDETEN STÄRKERE POLARISIERUNGEN

Die Einkommen der Armutsgefährdeten sind auch im Krisenjahr stärker gestiegen als der Verbraucherpreisindex. Trotzdem zeigen nationale Indikatoren auch eine Verfestigung von Gefährdungslagen bei manchen Bevölkerungsgruppen. Der Anteil dauerhaft gefährdeter Personen hat sich etwa bei Alleinerziehenden seit 2006 nahezu verdoppelt. Eine kontinuierliche Zunahme von manifesten Armutslagen seit 2005 (344.000 Personen) setzt sich auch im Jahr 2010 (511.000 Personen; 2009: 488.000) fort. Auch bei Überbelag oder hohen Wohnkosten werden Ungleichheiten verstärkt sichtbar. Polarisierungstendenzen zeigen sich an der bei Armutsgefährdeten deutlich zunehmenden Belastung durch Kriminalität, Lärm oder Umweltverschmutzung in der Wohnumgebung.

ERWERBSLEBEN, BILDUNG UND GESUNDHEIT: MODERATE FORTSCHRITTE

Verbessert hat sich die Teilnahme am Erwerbsleben. Indikatoren für Arbeitsmarktferne und niedrige Stundenlöhne zeigen eine leichte Angleichung von Männern und Frauen. Trotz deutlicher Ausdehnung der Kinderbetreuungsquoten blieb die Zahl der Frauen mit Erwerbshindernissen aufgrund von Betreuungspflichten (vor allem für unter 4-Jährige) unverändert. Soziale Disparitäten bei Gesundheit bestehen weiterhin und manifestieren sich in einer verkürzten Lebenserwartung bei einem Pflichtschul- gegenüber einem Hochschulabschluss.

1. EINLEITUNG

Die Strategie „Europa 2020“ für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in Europa umfasst die Zielsetzung, soziale Eingliederung durch die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung zu fördern. Die Mitgliedsstaaten sind gefordert, Reformpläne zur Umsetzung der Ziele zu legen. Schwerpunkt des vorliegenden Berichts ist die Darstellung der Charakteristika der Zielgruppe wie auch spezifische Entstehungszusammenhänge für Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergänzend zur Aktualisierung der Analysen und Tabellen zur Armutsgefährdung finden so die Bereiche erhebliche materielle Deprivation und Erwerbsbeteiligung vermehrt Eingang in die Berichterstattung. Neben Detailanalysen zu jeder der drei Gefährdungslagen für das Jahr 2010 finden sich ausgewählte Ergebnisse im Trend seit 2004 sowie Längsschnittauswertungen für die Jahre 2005 bis 2009. Zusammenfassend wird dann ein Blick auf Struktur und Entwicklung der gesamten Zielgruppe geworfen. Abschließend wird die Rolle von Sozialleistungen bei der Reduktion von Armutslagen beleuchtet. Der im Auftrag des BMASK erstellte und jährlich aktualisierte Katalog zu nationalen Eingliederungsindikatoren erweitert im vierten Kapitel die Befunde zu Armut und sozialer Eingliederung in Österreich. Im Anhang finden sich Analysen zur Einkommensverteilung.

Die zentrale Datengrundlage ist EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions), eine jährliche Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in Europa, die eine wichtige Grundlage für die Europäische Sozialstatistik bildet. Zentrale Themen sind Einkommen, Beschäftigung und Wohnen sowie subjektive Fragen zu Gesundheit und finanzieller Lage, die es ermöglichen, die Lebenssituation von Menschen in Privathaushalten abzubilden. EU-SILC ist auch die zentrale Quelle zur Erhebung der vom Europäischen Rat verabschiedeten Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Eingliederung (vormals bekannt als Laeken-Indikatoren). EU-Verordnungen und eine nationale Verordnung des BMASK bilden die rechtliche Grundlage für die Erhebung.

In Österreich wurde EU-SILC erstmals 2003 als einmalige Querschnitterhebung von Statistik Austria durchgeführt. Ergebnisse werden seitdem jährlich in Form eines Berichts sowie als Artikel zu Schwerpunktthemen in den Statistischen Nachrichten publiziert. Zudem werden die anonymisierten Mikrodaten an interessierte Forscher und Forscherinnen abgegeben, seit 2008 sind diese für Forschung und Lehre kostenfrei zu beziehen.

Im Jahr 2004 begann eine integrierte Längs- und Querschnitterhebung – das heißt, jeweils rund drei Viertel der Haushalte werden auch im Folgejahr wieder befragt, ein Viertel der Stichprobe kommt jährlich neu hinzu. Im Jahr 2007 wurde die integrierte Quer- und Längsschnitterhebung erstmals voll implementiert, sodass mit dem Datensatz 2004-2007 erstmals ein vier jähriger Längsschnitt auswertbar war.

Grundlage für die Ausgangsstichprobe des jeweils neuen Viertels ist das Zentrale Melderegister. Die Ziehung erfolgte 2010 in einer einstufigen, geschichteten Wahrscheinlichkeitsauswahl mit disproportionaler Allokation aus dem Zentralen Melderegister. Alle Personen eines Haushalts ab 16 Jahren wurden persönlich befragt. Zusätzlich wurden grundlegende Informationen zu Kindern erhoben. Die Erhebung EU-SILC 2010 wurde wie im Vorjahr vollständig von der Erhebungsinfrastruktur der Statistik Austria durchgeführt. Die Interviews wurden durch persönliche (CAPI) und telefonische (CATI) Befragungen erhoben.

Die Stichprobe von EU-SILC 2010 umfasst brutto 8.311 Adressen, 3.430 davon für die Erstbefragung, 4.881 für die Folgebefragung. Das um qualitätsneutrale Ausfälle bereinigte Bruttosample besteht insgesamt aus 8.141 Adressen, inklusive Splithaushalte. In 6.236 davon konnte die Befragung erfolgreich abgeschlossen werden. In 48 Fällen mussten die erhobenen Daten aufgrund von Qualitätsmängeln ausgeschlossen werden, für die Analyse verbleiben somit 6.188 Haushalte. Die Ausschöpfung in EU-SILC 2010 liegt in der Erstbefragung bei rund 62%, in der Folgebefragung bei rund 86%.

EU-SILC ist eine für Österreich repräsentative Stichprobenerhebung – je kleiner die untersuchten Gruppen, desto ungenauer sind die auf die Grundgesamtheit hochgerechneten Werte. Auf die gebotene Vorsicht bei der Interpretation, auch bei Jahresvergleichen, muss ausdrücklich hingewiesen werden. Mitunter sehr deutliche Unterschiede zum Vorjahr können in Hinblick auf die statistische Schwankungsbreite nicht signifikant sein.

Der Bericht 2010 erfährt im Vergleich zu den Vorjahren durch den Fokus auf die Zielgruppe der Europa 2020-Strategie einige Modifikationen. Die verwendeten Definitionen und Hinweise zur Berechnung der dargestellten Indikatoren und Gliederungsmerkmale sowie eine Übersicht über die wesentlichsten Änderungen im Vergleich zum Bericht zu EU-SILC 2009 sind als „Erläuterungen und Definitionen“ im Internet verfügbar.

Der umfassende Tabellenband zu EU-SILC 2010 inklusive der EU-Indikatoren zu Armut und sozialer Eingliederung wird als separate Publikation auf der Homepage von Statistik Austria und der des BMASK zur Verfügung gestellt:

www.statistik.at › Statistiken › Soziales › Armut und soziale Eingliederung oder www.bmask.gv.at › Soziales › Allgemeine Sozialpolitik › Armut

Der online publizierte „Tabellenband zu EU-SILC 2010“ umfasst folgende Themen:

- » Einkommensverteilung
- » Ausstattung mit Konsumgütern und finanzielle Einschränkungen
- » Wohnen
- » Gesundheit
- » Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung inkl. Tabellen zur Europa 2020-Zielgruppe und dauerhaften Armutsgefährdung
- » Lebenszufriedenheit

- » Bildung
- » Kinderbetreuung
- » Arbeit
- » Risikogruppen
- » Verteilung von Bestandteilen des Jahreseinkommens

Detaillierte methodische Informationen zur Erhebung bietet die Standarddokumentation zu EU-SILC 2010, die ebenfalls auf der Homepage abrufbar ist.

Die anonymisierten Mikrodaten, die diesem Bericht zugrunde liegen, sind ab Jänner 2012 verfügbar.

2. EUROPÄISCHE INDIKATOREN UND ZIELGRÖSSEN FÜR SOZIALE EINGLIEDERUNG IM RAHMEN DER STRATEGIE „EUROPA 2020“

2.1. Aufbau der Strategie „Europa 2020“

Im Jahr 2010 haben sich die europäischen Regierungen auf eine neue Wachstumsstrategie mit den Schwerpunkten intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum bis zum Jahr 2020 geeinigt. Diese sogenannte „Europa 2020“ Strategie ist unter anderem darauf ausgerichtet, die Beschäftigung, Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu verbessern. Erstmals wird eine quantitative Vorgabe für die Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf europäischer Ebene genannt.

Ausgehend von der Mitteilung der Europäischen Kommission „Europa 2020-Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ (2010) wurden fünf messbare Kernziele für die EU-Ebene beschlossen:

1. Beschäftigung: Unter den 20- bis 64-Jährigen wird eine Beschäftigungsquote von 75% angestrebt, unter anderem durch die vermehrte Einbeziehung von Jugendlichen, älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Geringqualifizierten sowie zugewanderten Personen.
2. Innovation: Ein öffentliches und privates Investitionsvolumen für Forschung von insgesamt 3% des BIP soll erreicht werden.
3. Klimaschutz: Treibhausgasemissionen sollen gegenüber dem Niveau des Jahres 1990 um 20% verringert werden, der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch soll auf 20% steigen, und es wird eine Erhöhung der Energieeffizienz in Richtung 20% angestrebt.

4. Bildung: Der Anteil der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger soll auf unter 10% gesenkt werden, und der Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben oder über einen gleichwertigen Abschluss verfügen, soll auf mindestens 40% ansteigen.

5. Teilhabemöglichkeiten: Die soziale Eingliederung soll insbesondere durch die Verminderung der Armut gefördert werden, wobei angestrebt wird, mindestens 20 Millionen Menschen aus Gefährdungslagen herauszubringen. Dies entspricht einer Reduktion um zwei Millionen pro Jahr. Derzeit sind 114 Millionen Menschen ausgrenzungsfähig. Die angestrebte Reduktion entspricht somit rund 1,76% (pro Jahr).

Diese fünf EU-Kernziele werden durch die nationalen Zielsetzungen der Mitgliedsstaaten umgesetzt. Zur Förderung des intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums wurden außerdem sieben Leitinitiativen formuliert. Die Europäische Kommission überprüft die Situation jährlich mit Hilfe von Indikatoren.

Die Mitgliedsstaaten erstellen nun jährlich sogenannte nationale Reformprogramme, in denen die konkreten Ziele und Budgetansätze enthalten sind.¹ Diese werden von der Kommission gesammelt und für einen jährlichen Wachstumsbericht zusammengefasst. Dazu ist auch eine zeitliche Synchronisierung der jeweiligen nationalen Berichte notwendig, das sogenannte „Europäische Semester“. Im Bereich von Beschäftigung und sozialer Eingliederung wurde eine eigene Methodik für die Beurteilung dieser nationalen Ziele anhand eines Katalogs von Leitindikatoren entwickelt, das sogenannte Joint Assessment Framework.² Die Ausgrenzungsgefährdungsquote ist dabei eine der zentralen Richtgrößen. Die Ziele werden auf europäischer Ebene im Rahmen sogenannter Leitinitiativen verfolgt. Für soziale Eingliederung ist das vor allem die

1 http://www.bmask.gv.at/site/Soziales/EU_Internationales/Soziale_Angelegenheiten/Die_EU_2020_Strategie

2 <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6440&langId=en>

sogenannte Plattform gegen Armut, die die beteiligten Akteure sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene koordiniert.

Die Umsetzung von Zielen bleibt aber eine weitgehend nationale Angelegenheit und wird in bestimmten Bereichen, etwa der Regionalförderung oder den Europäischen Sozialfonds, lediglich durch europäische Maßnahmen und Informationsaustausch unterstützt. Die ersten Reformpläne zeigen, dass Ziele in manchen Ländern deutlich ehrgeiziger formuliert werden als in anderen. Die im letzten Wachstumsbericht vom Dezember 2011 angegebenen nationalen Ziele lagen deutlich unter dem angestrebten Gesamtziel.³

Das nationale Reformprogramm 2011 formuliert die Ziele für Österreich so: „In der nationalen Umsetzung bis zum Jahr 2020 wird ein Beitrag zum EU-Ziel, erfasst durch die Indikatoren Armutsgefährdung, materielle Deprivation und Erwerbslosenhaushalt, in der Höhe von 235.000 Personen angestrebt. Die Erreichung des Ziels zur Verminderung des Risikos für Armut und soziale Ausgrenzung sowie des Beschäftigungsziels stehen in enger Verbindung. Der Fokus liegt daher auf Beschäftigungssteigerung und auf der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, insbesondere auch von erwerbsfähigen, arbeitsmarktfernen Personen, sowie auf der Verbesserung der Qualität der Jobs. Ein besonderes Augenmerk wird in diesem Kontext auch darauf zu legen sein, dass die finanziellen Anreize für eine Beschäftigungsaufnahme und einen Verbleib in Beschäftigung richtig gesetzt werden. Die Politiken zur Zielerreichung sollen zudem fokussiert erfolgen und dabei vor allem auf WiedereinsteigerInnen, Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Kinder und verschuldete Haushalte sowie mittelfristig auf besonders von Armut betroffene Gruppen von nicht-erwerbstätigen bzw. älteren Personen ausgerichtet sein.“ (Bundeskanzleramt 2011, S. 27)

³ http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/targets_en.pdf

In Österreich wird die Zahl der Ausgrenzungsgefährdeten auf Basis von EU-SILC 2010 auf etwa 1,4 Millionen Menschen (rund 17% der Bevölkerung) geschätzt.⁴ Diese Zahl ist mit 95% Wahrscheinlichkeit in einem Bereich zwischen 1,3 und 1,5 Millionen bzw. zwischen 15% und 18% der Bevölkerung anzunehmen. Die Größenordnung der Zielgruppe macht deutlich, dass der Europa 2020-Indikator Ausgrenzungsgefährdung keineswegs auf eine kleine Minderheit abzielt, sondern breite Bevölkerungsschichten einschließt.

Zur Erreichung des Ziels kann beispielsweise die Reduktion der Ausgrenzungsgefährdung in allen Staaten um denselben Prozentsatz (1,75%) erfolgen. In Österreich wird angestrebt, innerhalb von zehn Jahren 235.000 Menschen aus Gefährdungslagen zu bringen. Das nationale Ziel entspricht damit einer Reduktion um 23.500 Personen pro Jahr bzw. etwa 1,71 % der heute Ausgrenzungsgefährdeten.

2.2. Definition der Zielgruppe

Ausgrenzungsgefährdung

Als von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht gelten Personen, die mindestens eines der drei folgenden Kriterien erfüllen:

1. Personen, deren Haushalt über ein Einkommen verfügt, das geringer ist als 60% des nationalen äquivalisierten Medianeinkommens (Armutsgefährdung).
2. Personen, deren Haushalt vier oder mehr der folgenden neun auf EU-Ebene festgelegten Merkmale für erhebliche materielle Deprivation aufweist:
 - » Es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten.
 - » Es ist finanziell nicht möglich, unerwartete Ausgaben zu tätigen.
 - » Es ist finanziell nicht möglich, einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren.
 - » Es ist finanziell nicht möglich, die Wohnung angemessen warm zu halten.

⁴ Gegenüber 2009 bedeutet dies eine leichte Reduktion um rund 2% oder 33.000 Personen, die vorwiegend auf ein Sinken der Zahl der erheblich Deprivierten und der Personen in Haushalten ohne oder mit nahezu keiner Erwerbsbeteiligung zurückzuführen ist. Diese Veränderung liegt jedoch im Bereich der statistischen Schwankungsbreite.

- » Es ist finanziell nicht möglich, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen.
- » Ein PKW ist finanziell nicht leistbar.
- » Eine Waschmaschine ist finanziell nicht leistbar.
- » Ein Farbfernsehgerät ist finanziell nicht leistbar.
- » Ein Telefon oder Handy ist finanziell nicht leistbar.

3. Personen, die jünger sind als 60 Jahre und in einem (nahezu) Erwerbslosenhaushalt leben. Dazu zählen jene Haushalte, in denen Personen im Erwerbsalter (hier: 18- bis 59-jährige Personen, ausgenommen Studierende) in geringem Ausmaß erwerbstätig sind (im Laufe eines Jahres insgesamt weniger als 20% ihres Erwerbspotenzials).

Zur besseren Unterscheidung von der rein monetär definierten „Armutsgefährdung“ soll im Folgenden von der weiter gefassten „Ausgrenzungsgefährdung“ im Sinne des Europa 2020-Zieles gesprochen werden.

3. DIE EUROPA 2020-ZIELGRUPPE ZUR SOZIALEN EINGLIEDERUNG IN ÖSTERREICH

3.1. Armutsgefährdung

Die „Armutsgefährdungsquote bei 60% des Medians“ gilt seit dem Europäischen Rat von Laeken im Jahr 2001 als wichtige Kenngröße für soziale Eingliederung. Im Rahmen der Europa 2020-Strategie von 2010 stellt sie nun einen der drei zentralen Indikatoren zum Monitoring des Leitziels „Teilhabemöglichkeiten“ dar.

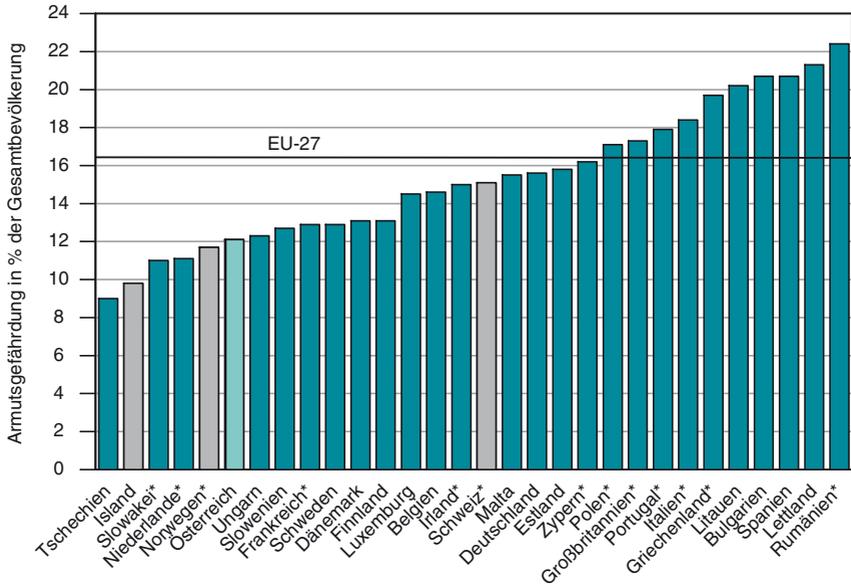
EU-Definition von Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdungsquote bei 60% des Medians weist den Anteil jener Personen an der Gesamtbevölkerung aus, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen einen bestimmten Schwellenwert unterschreitet. Zur Berechnung des Haushaltseinkommens wird die Summe aller Erwerbseinkommen im Haushalt zuzüglich Kapitalerträge und Pensionen sowie allfälliger Sozialtransfers gebildet. Nach Abzug von Steuern errechnet sich das Nettohaushaltseinkommen. Das verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich dann nach Abzug und Hinzurechnung von Unterhaltsleistungen und sonstigen Privattransfers zwischen den Haushalten. Die Äquivalisierung erfolgt anhand der international etablierten EU-Skala, die die erste erwachsene Person im Haushalt mit einem Konsumäquivalent von 1, jeden weiteren Erwachsenen mit 0,5 und jedes Kind (bis 13 Jahre) mit 0,3 gewichtet. Dadurch wird jeder Person im Haushalt das gleiche Einkommen als Äquivalent für einen bestimmten Lebensstandard im Vergleich zu einem Einpersonenhaushalt zugerechnet. Der Eurostat-Definition folgend wird die sogenannte Armutsgefährdungsschwelle auf Basis von 60% des Medians berechnet und an die jeweilige Haushaltszusammensetzung angepasst. So können Haushalte unterschiedlicher Zusammensetzung und Größe miteinander verglichen und Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Lebensstandard identifiziert werden.

EU-weit liegt die Armutsgefährdungsquote für das Jahr 2009 bei 16%. Österreich liegt mit 12% Armutsgefährdung innerhalb der EU an viertniedrigster Stelle, die niedrigste

Armutsgefährdungsquote hat Tschechien mit 9%. Am höchsten ist der Prozentsatz der Armutsgefährdeten in Rumänien, 2009 lebten dort 22% der Gesamtbevölkerung unter der nationalen Armutsgefährdungsschwelle.

Grafik 1: Armutsgefährdung in den EU-27-Staaten



Q: EUROSTAT 2010, EU-SILC 2009 und 2010. *Aktuellste Zahlen stammen aus 2009.
Graue Balken: EFTA-Staaten.

Der folgende Abschnitt informiert über das Ausmaß der Armutsgefährdung in Österreich 2010 und im Zeitverlauf seit 2004 und beschreibt Faktoren, die das Armutsrisiko beeinflussen.

Alle dargestellten Ergebnisse gelten für Privathaushalte in Österreich. Anstaltshaushalte sind nicht Teil der Stichprobe, somit werden etwa Armutslagen von Wohnungslosen, Menschen in Alten-, Pflege- oder Kinderheimen oder Asylwerbenden nicht

erfasst. Andere Bevölkerungsgruppen wie Migrantinnen und Migranten, Kranke oder Sozialhilfebeziehende sind in der Erhebung aus Gründen erschwerter Erreichbarkeit unterrepräsentiert, was jedoch zum Teil Ausgleich in der Hochrechnung findet. Die hochgerechneten Ergebnisse sind Schätzungen für Verteilungen in der Grundgesamtheit und unterliegen einer Zufallsschwankung. Unterschiede zwischen Untergruppen und im Jahresvergleich müssen daher mit Rücksicht auf die Schwankungsbreiten interpretiert werden.

3.1.1. Ausmaß und Intensität der Armutsgefährdung

ARMUTSGEFÄHRDUNGSSCHWELLE

Laut EU-SILC 2010 liegt die Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt bei 12.371 Euro pro Jahr. Dieser Betrag umfasst die Summe der Jahreseinkünfte aus Erwerbsarbeit, Sozialtransfers, Einkommen aus Unterhaltszahlungen und anderen Privateinkommen. Zur besseren Lesbarkeit erfolgt eine Umrechnung der Armutsgefährdungsschwelle von einem Jahres- auf einen Monatswert. Gehälter und Pensionen werden in Österreich meist 14-mal und Sozialleistungen meist 12-mal ausbezahlt. Ein Zwölftel des Jahresschwellenwerts beträgt 1.031 Euro, damit überschreitet der Monatswert der Armutsgefährdungsschwelle erstmals seit Beginn der Armutsberichterstattung in Österreich die 1.000-Euro-Marke. Ein Viertel des Schwellenwerts liegt bei 884 Euro. Ein Einpersonenhaushalt mit einem monatlichen Erwerbseinkommen von weniger als 884 Euro ohne zusätzliche Einkünfte aus anderen Zahlungen wie Wohnbeihilfe, Zusatzverdienste, Prämien oder private Transfers läge mit seinem Haushaltseinkommen unter dem Schwellenwert und würde als armutsgefährdet gelten.

Im Folgenden wird der Monatswert immer als Jahreszwölftel mit 1.031 Euro dargestellt. Verglichen mit dem in der Berichterstattung 2009 publizierten Wert von monatlich

994 Euro hat sich die Armutsgefährdungsschwelle um 3,7% erhöht, die Steigerung ist immer relativ zu der des mittleren Einkommens im Jahresvergleich.⁵

Die Anpassung für Mehrpersonenhaushalte erfolgt mittels Gewichtung anhand der international etablierten EU-Skala. Dadurch erhöht sich die Armutsgefährdungsschwelle für jede weitere erwachsene Person im Haushalt um 516 Euro (Faktor 0,5) und für jedes Kind (unter 14 Jahren) um 309 Euro (Faktor 0,3) pro Monat. Übersicht 1 zeigt beispielhaft Armutsgefährdungsschwellen für unterschiedliche Haushaltstypen.

Übersicht 1: Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des Medians für unterschiedliche Haushaltstypen

Haushaltstyp	Gewichtungsfaktor nach EU-Skala	Jahreswert (in Euro)	Monatswert 1/12 (in Euro)	1/14 (in Euro)
		2010		
Einpersonenhaushalt	1	12.371	1.031	884
1 Erwachsener + 1 Kind	1,3	16.082	1.340	1.149
2 Erwachsene	1,5	18.556	1.546	1.325
2 Erwachsene + 1 Kind	1,8	22.267	1.856	1.591
2 Erwachsene + 2 Kinder	2,1	25.979	2.165	1.856
2 Erwachsene + 3 Kinder	2,4	29.690	2.474	2.121

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. Monatswert entspricht 1/12 des Jahreswertes; Kind = unter 14 Jahren.

ARMUTSGEFÄHRDUNGSQUOTE

Laut EU-SILC 2010 sind in Österreich 12,1% der Bevölkerung armutsgefährdet (bzw. mit 95% Vertrauenswahrscheinlichkeit zwischen 11,0% und 13,2%). Hochgerechnet auf die rund 8,23 Millionen Personen umfassende Gesamtbevölkerung in Privathaushalten liegt die Zahl der armutsgefährdeten Personen zwischen rund 912.000 und 1.096.000 Personen.⁶ Der Unterschied in den Armutsgefährdungsquoten aus EU-SILC 2009 und

⁵ Zur Steigerung der mittleren Einkommen siehe auch Anhang.

⁶ Rundungsbedingt kann es je nach Berechnungsmethode zu kleineren Abweichungen kommen.

EU-SILC 2010 (2009: 12,0%; 2010: 12,1%) liegt im Bereich der statistischen Schwankungsbreite (Überschneidung der 95%-Konfidenzintervalle) und kann nicht von zufallsbedingten Veränderungen unterschieden werden.⁷ In Zeitreihenanalysen zeigt die Armutsgefährdungsquote über den gesamten Berichtszeitraum relative Konstanz. Dies gilt für Personen in Privathaushalten bei gleichbleibender Definition von Armutsgefährdung. Armutsgefährdung als einkommensbasierte Maßzahl berücksichtigt keine Veränderungen bei Kosten oder Bedarf wie etwa steigende Lebenshaltungskosten.

Übersicht 2 zeigt die Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten und -schwellen seit 2004 und stellt zusätzlich die Schwankungsbreiten der Ergebnisse dar.

Übersicht 2: Armutsgefährdungsschwelle und Armutsgefährdungsquote im Zeitverlauf 2004-2010

Jahr	Armutsgefährdungsschwelle in Euro	Armutsgefährdung		Konfidenzintervall 95%	
		in %	in 1.000	untere Grenze in 1.000	obere Grenze in 1.000
2004	10.200	12,8	1.030	943	1.117
2005	10.801	12,3	1.005	921	1.089
2006	10.713	12,6	1.027	940	1.114
2007	10.893	12,0	988	908	1.068
2008	11.406	12,4	1.018	920	920
2009	11.931	12,0	993	903	1.083
2010	12.371	12,1	1.004	912	1.096

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. Armutsgefährdungsschwelle: Jahreswert bei 60% des Medians. - Da für die Jahre 2004 bis 2008 rückwirkend Privatpensionen als Bestandteil des Haushaltseinkommens berücksichtigt wurden, weichen die ausgewiesenen Werte von den jeweiligen Jahrespublikationen ab.

ALTERNATIVE ARMUTSGEFÄHRDUNGSSCHWELLEN

In international vergleichenden Statistiken ist die Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des Medianäquivalenzeinkommens als Indikator für niedriges Einkommen verbreitet.

⁷ Die zugrundeliegende Fehlerrechnung ist eine im Normalfall hinreichende Annäherung an den tatsächlichen Wert. Aufgrund der teilweise verbundenen Stichproben ist der Vergleich zwischen den Erhebungswellen besser abgesichert, als wenn unabhängige Querschnitte verglichen würden. Für Differenzen zwischen zwei Jahren gelten daher etwa dieselben Schwankungsbreiten wie bei Vergleichen innerhalb derselben Querschnittstichprobe (vgl. Verma 2001, vgl. „Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2009“).

Der Festlegung auf 60% des Medians liegt keine Bedarfsmessung⁸ zugrunde, daher können zur Beobachtung von Einkommensarmut auch andere Schwellenwerte definiert werden (siehe Übersicht 3): Bei Anwendung einer sehr niedrigen Schwelle von 40% des Medians des Äquivalenzeinkommens (entspricht 687 Euro pro Monat für einen Einpersonenhaushalt) liegt laut EU-SILC 2010 das Äquivalenzeinkommen von 2% der Bevölkerung darunter. Wird die Schwelle bei 50% des Medians festgelegt (859 Euro), haben 6% ein äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter diesem Wert. 1.203 Euro entsprechen der Schwelle bei 70% des Medians – hier haben 20% der Bevölkerung weniger zur Verfügung.

Auch politisch festgelegte Schwellenwerte bieten sich als Alternative zu konventionellen statistischen Armutsgefährdungsschwellen an. Ein solcher lässt sich beispielsweise auf Basis des Ausgleichszulagenrichtsatzes für Pensionen berechnen. Dieser beträgt 2010 rund 784 Euro brutto 14-mal im Jahr, abzüglich der Krankenversicherung für Pensionsbeziehende (2010: 5,1%). Netto entspricht das 10.416 Euro pro Jahr oder (dividiert durch 12) rund 868 Euro pro Monat. Rund 540.000 Personen bzw. 6,5% der Bevölkerung haben ein Äquivalenzeinkommen unter dem Schwellenwert in Höhe der Ausgleichszulage.

Auch die 2010 eingeführte Bedarfsorientierte Mindestsicherung⁹ (BMS) lässt sich als politischer Schwellenwert zur Bestimmung niedrigen Einkommens heranziehen. Für einen Einpersonenhaushalt beträgt die Bedarfsorientierte Mindestsicherung 744 Euro pro Monat, darin inkludiert ist ein Wohnkostenanteil. Nicht berücksichtigt sind in diesem Wert allfällige Ansprüche auf Miet- oder Wohnbeihilfe, auf Pflegegeld und für Haushalte mit Kindern auf Familienbeihilfe und den Kinderabsetzbetrag. Die BMS wird 12-mal im Jahr ausgezahlt, somit ergibt sich ein Jahreswert von 8.928 Euro

8 Ein bedarfsgerechter Wert kann aus wissenschaftlicher Sicht weder durch einen einzigen Schwellenwert noch vergleichbar für verschiedene Länder festgelegt werden. Die EU empfiehlt daher, mehrere Schwellenwerte als Richtwert zu niedrigem Einkommen darzustellen.

9 Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung trat im September 2010 zunächst in Wien, Niederösterreich und Salzburg in Kraft, Oberösterreich führte sie als letztes Bundesland am 1.10.2011 ein. In den Bundesländern existieren teilweise unterschiedlich detaillierte Regelungen, was z.B. Richtsätze für Kinder oder die Wohnleistung betrifft.

für einen Einpersonenhaushalt. Rund 262.000 Personen oder 3,2% der Bevölkerung hätten laut EU-SILC 2010 (d.h. für den Einkommensbezugszeitraum ein Jahr vor der Einführung der BMS) weniger äquivalisiertes Einkommen als diesen fiktiven Armutsgefährdungsschwellenwert zur Verfügung.

ARMUTSGEFÄHRDUNGSLÜCKE

Laut EU-SILC 2010 ist das Medianeinkommen armutsgefährdeter Haushalte (bei 60% Schwelle) im Mittel um 17% geringer als die Armutsgefährdungsschwelle. Für Einpersonenhaushalte liegt die Armutsgefährdungslücke demnach laut EU-SILC 2009 bei 2.128 Euro pro Jahr, dividiert durch zwölf ergibt sich ein Monatswert von 177 Euro (Übersicht 3). Für die Gesamtbevölkerung betrug der Wert der Armutsgefährdungslücke auch im Jahr 2009 17%. Für einzelne Bevölkerungsgruppen lassen sich Veränderungen im Jahresvergleich feststellen.

Armutsgefährdungslücke

Die Armutsgefährdungslücke bildet die Intensität der Armutsgefährdung ab. Als Maß für die Streuung der Niedrigeinkommen um die Armutsgefährdungsschwelle drückt sie den Median der individuellen Abweichungen der Äquivalenzeinkommen (der Armutsgefährdeten) von der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent dieser Schwelle aus. Sie misst so, ob die äquivalisierten Haushaltseinkommen der Armutsgefährdeten deutlich unter der Schwelle liegen oder nahe am Schwellenwert.

Um den monetären Aufwand für Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu beziffern, kann die Armutsgefährdungslücke auch als Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausgedrückt werden. Demnach wären rund zwei Milliarden Euro oder 0,7% des BIP 2010 notwendig, um den materiellen Lebensstandard aller Armutsgefährdeten dem Schwellenwert von 60% des Medianeinkommens anzugleichen. Allen Armutsge-

fährdeten dieses „Mindest“-Einkommen in der Höhe der Armutsgefährdungsschwelle zu ermöglichen würde bedeuten, die Armutsgefährdungslücke zu schließen. Allerdings ist diese Berechnung statisch, etwaige Verhaltensänderungen, die durch derartige Transfers ausgelöst würden, werden nicht berücksichtigt. Das Äquivalenzeinkommen ist lediglich ein indirektes Maß zur Bestimmung des materiellen Lebensstandards. Bei gleichem Einkommen sind abhängig von Teilhabechancen und Kostenstrukturen ganz unterschiedliche Lebensführungen möglich.

Übersicht 3: Einkommen und Lücke der Armutsgefährdeten bei unterschiedlichen Schwellen

Armutsgefährdung	Armutsgefährdungsschwelle		Armutsgefährdung		Medianeinkommen der Armutsgefährdeten in Euro	Armutsgefährdungslücke			
	Jahreswert	Monatswert ¹⁾	in %	in 1.000		in %	Jahreswert in Euro	in Mio. Euro	in % des BIP 2010
bei 40% des Medians	8.247	687	2,3	195	6.422	22	1.823	340	0,1
bei 50% des Medians	10.309	859	6,2	510	8.843	14	1.464	827	0,3
bei 60% des Medians	12.371	1.031	12,1	1.004	10.240	17	2.128	2.004	0,7
bei 70% des Medians	14.433	1.203	20,1	1.667	11.521	20	2.915	3.942	1,4
„Ausgleichszulage ²⁾ 2010 netto“	10.416	868	6,5	540	8.991	14	1.427	868	0,3
Bedarfsorientierte Mindestsicherung ³⁾ 2010	8.928	744	3,2	262	7.297	18	1.634	453	0,2

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

1) Monatswert entspricht 1/12 des Jahreswertes. - 2) Ohne zusätzliche Zahlungen wie Einmalzahlung und Energiekostenzuschuss. 3) Inkl. Wohnkostenanteil, ohne eventuelle Ansprüche auf Wohnbeihilfe, Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag etc.

3.1.2. Soziale Zusammensetzung der betroffenen Bevölkerung

EU-SILC 2010 weist 12% der Bevölkerung in Österreich als armutsgefährdet aus. Bestimmte Gruppen tragen ein deutlich höheres Armutsrisiko, während andere relativ gut abgesichert sind. Aufgrund der Konzeption von Armutsgefährdung als Haushaltsmerkmal ist die Identifikation individueller soziodemographischer Merkmale als Risikofaktoren nur eingeschränkt möglich.

Armutsgefährdung nach Geschlecht

Armutsgefährdung ist ein Haushaltsmerkmal – mit einem äquivalisierten Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle gelten alle Haushaltsmitglieder als armutsgefährdet. Auf die Einkommensverteilung innerhalb des Haushalts und die tatsächliche Verfügungsmöglichkeit über finanzielle Ressourcen können keine Rückschlüsse gezogen werden. Daher ist das Armutsrisiko von Personen nach individuellen Merkmalen wie dem Geschlecht nur eingeschränkt vergleichbar. Zur Messung von Geschlechterdisparitäten im Lebensstandard bietet sich alternativ der Vergleich von Einpersonenhaushalten an.

Frauen ab 20 Jahren stellen mit 44% der Betroffenen die größte Gruppe innerhalb der Armutsgefährdeten dar, Männer sind mit einem Anteil von 31% weniger oft armutsgefährdet. Rund ein Viertel der Armutsgefährdeten in Österreich sind Kinder bis 19 Jahre. Im Armutsrisiko zeigen sich sowohl insgesamt als auch in Einpersonenhaushalten Disparitäten nach dem Geschlecht: Insgesamt sind Frauen ab 20 Jahren zu 13% armutsgefährdet, Männer ab 20 Jahren zu 10%. Für Kinder unter 20 Jahren, die ihren Lebensstandard selten selbst beeinflussen können, liegt die Armutsgefährdungsquote

Übersicht 4: Armutsgefährdungsquote nach Geschlecht und Alter 2004-2010

	Armutsgefährdungsquote in %							
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Ø
Insgesamt	13	13	13	12	12	12	12	12
Alter								
Bis 19 Jahre	15	15	14	14	15	13	14	14
20 bis 39 Jahre	12	13	12	12	11	12	12	12
40 bis 64 Jahre	11	10	10	10	11	10	9	10
65 Jahre +	17	14	16	14	15	15	15	15
Männer (ab 20 Jahren)	11	11	10	10	10	10	10	10
20 bis 39 Jahre	11	12	10	10	9	12	11	11
40 bis 64 Jahre	10	10	10	10	10	9	9	10
65 Jahre +	13	10	11	9	12	11	10	11
Frauen (ab 20 Jahren)	14	13	14	13	13	13	13	13
20 bis 39 Jahre	13	13	14	14	12	13	13	13
40 bis 64 Jahre	11	11	10	10	11	10	10	10
65 Jahre +	19	17	20	18	17	18	19	18

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2010.

bei 14%. Betrachtet man Einpersonenhaushalte separat, werden Unterschiede nach dem Geschlecht noch deutlicher: Mit Pension liegt das Armutsrisiko alleinlebender Frauen bei 26%, das der Männer beträgt hingegen nur die Hälfte (13%). Und auch ohne Pensionsbezug liegt die Armutsgefährdungsquote von Frauen mit 24% um 5 Prozentpunkte über der von Männern mit 19%.

Nach Alter zeigt sich für Personen im Erwerbsalter das geringste Armutsrisiko: In der Altersgruppe zwischen 20 und 39 Jahren entspricht die Armutsgefährdungsquote mit 12% dem Bevölkerungsdurchschnitt, Personen zwischen 40 und 64 Jahren sind mit 9% am besten vor Armutsgefährdung geschützt. Ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko tragen sowohl Kinder bis 19 Jahre (14%) als auch ältere Menschen ab 65 Jahren. Anteilsmäßig stellen 40- bis 64-Jährige mit 28% die größte Gruppe innerhalb der Armutsgefährdeten dar, jeweils etwa ein Viertel entfällt auf bis 19-Jährige und 20- bis 30-Jährige. Ältere Menschen ab 65 Jahren machen 21% der Armutsgefährdeten aus.

Armutsgefährdung im Zeitverlauf

Um die zeitliche Entwicklung der Armutsgefährdung abzubilden, werden die Querschnittergebnisse aus EU-SILC 2004 bis 2010 ausgewiesen. Aufgrund von Zufallsschwankungen sind kleinere Veränderungen meist nicht interpretierbar. Erst wenn Ergebnisse über mehrere Jahre einen Trend verzeichnen, kann von einer realen Veränderung gesprochen werden. Aufgrund des Stichprobenfehlers und der damit verbundenen Schwankungsbreite der Schätzwerte wird im Folgenden auf die Darstellung von Nachkommastellen verzichtet. Geringe jährliche Veränderungen (etwa +/- 1 Prozentpunkt bei der Armutsgefährdungsquote) sind nicht signifikant und daher nicht interpretierbar. Zwischen 2004 und 2005 sowie 2007 und 2008 hat ein Wechsel des Erhebungsinstituts stattgefunden, Unterschiede sind damit z.T. erhebungsbedingt.

Übersicht 4 zeigt, dass die Armutsgefährdungsquote für die Gesamtbevölkerung im Beobachtungszeitraum relativ konstant bleibt. Auch für die dargestellten Untergruppen ist weder eine Ab- noch eine Zunahme der Armutsgefährdung zu beobachten.

In engem Zusammenhang mit dem äquivalisierten Haushaltseinkommen als Maß für den Lebensstandard steht die Haupteinkommensquelle eines Haushalts. So tragen Personen in Haushalten, deren Einkommen zum größten Teil aus unselbständiger Erwerbsarbeit generiert wird, mit 5% das geringste Armutsrisiko. Auch Personen in Haushalten mit Selbständigeneinkommen als Haupteinkommensquelle sind mit 11% unterdurchschnittlich von Armutsgefährdung betroffen.¹⁰ In Haushalten, in denen Pensionsleistungen den größten Teil des Haushaltseinkommens ausmachen, sind die Mitglieder zu 14% armutsgefährdet. Während in bestimmten Lebensphasen wie dem Studium oder der Familiengründung ein niedriger Lebensstandard oft ein vorübergehender Zustand ist, bestehen im Alter wenige Zuverdienstmöglichkeiten, um niedrige Pensionen zu ergänzen. Besonders dramatisch stellt sich die Situation für alleinlebende Frauen mit Pensionsbezug dar: Sie gelten mit einer Armutsgefährdungsquote von 26% als Risikogruppe, die auch anteilmäßig nicht zu vernachlässigen ist. Unter Personen in Haushalten mit hauptsächlich privaten Einkommen (v.a. private Transfers wie Unterhaltszahlungen, Kapitaleinkommen und Privatpensionen) hat etwas weniger als ein Drittel (30%) ein Niedrigeinkommen unter 60% des Medians. Stellen Sozialleistungen die Haupteinkommensquelle dar, ist für 55% der Personen in diesen Haushalten kein Leben jenseits der Armutsgefährdungsschwelle möglich.

Übersicht 5: Armutsgefährdungsquote nach Haupteinkommensquelle des Haushalts 2004-2010

	Armutsgefährdungsquote in %							
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Ø
Insgesamt	13	13	13	12	12	12	12	12
Haupteinkommensquelle								
Unselbständige Arbeit	8	7	7	6	7	6	5	7
Selbständige Arbeit	10	14	11	11	13	11	11	12
Sozialleistungen	44	48	45	47	48	47	55	48
Pensionen	14	13	15	14	15	15	14	14
Private Einkommen	57	32	42	30	20	34	30	35

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2010.

¹⁰ Zum Zusammenhang von Erwerbsarbeit und Armutsgefährdung sowie zum Armutsrisiko von Personen im Erwerbsalter vgl. den Abschnitt zu „working poor“.

Wie im Querschnitt zeigt sich auch im Zeitverlauf, dass Haushalte mit Einkommen aus unselbständiger oder selbständiger Erwerbstätigkeit als Haupteinkommensquelle am besten vor Armut geschützt sind. Haushalte von hauptsächlich Pensionsbeziehenden sind über die Jahre leicht überdurchschnittlich von Armutsgefährdung betroffen, wohingegen das Armutsrisiko für Haushalte, in denen private Einkommen die Haupteinkommensquelle darstellen, rund dreimal und für jene mit Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle im Durchschnitt viermal so hoch ist wie für die Gesamtbevölkerung.

3.1.3. Entstehungszusammenhänge von Armutsgefährdung

Sucht man nach Ursachen für Armutsgefährdung, müssen Entstehungszusammenhänge auf der individuellen Ebene von Personen und im Haushaltszusammenhang analysiert werden: Der finanzielle Beitrag einzelner Haushaltsmitglieder zum gesamten Haushaltseinkommen ist abhängig vom Lebenszyklus und von der individuellen Erwerbssituation. Erwerbschancen werden durch persönliche Ressourcen wie Bildung, Herkunft oder Gesundheitszustand genauso beeinflusst wie durch Strukturen am Arbeitsmarkt oder die aktuelle familiäre Situation. Ob das äquivalisierte Einkommen Einzelner über der Armutsgefährdungsschwelle liegt, bestimmen Haushaltszusammensetzung und die Summe der Einkommen aller Personen im Haushalt. Im Folgenden wird zunächst der Einfluss von Erwerbsarbeit und Haushaltszusammensetzung auf die Lebensstandardposition verschiedener Bevölkerungsgruppen dargestellt und anschließend skizziert, wie sich gesundheitliche Beeinträchtigungen und die Herkunft einzelner Haushaltsmitglieder auf das Armutsrisiko auswirken. Im Zusammenhang mit der Analyse von Risikofaktoren werden jene Bevölkerungsgruppen hervorgehoben, die im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung besonders von Armutsgefährdung betroffen sind.

ERWERBSTÄTIGKEIT UND ARMUTSGEFÄHRDUNG VON PERSONEN IM ERWERBSALTER

Für Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) bilden Erwerbseinkommen die Haupteinkommensquelle. Die Teilnahme am Erwerbsleben ist daher eine wesentliche Grundlage der Armutsvermeidung, Höhe und Kontinuität der Entlohnung werden durch das Ausmaß der Erwerbsintensität und abgesicherte Anstellungsverhältnisse beeinflusst. Als Beitrag zum Haushaltseinkommen minimiert das persönliche Erwerbseinkommen je nach Höhe das Risiko des gesamten Haushalts, von Armutsgefährdung betroffen zu sein. Übersicht 6 illustriert den Zusammenhang von Haupttätigkeit und Armutsgefährdung. Insgesamt haben 11% der Personen zwischen 20 und 64 Jahren ein äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Darunter weisen Personen, die im Jahr 2009 das ganze Jahr über erwerbstätig waren, mit 4% die niedrigste Armutsgefährdungsquote auf. Für ganzjährig Teilzeiterwerbstätige ist das Gefährdungsrisiko um 3 Prozentpunkte höher. Diskontinuität in der Erwerbsbeteiligung schlägt sich im Lebensstandard nieder: Nicht ganzjährig erwerbstätige Personen haben eine dreimal so hohe Armutsgefährdungsquote wie ganzjährig Erwerbstätige (12%).

Übersicht 6: Armutsgefährdung nach Haupttätigkeit 2009 von Personen im Erwerbsalter

		Gesamt in 1.000	Armutsgefährdung		
			in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Insgesamt		5.134	539	100	11
Ganzjährig erwerbstätig		3.114	127	24	4
davon Vollzeit	4.129.000	2.536	89	17	4
davon Teilzeit		578	38	7	7
Nicht ganzjährig erwerbstätig		633	79	15	12
Arbeitslos (>= 6 Monate)		382	155	29	40
Ganzjährig nicht erwerbsaktiv		1.005	179	33	18
davon in Pension	1.005.000	498	61	11	12
davon in Ausbildung		289	60	11	21
davon im Haushalt		150	35	6	23
davon aus gesundhltl. od. sonst. Gründen nicht erwerbstätig		67	23	4	35

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre). Ganzjährig erwerbstätig: 12 Monate erwerbstätig. Nicht ganzjährig erwerbstätig: weniger als 12 Monate erwerbstätig, aber mind. 6 Monate Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig.

Dem höchsten Armutsrisiko sind Langzeitarbeitslose (mindestens sechs Monate arbeitslos) ausgesetzt (40%). Ein Drittel der Armutsgefährdeten im Erwerbsalter ist das gesamte Jahr 2009 über keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen, der Großteil davon sind Personen in Ausbildung und Personen mit Pensionsbezug im Erwerbsalter. Bis auf letztere sind nicht erwerbsaktive Personen im Erwerbsalter überdurchschnittlich häufig von Armutsgefährdung betroffen.

Working poor

Personen, denen trotz Erwerbstätigkeit kein äquivalisiertes Haushaltseinkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zur Verfügung steht, werden als „working poor“ bezeichnet. In EU-SILC sind jene armutsgefährdeten Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) als „working poor“ definiert, die im Verlauf des Referenzjahres zumindest einen Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren. Demnach sind laut EU-SILC 2010 insgesamt 5% der Erwerbstätigen im Erwerbsalter „working poor“, das entspricht rund 206.000 Personen, davon etwa 112.000 Männer (5%) und 94.000 Frauen (6%) (Übersicht 7). Ursache für Armut trotz Erwerbstätigkeit kann sowohl eine Teilzeit, nicht ganzjährige oder gering entlohnte Tätigkeit als auch die Haushaltssituation sein, d.h. dass mit einem Einkommen mehrere Personen erhalten werden müssen.

„Working poor“ bilden mit einem Anteil von 38% die größte Gruppe der Armutsgefährdeten im Erwerbsalter. Zwar ist das Armutsrisiko für Arbeitslose mit 40% um ein Vielfaches höher als für ganzjährig Erwerbstätige mit 4% oder unter sechs Monaten Beschäftigte mit 18%, aber anteilmäßig repräsentieren sie eine kleinere Gruppe.

70% der 127.000 ganzjährig erwerbstätigen „working poor“ waren vollzeitbeschäftigt. Personen mit Normalarbeitsverhältnissen bilden somit die größte Gruppe unter den armutsgefährdeten Erwerbstätigen im Erwerbsalter. Selbständige machen 19% aller „working poor“ aus, sie tragen mit 9% ein höheres Armutsrisiko als unselbständig Erwerbstätige (4%).

Insgesamt sind 462.000 Personen von Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit betroffen, sie leben in Haushalten mit „working poor“ oder sind selbst dieser Gruppe zuzurechnen. 26% der „working poor“ leben alleine.

Übersicht 7: Soziodemographisches Profil von Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Armutsrisiko

	Erwerbstätige im Erwerbsalter ¹⁾					
	Gesamt in 1.000	Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet „working poor“		
		in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Insgesamt	3.747	3.541	100	206	100	5
Männer	2.046	1.934	100	112	100	5
20-39 Jahre	891	836	43	55	49	6
40-64 Jahre	1.155	1.098	57	57	51	5
Frauen	1.701	1.607	100	94	100	6
20-39 Jahre	723	672	42	51	54	7
40-64 Jahre	978	935	58	43	46	4
Bildung						
Max. Pflichtschule	488	437	12	52	25	11
Lehre/mittlere Schule	1.972	1.874	53	99	48	5
Matura	739	705	20	33	16	5
Universität	548	526	15	22	11	4
Erwerbsstatus 2009						
Ganzjährig Vollzeit erwerbstätig	2.536	2.447	69	89	43	4
Ganzjährig Teilzeit erwerbstätig	578	540	15	38	18	7
Nicht ganzjährig erwerbstätig	633	554	16	79	38	12
Berufliche Stellung 2010						
Unselbständig erwerbstätig	2.973	2.854	100	119	100	4
Hilfsarbeit	679	615	17	64	31	9
Facharbeit	749	722	20	27	13	4
Mittlere Tätigkeit, Meister	657	641	18	15	7	2
Höhere/hochqualifizierte Tätigkeit	888	875	25	(13)	(6)	(1)
Selbständig	426	387	11	39	19	9
Aktuell nicht erwerbstätig	347	300	8	47	23	14
Staatsbürgerschaft						
Österreich	3.327	3.175	90	153	74	5
davon seit Geburt	3.163	3.034	86	130	63	4
davon eingebürgert	164	141	4	23	11	14
Nicht Österreich	420	367	10	53	26	13
davon EU/EFTA	192	174	5	19	9	10
davon sonstiges Ausland	227	193	5	34	17	15

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - 1) Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Verlauf des Referenzjahres 2009 zumindest einen Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren. Ohne Personen, die 2009 mehr als sechs Monate arbeitslos waren. - Erwerbsstatus 2009: Ausmaß der Erwerbstätigkeit 2009. - Berufliche Stellung 2010: Berufliche Stellung zum Befragungszeitpunkt 2010. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklamert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Übersicht 7 stellt im Referenzjahr 2009 erwerbstätige Personen im Erwerbsalter dar und macht ersichtlich, welche soziodemographischen Merkmale mit erhöhter Armutsgefährdung dieser Personengruppe einhergehen. Etwas weniger als die Hälfte der „working poor“ (48%) sind über 39 Jahre alt, befinden sich also nicht mehr am Beginn ihrer Erwerbslaufbahn. Bildung und eine oft damit einhergehende qualifizierte Berufstätigkeit schützen vor Armutsgefährdung: Fast drei Viertel der „working poor“ haben keine Matura. Hilfsarbeiter im Erwerbsalter sind mehr als doppelt so häufig von Armutsgefährdung betroffen wie Facharbeiter, die wiederum eine fast doppelt so hohe Armutsgefährdungsquote aufweisen wie Erwerbstätige mit mittlerer Tätigkeit. Unter Erwerbstätigen mit hochqualifizierter Tätigkeit tritt Armutsgefährdung fast gar nicht auf. Vollzeit-erwerbstätigkeit minimiert das Armutsrisiko ebenfalls, Teilzeiterwerbstätige oder nicht ganzjährig Erwerbstätige sind viel häufiger unter den „working poor“ vertreten. Mehr als ein Viertel der armutsgefährdeten Erwerbstätigen hat keine österreichische Staatsbürgerschaft, unter den Nichtarmutsgefährdeten hingegen lediglich ein Zehntel.

Working poor in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die in EU-SILC 2010 erfassten Einkommen beziehen sich auf das Jahr 2009, also jenes Jahr, in dem die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auch die österreichische Realwirtschaft erfassten. Laut Ergebnissen der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2009 sank im Gegensatz zu den Vorjahren die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt (-12.000 Personen im Vergleich zu 2008), die Zahl der Arbeitslosen stieg an (+42.000 Personen im Vergleich zu 2008) (vgl. Statistik Austria 2010b, S. 23). Vor allem Männer waren vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen (+39,6% im Vergleich zu 2008, Frauen +12,1%), generell stieg die Arbeitslosigkeit für beide Geschlechter in allen Branchen (vgl. ebd. S. 66), am stärksten im Produktionssektor, aber auch in der Dienstleistungsbranche (vgl. Wagner-Pinter 2009, S. 13). Bestimmte Personengruppen wie Jugendliche, Personen in saisonaler oder tageweiser Beschäftigung verzögerten ihren Eintritt in den Arbeitsmarkt oder zogen sich aufgrund

fehlender Beschäftigungsaussichten zurück (vgl. ebd., S.15). Vorläufige EU-SILC-Längsschnittanalysen deuten darauf hin, dass „working poor“ besonders schlecht vor krisenbedingten Entwicklungen am Arbeitsmarkt geschützt waren: Wer im Jahr zuvor als „working poor“ galt, hatte ein mindestens viermal so hohes Risiko während des Krisenjahres 2009 arbeitslos zu werden, als andere Erwerbstätige.

In der Zusammensetzung der von Armut trotz Arbeit betroffenen Personengruppe zeigen sich Unterschiede im Vergleich zum Vorjahr: Durch die krisenbedingt erhöhte Arbeitslosigkeit ist insgesamt eine Zunahme von Personen in nicht ganzjähriger Erwerbstätigkeit zu verzeichnen (+151.000 Personen im Vergleich zu EU-SILC 2009). Laut EU-SILC 2010 waren um 63.000 weniger ganzjährig Erwerbstätige im Erwerbsalter von Armut betroffen als 2009. Demzufolge steigt der Anteil von nicht ganzjährig Beschäftigten an den armutsgefährdeten Erwerbstätigen von 32% auf 38%. Ihre Armutsgefährdungsquote sinkt jedoch im Vergleich zum Vorjahr von 16% auf 12%. Der vermehrte Bezug von Abfertigungen deutet darauf hin, dass sich Einkommensverluste durch Arbeitslosigkeit für den Großteil der Betroffenen, auch aufgrund niedrigerer Steuerbemessungen, nicht unmittelbar auf die finanzielle Situation ausgewirkt haben. Das persönliche Nettoeinkommen von nicht ganzjährig erwerbstätigen Personen war im Referenzjahr 2009 etwas geringer als 2008 (Vergleich des Medians 2010-2009: -0,4%).

Insgesamt sind in EU-SILC 2010 um 34.000 „working poor“ weniger ausgewiesen als im Vorjahr. Grund dafür ist deren Abwanderung in die Arbeitslosigkeit. Der Anteil der Armutsgefährdeten unter Langzeitarbeitslosen (6 und mehr Monate arbeitslos) hat sich im Jahresvergleich um 3 Prozentpunkte erhöht. Die Abnahme der „working poor“ von 6,5% im Jahr 2009 auf 5,5% im Jahr 2010 liegt innerhalb der statistischen Schwankungsbreite.

Übersicht 8 zeigt die Entwicklung des Armutsrisikos von Erwerbstätigen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) von 2004 bis 2010. Betrag deren Armutsgefährdungsquote zu Beginn des

Beobachtungszeitraumes 8%, lag sie ab 2005 bei 7%. 2004 hatten 277.000 Personen in Österreich, obwohl sie erwerbstätig waren, ein äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, 2010 sind es weniger, nämlich 206.000. Dies ist vor allem auf die sinkende Anzahl betroffener erwerbstätiger Männer zurückzuführen. Die Armutsgefährdungsquote von männlichen und weiblichen Erwerbstätigen im Erwerbsalter unterscheidet sich im Zeitverlauf fast durchgängig lediglich um einen Prozentpunkt, es ist keine eindeutige Schlechterstellung nach dem Geschlecht erkennbar. Bei der Interpretation von geschlechtsspezifischen Unterschieden ist zu beachten, dass die Erwerbsquote von Frauen geringer ist und nichterwerbstätige Frauen nicht berücksichtigt sind. Der Anteil der von Armutsgefährdung betroffenen erwerbstätigen Frauen an den „working poor“ stieg im Beobachtungszeitraum von rund 42% 2004 auf 46% 2010.

Übersicht 8: Working poor in Österreich 2004-2010

	Working poor													
	2004		2005		2006		2007		2008		2009		2010	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	277	7,8	257	7,2	243	6,8	231	6,4	247	6,7	241	6,5	206	5,5
Männer	162	8,1	158	7,7	134	6,7	127	6,4	132	6,5	136	6,6	112	5,5
Frauen	115	7,4	99	6,4	110	7,0	104	6,5	116	7,1	105	6,3	94	5,5

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2010. - Working poor: Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Verlauf des Referenzjahres zumindest einen Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und armutsgefährdet sind. Ohne Personen, die im Referenzjahr mehr als sechs Monate arbeitslos waren.

Übersicht 9 stellt Erwerbstätige im Erwerbsalter (20-64 Jahre) in prekären Beschäftigungsverhältnissen dar. Rund 38% der als „working poor“ bezeichneten Personen befinden sich laut EU-SILC 2010 in einer prekären Beschäftigungsform: Selbst wenn je nach Haushaltszusammensetzung die Möglichkeit besteht, dass die Einkommen anderer Haushaltsmitglieder Einkommen aus prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgleichen, ist die überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdung der Betroffenen ersichtlich.

Übersicht 9: Armutsgefährdung in prekären Beschäftigungsformen

	Gesamt in 1.000	Armutsgefährdung	
		in 1.000	Quote in %
Insgesamt	5.134	539	11
Unregelmäßig beschäftigt	615	115	19
Teilzeit <12h	147	16	11
Niedriglohnbeschäftigung	58	(13)	(23)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre). - Unregelmäßig beschäftigt: Im vergangenen Jahr weniger als 10 Monate Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt oder Werk-/DienstvertragsnehmerIn. - Teilzeit < 12h: Aktuell weniger als 12 Stunden beschäftigt. - Niedriglohnbeschäftigung: Der Stundenlohn beträgt weniger als 5,77 Euro. Hochgerechnet auf Vollzeitbeschäftigung beträgt der Monatslohn weniger als 1.000 Euro. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Prekäre Beschäftigung

Als prekär beschäftigt gelten einerseits Personen, die im Verlauf des Referenzjahres weniger als 10 Monate Teilzeit- oder Vollzeit oder für weniger als 12 Wochenstunden beschäftigt waren. Andererseits werden auch durch Werk- oder freie Dienstverträge geregelte Beschäftigungsverhältnisse sowie Niedriglohnbeschäftigung dazugezählt. Als niedriglohnbeschäftigt gelten alle unselbständig beschäftigten Personen (ohne Lehrlinge) mit einer Normalarbeitszeit von über 12 Stunden pro Woche, deren Stundenlohn brutto weniger als 5,77 Euro beträgt. Selbst bei Vollzeitbeschäftigung (40h) würde mit diesem Stundenlohn kein Monatslohn von 1.000 Euro brutto erreicht werden.

HAUSHALTZUSAMMENSETZUNG UND ARMUTSGEFÄHRDUNG

Ein weiterer Entstehungszusammenhang von Armutsgefährdung ist die Zusammensetzung des Haushalts. Einerseits beeinflusst sie die Möglichkeiten einzelner Mitglieder, sich am Erwerbsleben zu beteiligen und zum gemeinsamen Haushaltseinkommen beizutragen, andererseits können niedrige oder fehlende individuelle Einkommen durch die Einkünfte anderer Haushaltsmitglieder ausgeglichen werden. In Mehrpersonenhaushalten können außerdem aufgrund der gemeinsamen Haushaltsführung etwa beim Wohnen oder beim Kauf von Nahrungsmitteln Kosten gespart werden. Weil in Einpersonenhaushalten keine Einsparungspotenziale aufgrund der gemeinsamen

Haushaltsführung gegeben sind, verzeichnen alleinlebende Personen mit Ausnahme alleinlebender (männlicher) Pensionisten generell ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko. Anders als in Mehrpersonenhaushalten wirken sich Einkommensnachteile und soziale Risiken in Einpersonenhaushalten unmittelbar auf den Lebensstandard aus.

Aus diesem Grund sind alleinlebende Frauen mit Pension zu über einem Viertel von Armutsgefährdung betroffen (26%) und stellen mit 111.000 Personen 11% aller Armutsgefährdeten dar. Das Armutsrisiko von alleinlebenden Männern mit Pension liegt mit 13% leicht über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Für Alleinlebende ohne Pension liegt die Armutsgefährdungsquote bei 19% für Männer und bei 24% für Frauen, die Lücke ist mit 21% bzw. 22% deutlich höher als für Einpersonenhaushalte mit Pensionsbezug. Dort liegt sie für Frauen bei 15%, für Männer bei 16%.

Mehrpersonenhaushalte ohne und mit bis zu zwei Kindern sind mit Quoten von 6% bzw. 7% relativ gut vor Armutsrisiken geschützt. Für Familien mit mehr als zwei Kindern erhöht sich die Armutsgefährdungsquote auf 18%. Je nach Anzahl der Kinder verteilen sich die Haushaltseinkommen der armutsgefährdeten Haushalte unterschiedlich um die Armutsgefährdungsschwelle: Die Armutsgefährdungslücke liegt mit einem Kind bei 19%, mit zwei Kindern bei 16% und mit mehr als zwei Kindern bei 22%. In Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder liegt das Äquivalenzeinkommen der Armutsgefährdeten im Median um 19% unter der Armutsgefährdungsschwelle.

Das höchste Armutsrisiko, nach der Zusammensetzung des Haushalts betrachtet, tragen Personen in Ein-Eltern-Haushalten. Hier manifestieren sich mehrere Risikofaktoren, die Alleinerziehende und ihre Kinder zu einer der am meisten von Armut bedrohten Bevölkerungsgruppe in Österreich machen. Geringe Verdienstmöglichkeiten, die auch im vermehrten Betreuungsaufwand begründet sind, der fehlende Ausgleich eines niedrigen Einkommens durch andere Haushaltsmitglieder und ungeteilte Aufwendungen für Lebenserhaltungskosten sind die Ursachen dafür, dass 28% der Kinder

und Erwachsenen in Ein-Eltern-Haushalten armutsgefährdet sind. Rund 92% der Erwachsenen in diesen Haushalten sind Frauen. Obwohl Alleinerzieherinnen nicht nur häufiger, sondern auch in höherem Stundenausmaß erwerbstätig sind als Mütter, die in einer Partnerschaft leben, ist für viele kein Lebensstandard über der Armutsgefährdungsschwelle möglich: 28% der Mütter und Kinder in Ein-Eltern-Haushalten sind armutsgefährdet.¹¹ Für alleinerziehende Väter kann aufgrund geringer Fallzahlen keine Armutsgefährdungsquote ausgewiesen werden.¹²

Der Einfluss des Alters der Kinder auf Betreuungsnotwendigkeiten im Haushalt und damit auf die Erwerbstätigkeit der Eltern zeigt sich im Armutsrisiko: Ist das jüngste Kind im Kleinkindalter (bis drei Jahre), liegt bei 15% der Familien das äquivalisierte Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Wenn das jüngste Kind zwischen vier und sechs Jahren alt ist, ist eine leicht erhöhte Armutsgefährdung von 13% festzustellen. In Familien, in denen das jüngste Kind bereits das Regelschulalter erreicht hat, beträgt die Armutsgefährdungsquote 10% (Übersicht 11).

Bevölkerungsgruppen, für die bereits im Querschnitt 2010 eine erhöhte Armutsgefährdung festgestellt wurde, nämlich alleinlebende Pensionistinnen und Frauen ohne Pensionsbezug, Personen in Ein-Eltern-Haushalten und in Haushalten mit mindestens drei Kindern, haben auch im Zeitverlauf seit 2004 unverändert die höchsten Armutsrisiken (Übersicht 10). Größere Schwankungen in der Armutsgefährdungsquote sind zwischen den Jahren 2004 und 2010 bei alleinlebenden Männern mit Pension, alleinlebenden Frauen ohne Pension, Ein-Eltern-Haushalten und Mehrpersonenhaushalten mit mindestens drei Kindern festzustellen (Übersicht 10). Diese Schwankungen lassen sich zum Teil auf die geringe Stichprobengröße, zum Teil auch auf Veränderungen innerhalb der betreffenden Gruppe zurückführen. So kann für alleinlebende Männer

11 Zu Lebensbedingungen und Armutsrisiken von Alleinerziehenden in Österreich vgl. Band 7 der Sozialpolitischen Studienreihe des BMASK (2011).

12 Es wird jedoch eine ökonomische Besserstellung gegenüber Alleinerzieherinnen vermutet, da Männer im Schnitt höhere Erwerbseinkommen erzielen als Frauen und Alleinerzieher seltener Kinder im Vorschulalter betreuen und daher eher die Möglichkeit haben, vollzeiterwerbstätig zu sein (vgl. ebd.).

ohne Pension ein leichtes Sinken der Armutsgefährdungsquote zwischen 2004 und 2010 beobachtet werden, zugleich steigt der Anteil der Erwerbstätigen innerhalb dieser Personengruppe an. Auch für alleinlebende Frauen ohne Pensionsbezug nimmt die Armutsgefährdungsquote von 27% 2004 bis 2010 um 5 Prozentpunkte ab, zwischenzeitlich lag sie unter 20%. Im selben Zeitraum steigt die Erwerbsbeteiligung von 65% im Jahr 2004 auf 71% 2010 an.

Übersicht 10: Armutsgefährdungsquote nach Haushaltstyp 2004-2010

	Armutsgefährdungsquote in %							
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Ø
Gesamt	13	13	13	12	12	12	12	12
Haushalt mit Pension								
Zusammen	15	14	16	15	16	16	15	15
Alleinlebende Männer	(6)	(12)	(9)	11	16	11	13	11
Alleinlebende Frauen	24	24	28	26	24	28	26	26
Mehrpersonenhaushalt	12	10	12	11	13	12	11	11
Haushalt ohne Pension								
Zusammen	13	14	12	11	12	11	11	12
Alleinlebende Männer	20	12	19	15	16	17	19	17
Alleinlebende Frauen	27	24	22	22	20	18	24	22
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	9	10	8	6	6	7	6	7
Haushalt mit Kindern								
Zusammen	12	14	12	13	13	11	12	12
Ein-Eltern-Haushalt	25	27	27	32	29	30	28	28
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	8	10	8	8	9	7	7	8
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	9	11	11	9	10	7	11	10
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	24	20	16	19	20	20	18	20

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2010. Personen in Haushalten. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Generell gilt in Mehrpersonenhaushalten: Je mehr Haushaltsmitglieder im Erwerbsalter einer Erwerbstätigkeit nachgehen, desto mehr finanzielle Ressourcen stehen dem Haushalt zur Verfügung. Bei der Armutsreduktion in Familien kommt vor allem der Erwerbsbeteiligung von Frauen große Bedeutung zu. Sie tragen immer häufiger zum Haushaltseinkommen bei, Betreuungs- und Versorgungspflichten sowie ein fehlendes Angebot an (gut erreichbaren) Arbeitsplätzen sind jedoch Gründe dafür, warum die Erwerbsbiographien vieler Frauen nach wie vor durch Teilzeitbeschäftigung charakterisiert

sind. Übersicht 11 zeigt, wie sich Alter und Zahl der Kinder auf die Erwerbsintensität von Frauen auswirken: Liegt die Erwerbsquote von Frauen in Haushalten ohne Kinder bei 71%, sind in Haushalten mit drei Kindern nur 44% der Frauen erwerbstätig. Die Teilzeitquote sinkt mit dem Alter der Kinder: Ist das jüngste Kind unter drei Jahre alt, arbeiten 78% der erwerbstätigen Frauen Teilzeit, während in Haushalten mit dem jüngsten Kind im Schulalter mehr als die Hälfte der Frauen einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen (51%). Auch wenn in Mehrpersonenhaushalten die Möglichkeit besteht, niedrige oder fehlende Erwerbseinkommen eines Haushaltsmitglieds durch Erwerbseinkommen anderer Personen und Einkünfte aus Sozialleistungen oder Privattransfers zu ergänzen, ist dies oft nicht im selben Maß möglich, und die geringe Erwerbsbeteiligung eines Mitglieds kann sich nachteilig auf den Lebensstandard auswirken. In Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder liegt das Armutsrisiko ohne Erwerbsbeteiligung der Frau bei 15%. Ist die Frau Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt, sind unterdurchschnittliche 3% der Personen in solchen Mehrpersonenhaushalten armutsgefährdet. Bis auf Ein-Eltern-Haushalte liegt das Armutsrisiko in Familien bei Erwerbstätigkeit der Frauen unter 10%. Den größten

Übersicht 11: Erwerbstätigkeit von Frauen und Armutsgefährdung in Familien

	Erwerbstätigkeit der Frau			Armutsgefährdungsquote		
	gesamt	davon Teilzeit	davon Vollzeit	gesamt	bei Erwerbstätigkeit der Frau	ohne Erwerbstätigkeit der Frau*
	in %					
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	71	32	68	5	3	15
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	63	55	45	7	4	19
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	58	63	37	11	7	20
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	44	61	39	18	8	33
In Ein-Eltern-Haushalt	64	45	55	28	20	63
Jüngstes Kind bis 3 Jahre	36	78	22	15	8	22
Jüngstes Kind 4 bis 6 Jahre	69	70	30	13	6	40
Jüngstes Kind über 6 Jahre	67	49	51	10	7	26

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

Erwerbsbeteiligung: Anteil aktuell hauptsächlich Erwerbstätiger (ohne Arbeitslose) an Frauen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) in Haushalten ohne Pension. Teilzeit: Erwerbstätigkeit von weniger als 35 Stunden pro Woche.

* Personen in Haushalten ohne Pension, in denen mind. eine Frau im Erwerbsalter (20-64 Jahre) lebt. Erwerbstätigkeit: Voll- oder Teilzeiterwerbstätigkeit.

Effekt zeigt die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Haushalten, wo es nur eine Verdienerin geben kann: Wenn Frauen in Ein-Eltern-Haushalten nicht erwerbstätig sind, liegt die Armutsgefährdungsquote bei 63%. Aber auch Erwerbseinkommen garantieren in solchen Fällen oft kein Äquivalenzeinkommen über der Armutsgefährdungsschwelle, bei Erwerbsbeteiligung der Mutter sind Kinder und ihre alleinerziehenden Mütter zu 20% armutsgefährdet.

ARMUTSGEFÄHRDUNG VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

Fast ein Drittel der Armutsgefährdeten in Österreich (30%) stammt aus einem Land außerhalb der EU-/EFTA-Zone. Da 14% der Gesamtbevölkerung keine österreichische Staatsbürgerschaft haben bzw. aus diesen Ländern eingebürgert sind, ist diese Gruppe bei der Armutsgefährdung deutlich überrepräsentiert. Unterschiedliches Erwerbsverhalten, Zugangsbeschränkungen und ethnische Segregation am Arbeitsmarkt, fehlende oder nicht anerkannte Abschlüsse und Qualifikationen sowie Informationsdefizite in Zusammenhang mit Sozialleistungen oder Förderungen können Gründe für niedrige Einkommen von Migrantinnen und Migranten sein, die oft nicht durch andere Haushaltsmitglieder ausgeglichen werden. Ein unsicherer Aufenthaltsstatus, der erschwerte Zugang zum sozialen Wohnbau und fehlende Möglichkeiten politischer Mitbestimmung sind weitere Faktoren, die sich vor allem auf den Lebensstandard von Drittstaatsangehörigen auswirken. Ein Viertel der Migrantinnen und Migranten verfügt über ein Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle.

Zugewanderte Menschen sind keine homogene Gruppe, und je nach Herkunftsland, Alter, Bildung, Aufenthaltsdauer und dem sozioökonomischen Status im Herkunftsland unterscheiden sich ihre Teilhabechancen und ihr Lebensstandard. Für Detailanalysen steht meist nicht ausreichend Information über die spezifische Lebenssituation zur Verfügung bzw. ist diese aufgrund kleiner Fallzahlen beschränkt interpretierbar. In EU-SILC ist eine Unterscheidung nach Staatsbürgerschaft, Einbürgerung und Geburtsland

möglich, Ergebnisse hierzu werden im Folgenden dargestellt.¹³ Da Personen aus EU-/EFTA-Ländern aufenthaltsrechtlich und am Arbeitsmarkt eine Gleichstellung mit österreichischen Staatsangehörigen erfahren und ihr Zuzug aufgrund unterschiedlicher Wanderungsmotive (z.B. Ausbildung, fixe Stellenzusage) im Gegensatz zu vielen Personen aus Drittstaaten meist geplant und daher ohne Einbußen im Lebensstandard verläuft, wird der Fokus der Analyse auf Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten gelegt.

Deutliche Unterschiede im Lebensstandard zeigen sich sowohl nach der Staatsbürgerschaft als auch zwischen in Österreich geborenen und erst eingebürgerten Österreicherinnen und Österreichern aus Drittstaaten.

Übersicht 12: Armutsgefährdungsquote und Intensität der Armutsgefährdung nach Staatsbürgerschaft

	Gesamt in 1.000	Äquivalenz- einkommen der Armuts- gefährdeten	Armutsgefährdung			
			in 1.000	Anteil	Quote	Lücke
Gesamt	8.283	10.240	1.004	100	12	17
Staatsbürgerschaft						
Österreich seit Geburt	7.100	10.411	704	70	10	16
Österreich eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	276	10.353	71	7	26	16
EU/EFTA	349	9.419	54	5	15	24
Ehem. Jugoslawien (o. Slowenien)	306	10.579	45	4	15	14
Türkei	114	9.953	52	5	46	20
Andere	138	8.821	78	8	57	30

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

Migrantinnen und Migranten ohne EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft sind insgesamt laut EU-SILC 2010 mit einer Quote von 31% die am stärksten von Armutsgefährdung betroffene Gruppe. Armutsgefährdete zugewanderte Personen aus Drittstaaten sind zu 60% Frauen, der Median der Altersverteilung liegt bei 42 Jahren. Die Herkunft

¹³ In EU-SILC 2010 wurde die Staatsbürgerschaft erstmals auch für Kinder erhoben. In den Vorjahren wurde die Staatsangehörigkeit für unter 16-Jährige nach der Staatsbürgerschaft der Eltern imputiert.

einzelner Mitglieder steht in Zusammenhang mit dem Lebensstandard des gesamten Haushalts: Personen in Haushalten mit zumindest einer Person aus einem Drittstaat sind zu 30% armutsgefährdet.

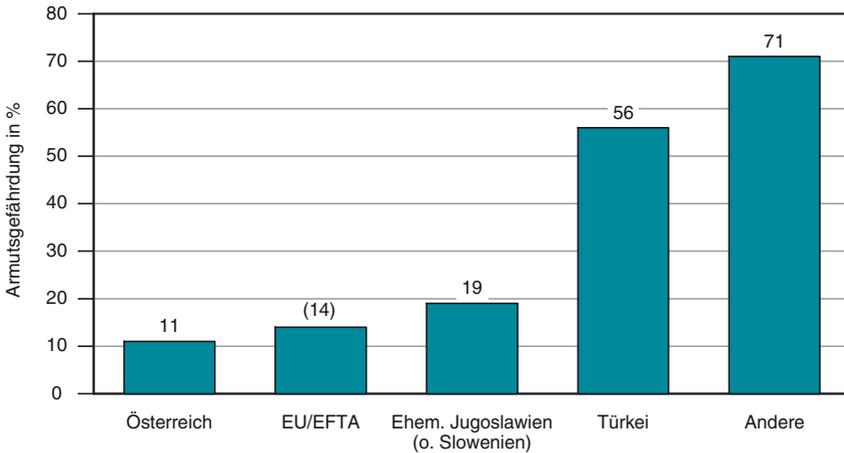
Werden die beiden größten Herkunftsgebiete von Drittstaatsangehörigen in Österreich separat ausgewiesen, haben türkische und andere Drittstaatsangehörige mit 46% bzw. 57% die höchsten Armutsgefährdungsquoten. Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (15%) und aus EU-/EFTA-Staaten (15%) haben ein um 5 Prozentpunkte höheres Armutsrisiko als geborene Österreicherinnen und Österreicher (10%).

Von den Armutsgefährdeten haben Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 10.579 Euro das höchste Medianeinkommen, noch vor österreichischen Staatsangehörigen (10.411 Euro, Übersicht 12). Damit haben diese Gruppen die kleinsten Armutsgefährdungslücken, die Einkommen der Armutsgefährdeten liegen mit 14% bzw. 16% am nächsten zur Armutsgefährdungsschwelle. Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft (ohne EU/EFTA, ohne ehem. Jugoslawien und Türkei) haben hingegen eine Lücke von rund 30% und sind deutlich intensiver von Einkommensarmut betroffen.

Mit längerer Aufenthaltsdauer ist eine Anhebung des Lebensstandards möglich. Die Analyse für nicht in Österreich geborene Personen ab 16 Jahren zeigt, dass das höchste Armutsrisiko Personen tragen, die 2010 unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus erst höchstens zehn Jahre in Österreich gelebt haben (31%). Immer noch überdurchschnittlich, jedoch vergleichsweise weniger oft von Armutsgefährdung betroffen sind Personen mit einer Aufenthaltsdauer von bis zu 30 Jahren (17%) oder mehr (16%).

Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft haben durchschnittlich mehr Kinder als österreichische Staatsangehörige (vgl. Statistik Austria, KMI 2010). Da die Armutsgefährdung von Kindern immer im Zusammenhang mit dem Lebensstandard ihrer Familien steht, sind ausländische Kinder somit auch öfter von Armutsgefährdung

Grafik 2: Armutsgefährdung von Kindern und abhängigen jungen Erwachsenen nach Staatsbürgerschaft



Staatsbürgerschaft von Kindern und abhängigen jungen Erwachsenen

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - Kinder: alle 0- bis 16-Jährigen; abhängige Jugendliche und junge Erwachsene: Personen unter 27 Jahren, die mit mindestens einem Elternteil zusammenleben und nicht erwerbstätig sind. - Zahlen in Klammern sind aufgrund einer geringen Fallzahl in der Grundgesamtheit mit großen Schwankungsbreiten behaftet und nur eingeschränkt interpretierbar.

betroffen als österreichische (Grafik 2). Besonders prekär ist die Situation dabei für türkische Kinder und jene mit anderer Drittstaatsangehörigkeit: Unter ersteren sind mehr als die Hälfte armutsgefährdet (56%), unter Kindern mit anderer Staatsbürgerschaft sogar 71%. Kinder und Jugendliche aus Ex-Jugoslawien (19%) haben im Vergleich dazu ein niedrigeres Armutsrisiko, es ist aber immer noch deutlich höher als für Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft (11%).

Übersicht 13 stellt das Armutsrisiko nach Staatsbürgerschaft im Zeitverlauf dar und lässt ein gleichbleibend überdurchschnittliches Armutsrisiko für Drittstaatsangehörige erkennen. Veränderungen zwischen den Jahren können durch die geänderte Zusammensetzung der Personengruppe bedingt sein und nicht als reale Veränderung interpretiert werden.

Übersicht 13: Armutsgefährdung nach Staatsbürgerschaft im Zeitverlauf 2004-2010

	Armutsgefährdungsquote in %							
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Ø
Insgesamt	13	13	13	12	12	12	12	12
Staatsbürgerschaft								
Österreich seit Geburt	12	11	11	11	11	11	10	11
Österreich eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	21	21	21	22	21	25	26	22
Nicht Österreich	26	25	24	23	26	24	25	25
davon EU/EFTA	19	15	14	15	17	20	15	16
davon sonstiges Ausland	28	28	28	27	30	26	31	28

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2010.

ARMUTSGEFÄHRDUNG UND GESUNDHEIT

Ob armutsgefährdete Personen öfters krank sind, weil sie sich gesundheitliche Vorsorge, ausgewogene Ernährung und einen „gesunden“ Lebensstil nicht leisten können, oder ob gesundheitlich beeinträchtigte Personen eher armutsgefährdet sind, weil sie nicht genügend Einkommen lukrieren, kann anhand der Datengrundlage von EU-SILC nicht beantwortet werden.

Für Personen im Erwerbsalter bedeuten gesundheitliche Beeinträchtigungen im schlimmsten Fall den langfristigen Entfall von Verdienstmöglichkeiten. Übersicht 14 zeigt, in welchem Maß Personen zwischen 20 und 64 Jahren von chronischen Krankheiten oder Beeinträchtigungen durch Behinderungen betroffen sind. Nach dem Geschlecht zeigen sich kaum Unterschiede: 6% der Männer und 7% der Frauen geben starke Einschränkungen bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens aufgrund eines gesundheitlichen Problems oder einer Behinderung an. Mit dem Alter treten Gesundheitsprobleme verstärkt auf: Gehören zwischen 20 und 39 Jahren nur 2% der Männer und Frauen zu dieser Gruppe, ist dies in der Altersgruppe zwischen 40 und 64 Jahren zu 8% bzw. 10% der Fall. Von chronischen Krankheiten oder dauerhaften gesundheitlichen Problemen sind 29% der Personen im Erwerbsalter betroffen: junge

Frauen mit 19% gleich häufig wie junge Männer, ältere Frauen ab 40 mit 38% häufiger als Männer (35%).

Gesundheitliche Beeinträchtigungen

Als chronisch krank gelten in EU-SILC Personen, die ihrer Selbsteinschätzung nach zum Befragungszeitpunkt ein dauerhaftes gesundheitliches Problem oder eine dauerhafte Erkrankung haben. Stark beeinträchtigt durch eine Behinderung sind Personen, die angeben, dass sie seit mehr als einem halben Jahr durch ein gesundheitliches Problem bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens eingeschränkt sind.

Übersicht 14: Gesundheitliche Beeinträchtigungen von Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) nach soziodemographischen Merkmalen

	Gesamt	Chronisch krank		Stark beeinträchtigt durch Behinderung	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	5.134	1.512	29	321	6
Männer	2.557	732	29	148	6
20-39 Jahre	1.062	203	19	26	2
40-64 Jahre	1.495	530	35	122	8
Frauen	2.576	779	30	173	7
20-39 Jahre	1.055	195	19	24	2
40-64 Jahre	1.521	584	38	149	10
Bildung					
Max. Pflichtschule	878	365	42	110	13
Lehre/mittlere Schule	2.581	768	30	166	6
Matura	1.027	244	24	34	3
Universität	647	135	21	11	2
Berufliche Stellung 2010					
Unselbständig erwerbstätig	3.118	717	23	67	2
Hilfsarbeit	735	210	29	36	5
Facharbeit	781	168	22	14	2
Mittlere Tätigkeit, Meister	684	139	20	12	2
Höhere/hochqualifizierte Tätigkeit	918	200	22	15	2
Selbständig	433	100	23	(10)	(2)
Aktuell nicht erwerbstätig	1.582	695	44	234	15

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

Nur Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre). - Chronisch krank: Dauerhafte Krankheit oder gesundheitliches Problem. - Stark beeinträchtigt durch Behinderung: Starke Einschränkung bei Alltagstätigkeiten seit mind. 6 Monaten durch ein gesundheitliches Problem. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Eindeutig ersichtlich ist der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau, beruflicher Stellung und Gesundheitszustand: Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss geben mit 13% mehr als viermal so häufig starke Beeinträchtigungen durch Behinderungen oder gesundheitliche Probleme an wie jene mit Lehre oder mittlerem Schulabschluss. Ähnlich verhält es sich auch nach der beruflichen Stellung: Es zeigen sich mehr Probleme für Personen mit niedrig qualifizierten Tätigkeiten. Diese werden vermehrt in Branchen ausgeübt, die durch erhöhte körperliche Belastungen gekennzeichnet sind und beinhalten oft wenig Gestaltungsmöglichkeiten, was sowohl zu körperlichen als auch zu psychischen Problemen führen kann. Die meisten Einschränkungen erfahren Personen, die aktuell nicht erwerbstätig sind, wobei hier die fehlende Gesundheit auch Grund für das Fernbleiben vom Arbeitsmarkt sein kann.

Insgesamt sind 11% der Personen im Erwerbsalter in Österreich armutsgefährdet. 39% davon leiden unter chronischen Krankheiten, und 11% sind durch eine Behinderung bei Alltagstätigkeiten eingeschränkt. Laut EU-SILC 2010 beziehen 6% der Armutsgefährdeten im Erwerbsalter Ersatzleistungen in Form einer Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension. Unter Nichtarmutsgefährdeten sind Gesundheitsprobleme deutlich seltener, wie Übersicht 15 zeigt. Für chronisch Kranke liegt das Armutsrisiko bei 14%,

Übersicht 15: Gesundheitliche Beeinträchtigungen und Armutsgefährdung von Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre)

	Personen im Erwerbsalter						
	Gesamt		Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet		
	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Insgesamt	5.134	100	4.595	100	539	100	11
Chronisch krank	1.512	29	1.302	28	210	39	14
Stark beeinträchtigt durch Behinderung	321	6	261	6	59	11	18

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

Nur Personen im Erwerbsalter (20-64). - Chronisch krank: Dauerhafte Krankheit oder gesundheitliches Problem. - Stark beeinträchtigt durch Behinderung: Starke Einschränkung bei Alltagstätigkeiten seit mind. 6 Monaten durch ein gesundheitliches Problem.

Personen mit Behinderung sind zu 18% armutsgefährdet. Dass sich eine Behinderung nicht zwangsläufig im Lebensstandard des gesamten Haushalts niederschlägt, zeigt die fast durchschnittliche Armutsgefährdungsquote von 13% für Personen in Haushalten, in denen eine Person im Erwerbsalter eine Behinderung hat. Hierbei spielen Sozialleistungen, die den Einkommensentgang ausgleichen, eine wichtige Rolle, wengleich die Armutsgefährdungslücke mit 20% auf relativ niedrige Einkommen der armutsgefährdeten Haushalte in dieser Situation hinweist.

Im Alter häufen sich die gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Disparitäten in der Betroffenheit zwischen armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Personen sind weitaus geringer als bei Personen im Erwerbsalter (Übersicht 16). Chronische Krankheiten oder dauerhafte gesundheitliche Probleme betreffen 60% der über 64-Jährigen, die Armutsgefährdungsquote liegt hier bei 16%. Durch eine Behinderung stark beeinträchtigt sind 23% der Personen im Pensionsalter, das Äquivalenzeinkommen liegt bei 17% von ihnen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Pflegegeldbeziehende im Pensionsalter tragen laut EU-SILC 2010 mit 12% ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko.

Übersicht 16: Gesundheitliche Beeinträchtigungen und Armutsgefährdung von Personen im Pensionsalter (ab 65 Jahren)

	Personen im Pensionsalter						
	Gesamt		Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet		
	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Insgesamt	1.414	100	1.199	100	215	100	15
Chronisch krank	844	60	706	59	137	64	16
Stark beeinträchtigt durch Behinderung	330	23	274	23	56	26	17

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.
 Nur Personen im Pensionsalter (65+ Jahre). - Chronisch krank: Dauerhafte Krankheit oder gesundheitliches Problem. - Stark beeinträchtigt durch Behinderung: Starke Einschränkung bei Alltagstätigkeiten seit mind. 6 Monaten durch ein gesundheitliches Problem.

3.1.4. Dauerhafte Armutsgefährdung zwischen 2006 und 2009

Seit 2007 kann auf Basis der Längsschnittkomponente von EU-SILC der Lebensstandard für ein jeweils vierjähriges Panel dargestellt werden. So ist es möglich, das Armutsrisiko bestimmter Bevölkerungsgruppen über einen längeren Zeitraum zu analysieren. Im Folgenden wird Armutsgefährdung im Längsschnitt für das Panel 2006 bis 2009 dargestellt.¹⁴

Längsschnittanalysen

Für die Analyse relevant sind all jene Personen, die vier Jahre in Folge befragt wurden und für die in jedem Erhebungsjahr Daten zur Armutsgefährdung vorliegen. Dies trifft im Vier-Jahres-Panel der Erhebungen EU-SILC 2006 bis 2009 auf 2.493 Personen zu. Diese stammen aus 1.152 Haushalten, die am Ende des Panels im Datensatz verfügbar sind. Hochgerechnet entspricht das vierjährige Panel 7.778.000 Personen oder 94% der Querschnittbevölkerung. Die Differenz zur Gesamtbevölkerung in Privathaushalten 2009 liegt bei rund 505.000 Personen. Diese Personengruppe ist im Panel nicht erfasst, da sie im Zeitraum zwischen 2006 und 2009 geboren wurde oder starb, bzw. zugezogen ist oder Österreich verlassen hat oder in einen Anstaltshaushalt übersiedelt ist. Die Bevölkerungsstruktur des Längsschnitts wurde mittels Gewichtung so weit wie möglich an die Querschnittbevölkerung 2009 angepasst. Geringe Abweichungen der Längsschnittergebnisse von den Querschnittergebnissen können sich dennoch ergeben. Die Haushaltsmerkmale eines Längsschnittshaushalts (zum Beispiel Einkommen und Haushaltszusammensetzung) werden auf Basis des gesamten Querschnittshaushalts im letzten Paneljahr (hier 2009) ermittelt.

¹⁴ Aufgrund der per EU-Verordnung vorgeschriebenen Lieferverpflichtungen sind die Längsschnittdaten gegenüber den Querschnittdaten immer etwa ein halbes Jahr zeitversetzt verfügbar. Aus diesem Grund bezieht sich die folgende Auswertung auf den Zeitraum 2006 bis 2009, Querschnittauswertungen und Trends können hingegen bis einschließlich 2010 ausgewiesen werden.

Einkommen und Lebensstandard weisen vor allem dann einen deutlichen Zusammenhang auf, wenn das Einkommen über einen längeren Zeitraum gleich bleibt (vgl. BMASK/Statistik Austria 2009, S. 108ff). Daher empfiehlt sich bei Verwendung des Äquivalenzeinkommens als Annäherung für die Erfassung von Lebensstandard eine längerfristige Beobachtung. Der Lebensstandard eines Haushalts, dessen Einkommen unter die Armutsgefährdungsschwelle sinkt, fällt erst allmählich, da Einkommenseinbußen kurzfristig abgefedert werden können: Das Aufbrauchen von Sparguthaben und Rücklagen oder das Verschieben von Anschaffungen usw. können niedrige laufende Einkommen eine Zeit lang ausgleichen. Demgegenüber macht sich eine verbesserte finanzielle Situation oft erst bei längerfristigem Verbleib auf einem höheren Einkommensniveau in einem höheren Lebensstandard bemerkbar, da größere Anschaffungen verzögert getätigt werden und möglicherweise auch Schulden zurückzuzahlen sind. Ein kurzfristiges Verweilen unter der Armutsgefährdungsschwelle hat also andere Implikationen für den Lebensstandard als niedriges Einkommen über einen längeren Zeitraum hinweg. Sowohl die Häufigkeit als auch die Dauer der Armutsgefährdung werden daher im Rahmen der Möglichkeiten des Vier-Jahres-Panels 2006-2009 untersucht.

Übersicht 17: Häufigkeit des Auftretens von Armutsgefährdung 2006-2009

	Häufigkeit in 1.000	Prozent	Kumuliert	Prozent
Nie	5.870	75	nie	75
In einem Jahr	832	11	zumindest 1 Jahr	25
In zwei Jahren	484	6	zumindest 2 Jahre	14
In drei Jahren	331	4	zumindest 3 Jahre	8
In vier Jahren	262	3	in vier Jahren	3
Gesamt	7.778	100		

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006-2009. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.

In den vier Jahren zwischen 2006 und 2009 waren drei Viertel der Längsschnittbevölkerung nie von Armutsgefährdung betroffen, das verbleibende Viertel war mindestens in einem Jahr armutsgefährdet (Übersicht 17). 3% der Bevölkerung hatten in allen vier Jahren ein äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der jeweiligen Armutsgefährdungsschwelle,

11% in nur einem einzigen der vier betrachteten Jahre. 6% der Längsschnittpopulation waren in zwei und 4% in drei aus vier Jahren armutsgefährdet, wobei es sich hierbei nicht um unmittelbar aufeinanderfolgende Jahre gehandelt haben muss. In der kumulierten Betrachtung¹⁵ waren 14% in mindestens zwei Jahren und 8% in mindestens drei Jahren seit dem Jahr 2006 armutsgefährdet.

Im Beobachtungszeitraum 2006-2009 lag das Äquivalenzeinkommen jeder vierten Person zumindest einmal unter der Armutsgefährdungsschwelle. Bei Armutsgefährdungsquoten zwischen 12% und 13% in den einzelnen Jahren bedeutet das, dass jährlich rund die Hälfte der Armutsgefährdeten neu dazugekommen ist bzw. die Armutsgefährdung verlassen hat und Einkommensarmut einer starken Dynamik unterliegt.

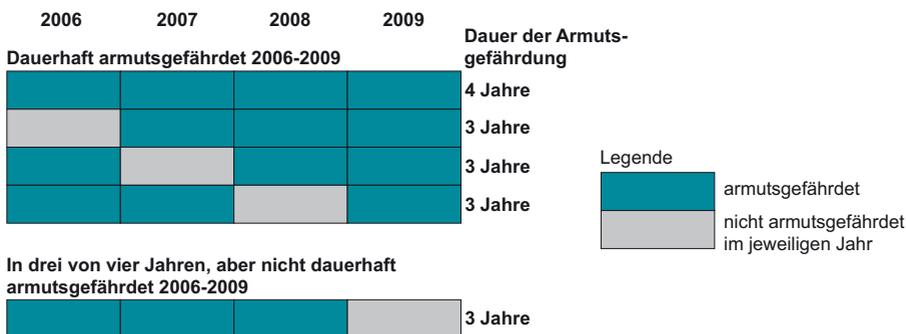
Dauerhafte Armutsgefährdung

Der EU-Eingliederungsindikator „dauerhafte Armutsgefährdung“ beobachtet Veränderungen im Lebensstandard längerfristig und weist dauerhafte Armutsphasen aus. Als dauerhaft armutsgefährdet wird jener Prozentsatz der Bevölkerung bezeichnet, der in Haushalten lebt, die am Ende des Beobachtungszeitraums, das heißt im aktuellsten Jahr, und in mindestens zwei von drei vorhergehenden Jahren ein Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle des jeweiligen Jahres hatten. Die jährlichen Armutsgefährdungsschwellen werden nach revidierter Berechnungsvorgabe von Eurostat unverändert aus den Querschnittsdaten übernommen. Spricht man von „dauerhaft armutsgefährdeten“ Personen, sind nur die in Grafik 3 angeführten Kombinationsvarianten in den betrachteten vier Jahren möglich. Nicht einbezogen sind diejenigen, die in den ersten drei Jahren (2006-2008) armutsgefährdet waren und es nur im letzten Jahr (2009) nicht sind – dieser Typ wäre für den Zeitraum 2005-2008 dauerhaft armutsgefährdet – oder auch jene, die 2008 und 2009 armutsgefährdet waren und dies auch 2010, also nach Ende des aktuellen Betrachtungszeitraums, sein werden. 6,2% der hochgerechneten Längsschnittbevölkerung sind nach dieser EU-Definition dauerhaft

¹⁵ Z.B. diejenigen, die drei Jahre armutsgefährdet waren, sind auch „zumindest ein Jahr“ und „zumindest zwei Jahre“ armutsgefährdet.

armutsgefährdet. Das entspricht hochgerechnet 481.000 Personen. Da es sich hierbei um eine etwas eingeschränkte Population handelt, die sich tatsächlich während vier Jahren im Panel befindet, wird im Folgenden auf die Darstellung von Absolutzahlen verzichtet. Die ausgewiesenen soziodemographischen Merkmale beziehen sich jeweils auf das letzte beobachtete Jahr. Veränderungen in der Haushaltszusammensetzung (z.B. in Ein-Eltern-Haushalten oder Haushalten mit mehreren Kindern), im Erwerbsstatus oder der Haupteinkommensquelle können so nicht abgebildet werden, sind aber bei der Interpretation der Ergebnisse mit zu bedenken.

Grafik 3: Typen „dauerhafter Armutsgefährdung“ nach EU-Definition



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

Zusätzlich werden zur weiteren Differenzierung nach der Dauer der Armutsgefährdung zeitweilig Armutsgefährdete als all jene definiert, die im Betrachtungszeitraum 2006 bis 2009 mindestens ein Jahr lang armutsgefährdet waren, aber nach der verwendeten Definition nicht dauerhaft armutsgefährdet sind.¹⁶

16 Die in der Jahrespublikation EU-SILC 2008 für 2004-2007 ausgewiesene dauerhafte Armutsgefährdung von 5,1% (gerundet 5%) wurde nach leicht abweichender Methodik berechnet (vgl. BMASK/Statistik Austria 2009). Zum damaligen Zeitpunkt sahen die methodischen Vorgaben von Eurostat vor, dass die Armutsgefährdungsschwelle jedes Jahres für die Längsschnittpopulation neu berechnet wird. Inzwischen wurde eine Änderung dahingehend vorgenommen, dass die unveränderten Querschnittsschwellen für den Längsschnittindikator anzuwenden sind. Für 2004-2007 ergibt sich nach dieser neuen Berechnungsmethode eine dauerhafte Armutsgefährdung von 5,46% (gerundet ebenfalls 5%).

ZEITWEILIGE UND DAUERHAFTE BETROFFENHEIT VON ARMUTSGEFÄHRDUNG NACH SOZIODEMOGRAPHISCHEN MERKMALEN UND HAUSHALTSFORM

Übersicht 18 zeigt das Auftreten von zeitweiliger und dauerhafter Armutsgefährdung (bei 60% des Medians) nach zentralen soziodemographischen Merkmalen. Im Vergleich sind auch die Anteile jener, die nie von Armutsgefährdung betroffen waren, ausgewiesen. Die „dauerhafte“ und „zeitweilige“ Betroffenheit von Armutsgefährdung lassen sich zur Kategorie „jemals von Armutsrisiko betroffen“ aufsummieren, was vor allem bei kleinen Gruppen von analytischem Vorteil sein kann. Die Gliederungsmerkmale beziehen sich jeweils auf das aktuellste Erhebungsjahr, in diesem Fall 2009. Dies ist bei veränderlichen Merkmalen wie Haushaltszusammensetzung oder Haupteinkommensquelle zu bedenken.

Übersicht 18: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen

Soziodemographische Merkmale 2009	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2006-2009			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jemals (= Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
Insgesamt	75	18	6	24
Geschlecht				
Männer	79	16	4	20
Frauen	72	20	8	28
Alter				
Bis 19 Jahre	72	24	(4)	28
20 bis 39 Jahre	78	18	(4)	22
40 bis 64 Jahre	79	15	6	21
65 Jahre und älter	67	20	13	33
Staatsbürgerschaft				
Österreich	78	17	6	23
darunter Eingebürgerte (Nicht EU/EFTA)	59	(25)	(16)	41
Nicht Österreich	56	34	(10)	44

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006-2009. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.

Lesbeispiel: In den Jahren 2006 bis 2009 waren 75% der Personen insgesamt nie, 18% zeitweilig und 6% dauerhaft armutsgefährdet. Die 18% zeitweilig und 6% dauerhaft armutsgefährdeten ergeben 24%, die jemals armutsgefährdet waren.

Nie = keine Armutsgefährdung in den Jahren 2006 bis 2009, zeitweilig = mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung, aber nicht dauerhaft; dauerhaft = 2009 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet.

Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Da allen Haushaltsmitgliedern der gleiche Lebensstandard unterstellt wird, sind geschlechtsspezifische Unterschiede auch für die Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nur eingeschränkt interpretierbar. Frauen sind zu 8%, Männer zu 4 % von dauerhafter Armutsgefährdung betroffen. Insgesamt beträgt der Frauenanteil an den dauerhaft armutsgefährdeten Personen 57%. Grund dafür ist vor allem der hohe Frauenanteil an alleinlebenden Pensionsbeziehenden – eine Gruppe, die durch sehr hohe dauerhafte Armutsgefährdung gekennzeichnet ist. Die benachteiligte Einkommenssituation von Frauen wird auch bei Betrachtung nach dem Geschlecht der hauptverdienenden Person im Haushalt unterstrichen. Personen in Haushalten mit einer Frau als Hauptverdienerin sind mit 12% wesentlich häufiger dauerhaft armutsgefährdet als Männer (4%) und befinden sich auch öfter zeitweilig (24% zu 16%) in Armutsgefährdung (Übersicht 20).

Die Ergebnisse zeigen sehr deutliche Unterschiede in der Persistenz bzw. Dynamik von Armutsgefährdung im Lebensverlauf. Bei Kindern und Jugendlichen ist eine überdurchschnittlich hohe Betroffenheit von zeitweiliger Armutsgefährdung festzustellen: 24% sind mindestens einmal in den untersuchten vier Jahren armutsgefährdet. Zusammen mit dauerhaft armutsgefährdeten Kindern und Jugendlichen waren 28% der Personen unter 19 Jahren zwischen 2006 und 2009 mindestens einmal armutsgefährdet. Armutsgefährdung ist in diesem Alter vielfach eine vorübergehende Phase, die durch Abschluss einer Ausbildung und Aufnahme der Erwerbstätigkeit beendet wird (Übersicht 18).

Weniger als ein Viertel der Personen im Erwerbsalter waren im Beobachtungszeitraum jemals armutsgefährdet. Personen zwischen 20 und 64 Jahren haben die höchsten Anteile bei den niemals Armutsgefährdeten. Ältere Personen hingegen haben viel eher dauerhafte Armutslagen zu bewältigen: 13% der Personen ab 65 Jahren – und damit mehr als doppelt so viele wie insgesamt – sind dauerhaft armutsgefährdet. Nach Beendigung des Erwerbslebens ist für sie meist kein Anstieg des Einkommens mehr zu erwarten. Sofern sich ihre Einkommenssituation nicht ändert, sind auch alle

Beziehenden einer Mindestpension nach dem aktuellen Ausgleichzulagenrichtsatz dauerhaft armutsgefährdet, da dieser unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt.¹⁷

Längsschnittanalysen nach Staatsbürgerschaft sind aufgrund der geringen Fallzahlen nur sehr grob möglich: 44% der nichtösterreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger waren zwischen 2006 und 2009 zumindest einmal von Armutsgefährdung betroffen – deutlich häufiger als Österreicherinnen und Österreicher (23%).

Die höchste Wahrscheinlichkeit, nie armutsgefährdet zu sein, haben Männer im Alter von 40 bis 64 Jahren mit österreichischer Staatsbürgerschaft seit Geburt.

Wie beim Armutsrisiko im Querschnitt ist auch für die Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung ein starker Zusammenhang mit der Lebensform ersichtlich¹⁸. Auch wenn geringe Fallzahlen bei kleinen Gruppen zu erhöhten Schwankungen der Ergebnisse führen, kann aus Übersicht 19 Folgendes abgeleitet werden: Alleinlebende Personen haben höhere Quoten zeitweiliger und dauerhafter Armutsgefährdung als Personen in Mehrpersonenhaushalten, Pensionistinnen und Pensionisten höhere als Personen in Haushalten mit anderer Haupteinkommensquelle als Pensionen.

Die schwierige soziale Lage von Ein-Eltern-Haushalten wird in der hohen Quote der zeitweilig Betroffenen (35%) sichtbar. Mehr als die Hälfte (53%) aller Kinder und Erwachsenen in Ein-Eltern-Haushalten haben in den vergangenen vier Jahren dauerhaft oder zeitweilig mit Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle leben müssen. Haushalte mit mehr als zwei Kindern verfügen oft kurzfristig über nicht genug Einkommen, sind aber seltener von dauerhafter Armutsgefährdung betroffen. 40% der

17 Diese Personengruppe hat neben anderen Personengruppen mit mindestsichernden Leistungen Anspruch auf Gebührenbefreiung oder andere Tarifrücktionen, die in EU-SILC nicht berücksichtigt werden.

18 Die ausgewiesenen Haushaltsmerkmale entsprechen jenen aus dem letztverfügbaren Jahr des Panels. Veränderungen können nicht abgebildet werden.

Personen in einer solchen Haushaltskonstellation waren im Beobachtungszeitraum jemals von Armutsgefährdung betroffen. In Haushalten mit mehreren Erwachsenen und einem Kind waren durchschnittliche 24% zwischen 2006 und 2009 jemals von Armutsgefährdung betroffen, in Haushalten mit zwei Kindern waren es nur 12%.

Übersicht 19: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Haushaltstyp

Haushaltstyp 2009	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2006-2009			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jemals (= Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
Insgesamt	75	18	6	24
Haushalt mit Pension ¹⁾	67	19	14	33
Alleinlebende Männer	68	(18)	(14)	(32)
Alleinlebende Frauen	47	29	23	52
Mehrpersonenhaushalte	75	15	10	25
Haushalt ohne Pension ²⁾	78	18	4	22
Alleinlebende Männer	67	(19)	(14)	(33)
Alleinlebende Frauen	69	21	(10)	31
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	90	9	(2)	9
Haushalt mit Kindern	74	22	4	26
Ein-Eltern-Haushalt	47	35	(18)	53
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	76	21	(3)	24
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	88	12	(0)	12
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	60	35	(5)	40

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006-2009. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.

Lesebeispiel: In den Jahren 2006 bis 2009 waren 75% der Personen insgesamt nie, 18% zeitweilig und 6% dauerhaft armutsgefährdet. Die 18% zeitweilig und 6% dauerhaft armutsgefährdeten ergeben 24%, die jemals armutsgefährdet waren.

Nie = keine Armutsgefährdung in den Jahren 2006 bis 2009, zeitweilig = mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung, aber nicht dauerhaft; dauerhaft = 2009 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. - 1) Mind. 50% des Haushaltseinkommens sind Pensionen. - 2) Weniger als 50% des Haushaltseinkommens sind Pensionen.

Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Den besten Schutz vor Armutsgefährdung – sei sie zeitweilig oder dauerhaft – stellt Erwerbsarbeit dar (Übersicht 20). Personen in Haushalten mit unselbständiger Erwerbsarbeit als Haupteinkommensquelle weisen die geringste dauerhafte Armutsgefährdung auf, 84% waren in den letzten vier Jahren nie armutsgefährdet. Haushalte mit voller Erwerbsbeteiligung aller Personen im Erwerbsalter (hier: 18 bis 59 Jahre) haben kurz- und langfristig gesehen geringe Armutsrisiken. Selbständige Arbeit ist

Übersicht 20: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Erwerbsmerkmalen und Bildung

Erwerbsmerkmale und Bildung 2009	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2006-2009			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jemals (= Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
Insgesamt	75	18	6	24
Haupteinkommensquelle ¹⁾				
Unselbständige Arbeit	84	15	(1)	16
Selbständige Arbeit	71	22	(7)	29
Sozialleistungen	34	40	25	65
Pensionen	69	18	13	31
Private Einkommen	57	(40)	(3)	(43)
Haushalt mit				
männlichem Hauptverdiener	80	16	4	20
weiblicher Hauptverdienerin	64	24	12	36
Erwerbsbeteiligung des Haushalts ²⁾				
(Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung	37	35	28	63
Teilweise Erwerbsbeteiligung	77	20	3	23
Volle Erwerbsbeteiligung	85	14	(1)	15
Höchster Bildungsabschluss (Pers. ab 16 Jahren)				
Max. Pflichtschule	62	23	15	38
Lehre/mittlere Schule	79	16	5	21
Matura	84	13	(3)	16
Universität	85	12	(3)	15

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006-2009. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.

Lesebeispiel: In den Jahren 2006 bis 2009 waren 75% der Personen insgesamt nie, 18% zeitweilig und 6% dauerhaft armutsgefährdet. Die 18% zeitweilig und 6% dauerhaft Armutsgefährdeten ergeben 24%, die jemals armutsgefährdet waren.

Nie = keine Armutsgefährdung in den Jahren 2006 bis 2009, zeitweilig = mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung, aber nicht dauerhaft; dauerhaft = 2009 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet.

1) Die Einkommensquelle, die den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen leistet. - 2) Erwerbsbeteiligung: nur Personen bis 59 Jahre. Anteil der Erwerbsmonate aller Personen im Erwerbsalter (hier: 18 bis 59 Jahre, ohne Studierende) an der maximal möglichen Erwerbszeit im Haushalt im Referenzjahr. Teilzeiterwerbstätigkeit wird entsprechend dem Stundenausmaß anteilmäßig berücksichtigt. (Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung: <=20%; teilweise Erwerbsbeteiligung: >20% und <85%; volle Erwerbsbeteiligung: >=85%.

Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

häufig von Schwankungen im Einkommensverlauf gekennzeichnet, was sich in einer höheren Quote zeitweiliger Armutsgefährdung niederschlägt.

Bildung und berufliche Qualifikation können sich über ein kontinuierliches und gut entlohntes Erwerbsverhältnis positiv auf die Einkommenssituation auswirken. Demnach sind Personen mit Hochschulbildung am seltensten von dauerhafter und zeitweiliger

Armutsgefährdung betroffen (85% nie). Personen mit Matura als höchstem Abschluss und jene mit Lehre oder mittlerer Schulbildung sind zwischen 2006 und 2009 relativ zur Gesamtbevölkerung ebenfalls seltener armutsgefährdet gewesen (84% bzw. 79% nie). Demgegenüber haben Personen, die maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügen, mit 15% ein deutlich höheres Risiko für dauerhafte Armutsgefährdung, insgesamt waren 38% von ihnen im Beobachtungszeitraum von Armut bedroht.

Haushalte, die hauptsächlich auf Sozialleistungen angewiesen sind, tragen das höchste Risiko, dauerhaft in Armutslagen zu geraten. Mit einem Viertel Betroffener ist für sie eine Verweildauer in Armutsgefährdung über drei Jahre oder länger sehr viel wahrscheinlicher als für Personen mit anderer Haupteinkommensquelle. Wie bereits dargelegt, ist der Bezug von Pensionen durch eine geringe Dynamik im Einkommen gekennzeichnet: 69% der Personen mit Haupteinkommensquelle Pension haben in den letzten Jahren keine Armutserfahrung gemacht. Konstant niedrige Einkommen für viele Pensionsbeziehende führen aber dazu, dass mehr als doppelt so viele wie im Durchschnitt über mehrere Jahre unter der Armutsgefährdungsschwelle verweilen (13% dauerhafte Armutsgefährdung).

3.2. Erhebliche materielle Deprivation (EU-Definition¹⁹)

Mangelndes Einkommen gilt als wichtigste Ursache für Armut. Bei der Reduktion von Armutsgefährdung geht es darum, Einkünfte aus Erwerbsarbeit sowie Sozialleistungen und Pensionen über der Armutsgefährdungsschwelle des jeweiligen Mitgliedsstaates sicherzustellen. Die Wohlstandsniveaus der einzelnen Länder sind sehr unterschiedlich. Die Armutsgefährdungsschwelle wird in jedem Land relativ zum mittleren Lebensstandard berechnet und fällt in den verschiedenen EU-Staaten, besonders nach den Erweiterungen 2004 und 2007, sehr unterschiedlich aus. Beispielsweise ist die

¹⁹ Dieses Kapitel behandelt zum ersten Mal detailliert die EU-Definition für erhebliche materielle Deprivation. Die bisher in Österreich übliche Definition für „finanzielle Deprivation“ wird weiterhin als nationaler Eingliederungsindikator verwendet (Kapitel 4).

Armutsgefährdungsschwelle in Österreich mehr als doppelt so hoch wie jene in der Slowakei.²⁰ Ein direkter Vergleich des Lebensstandards ist auch nach Kaufkraftbereinigung nicht zulässig. Und nicht zuletzt versucht eine Armutsdefinition, basierend auf einer relativen Einkommensschwelle, die relativen Teilhabechancen innerhalb einer Gesellschaft zu erfassen. Bei der Definition der Armutsgefährdungsschwelle bleiben generell die spezifischen Lebenshaltungskosten der Haushalte unberücksichtigt. Akute Armutslagen können aber auch dann auftreten, wenn die monatlichen Ausgaben eines Haushalts zum Beispiel für Wohnen, Heizung, Medikamente oder Kreditrückzahlungen zu hoch sind. So macht es einen großen Unterschied, ob man abbezahltes Wohnungseigentum besitzt oder Miete für eine Wohnung bezahlen muss. Außerdem spielt vor allem beim internationalen Vergleich auch die Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen eine große Rolle. Wer für Gesundheitsdienste, Bildung oder Kinderbetreuung extra bezahlen muss, benötigt mehr Einkommen, als wenn diese Leistungen kostenfrei zugänglich sind. Ein Vergleich ausschließlich auf der Basis des monetären Einkommens kann deshalb irreführend sein. Dies gilt auch für zeitliche Trends, wenn etwa Sparmaßnahmen vor allem die Versorgung mit öffentlichen Gütern betreffen. Im Zeitvergleich kann natürlich auch die allgemeine Teuerung den Lebensstandard einkommensschwacher Haushalte empfindlich treffen, selbst wenn die Einkommen unverändert bleiben.

Monetäre Armutsgefährdung spiegelt die Einkommensungleichheit innerhalb der Mitgliedsstaaten und erfasst dabei nur einen Teil der benachteiligten Zielgruppe. Indikatoren zur Leistbarkeit von Grundbedürfnissen sind daher ebenso wichtig. Für Einschränkungen der täglichen Lebensführung aufgrund mangelnder Ressourcen hat sich der Begriff der Deprivation etabliert.²¹ Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben im Sommer 2010 beschlossen, ihre Strategie auch auf die Verringerung der sogenannten materiellen Deprivation auszurichten.

²⁰ Die Armutsgefährdungsschwelle der Slowakei lag 2009 kaufkraftbereinigt bei 414 Euro pro Monat.

²¹ Vgl. z.B. Lamei, N./Till-Tentschert, U. 2005.

Erhebliche materielle Deprivation

Erhebliche materielle Deprivation bedeutet nach EU-Definition, dass ein Haushalt sich konkrete Grundbedürfnisse aus finanziellen Gründen nicht leisten kann. Bei den bei EU-SILC befragten Haushalten wird dies anhand einer Liste von neun sogenannten Deprivationsmerkmalen ermittelt. Dies sind Fragen nach der Einschätzung der Befragten zur Leistbarkeit von Grundbedürfnissen. Je mehr von diesen Merkmalen zutreffen, desto eher ist von deprivierter Lebensführung auszugehen. Als erheblich depriviert gilt, wer von zumindest vier dieser Merkmale betroffen ist:

- » Zahlungsrückstände (bei Miete, Betriebskosten oder Krediten),
- » unerwartete Ausgaben nicht leistbar,
- » einmal im Jahr Urlaub nicht leistbar,
- » Wohnung angemessen warm halten nicht leistbar,
- » regelmäßig Fleisch, Fisch oder vergleichbar vegetarisch essen nicht leistbar,
- » PKW nicht leistbar,
- » Waschmaschine nicht leistbar,
- » Farbfernsehgerät nicht leistbar,
- » weder Telefon noch Handy leistbar.

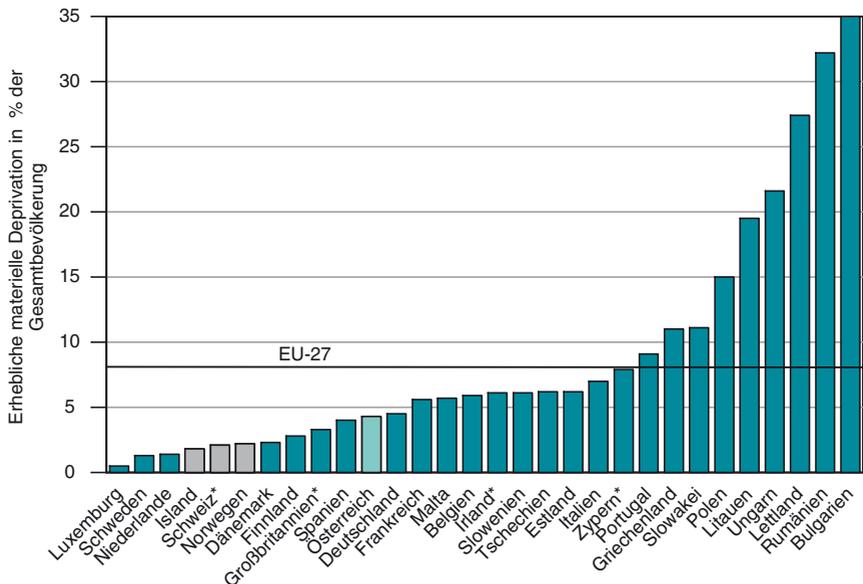
Die Auswahl der Merkmale gilt als Kompromiss auf europäischer Ebene basierend auf verfügbaren Informationen in EU-SILC. Angestrebt wurde eine Liste aus Merkmalen mit größtmöglicher Vergleichbarkeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. Als Entscheidungskriterium wurde auch eine Eurobarometerbefragung berücksichtigt, in der von der Bevölkerung als besonders notwendig erachtete Merkmale erhoben wurden (vgl. Fusco, Guio & Marlier 2010).

Der Indikator nach EU-Definition unterscheidet sich von dem bisher in Österreich etablierten Indikator zur Definition von manifester Armut (finanzielle Deprivation und Armutsgefährdung). Statistik Austria berücksichtigt dafür eine gegenüber der EU-Definition etwas trennschärfere Liste von sieben Merkmalen und nimmt Deprivation bereits bei zwei oder mehr Einschränkungen an. Die Nichtleistbarkeit von Telefon, Waschmaschine und Fernseher kommen darin wegen der geringen Bedeutung in Österreich nicht vor. Ebenso wurde Urlaub in der nationalen

Definition nicht berücksichtigt, da sich gezeigt hat, dass hier die Notwendigkeit im ländlichen Raum deutlich geringer eingeschätzt wird. Umgekehrt wird im urbanen Raum nur eine geringe Notwendigkeit für den Besitz eines PKWs angegeben. Dafür wurde in die nationale Definition auch die Leistbarkeit von Arztbesuchen und Einladungen von Freunden aufgenommen.

In den 27 EU-Staaten sind im Jahr 2010 rund 40 Millionen Menschen - das entspricht etwa 8% der Bevölkerung – von erheblicher materieller Deprivation betroffen. Am höchsten ist die Deprivationsquote in Bulgarien, wo mehr als ein Drittel der Bevölkerung betroffen ist, während in Luxemburg weniger als 1% zu dieser Gruppe zählt. In Österreich liegt die Deprivationsquote nach EU- Definition bei 4%.

Grafik 4: Deprivationsquoten in den EU-27-Staaten



Q: EUROSTAT 2010, EU-SILC 2009 und 2010. - * Aktuellste Zahlen stammen aus 2009.
Graue Balken: EFTA-Staaten.

Insgesamt sind in Österreich rund 355.000 Personen von erheblicher materieller Deprivation betroffen. Darunter ist praktisch niemand, der unerwartete Ausgaben – etwa für eine Reparatur oder eine Zahnbehandlung – bezahlen oder auf Urlaub fahren könnte. Von den durch erhebliche Deprivation betroffenen Personen sind 175.000 in den letzten Monaten zumindest einmal in Zahlungsverzug bei Miete, Strom, Gas etc. geraten, und mehr als ein Drittel der Betroffenen sparen zusätzlich bei der Ernährung. Insgesamt hatten unter den Deprivierten 244.000 Personen Zahlungsschwierigkeiten.

Übersicht 21: Bestimmungsmerkmale für erhebliche materielle Deprivation

	erheblich materiell depriviert		in anderen Haushalten	
	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
Insgesamt	355	100	7.928	100
Unerwartete Ausgaben nicht bezahlen können	354	100	1.719	22
Nicht auf Urlaub fahren können	347	98	1.511	19
Nicht regelmäßig Fleisch essen können*)	265	74	459	6
Zahlungsrückstände**)	244	69	340	4
Kein Auto leisten können	222	63	264	3
Wohnung nicht warm halten können	135	38	178	2
Kein Farbfernsehgerät leisten können	18	5	17	0
Keine Waschmaschine leisten können	(19)	(5)	(11)	(0)
Kein Telefon oder Handy leisten können	(6)	(2)	(1)	(0)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

*) Jeden 2. Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen. - **) Zahlungsrückstände bei Miete, Gas, Strom oder Kreditraten. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Die bisher genannten Probleme treffen auch viele Menschen, die nicht zum Kreis der von erheblicher materieller Deprivation Betroffenen zählen. Die Benachteiligung ist aber umso größer, je mehr Probleme gleichzeitig auftreten. Bei jenen, die nicht vier oder mehr Deprivationsmerkmale aufweisen, haben beispielsweise rund 1,7 Millionen Menschen Probleme, unerwartete Ausgaben in der Höhe von 950 Euro bezahlen zu können, aber darunter sind auch knapp 800.000 Personen, die sich zumindest eine Woche Urlaub pro Jahr leisten können. Die Mehrfachbelastung macht daher den entscheidenden Unterschied. Die anderen Merkmale betreffen ungleich weniger Menschen, dafür sind die Unterschiede zwischen jenen mit erheblicher Belastung und anderen Haushalten

umso ausgeprägter. Personen mit erheblicher materieller Deprivation können sich zum Beispiel zu 63% kein Auto leisten²², und 135.000 Personen (38%) haben Probleme, die Wohnung angemessen warm zu halten. Dagegen betrifft dies weniger als 3% in der Vergleichsgruppe. Die Merkmale zur Leistbarkeit einer Waschmaschine, eines Farbfernsehgerätes oder Telefons sind zwar in den ärmeren EU-Staaten durchaus relevant, aus österreichischer Sicht aber eher ungeeignet, um materielle Benachteiligungen zu charakterisieren. Selbst die von erheblicher materieller Deprivation Betroffenen haben vergleichsweise selten ein Problem, sich diese Dinge leisten zu können.

3.2.1. Zusammensetzung der Zielgruppe

Erhebliche materielle Deprivation betrifft besonders Kinder und jüngere Menschen. Von den 355.000 erheblich materiell deprivierten Personen hat ein Viertel das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet, 43% sind unter 30 Jahre. Demgegenüber ist der Anteil der über 59-Jährigen mit lediglich 12% vergleichsweise gering.

Übersicht 22: Erhebliche materielle Deprivation nach Alter und Geschlecht

	erheblich materiell depriviert		in anderen Haushalten	
	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
Insgesamt	355	100	7.928	100
Alter				
Bis 17 Jahre	86	24	1.428	18
18 bis 29 Jahre	69	19	1.259	16
darunter Frauen	41	12	613	8
30 bis 59 Jahre	157	44	3.432	43
darunter Frauen	91	25	1.719	22
Über 59 Jahre	43	12	1.809	23
darunter Frauen	27	8	1.014	13

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

²² Leistbarkeit wird angenommen, sobald ein Haushalt über einen PKW verfügt. Dieses Merkmal für Deprivation ist wegen der gleichzeitig mit den sozialen Zielen formulierten europäischen Klimaschutzziele nicht unumstritten. Zusätzlich zu jenen, die sich ein Auto nicht leisten können, verzichten viele aus anderen Gründen auf das Auto. Der Anteil der Personen, die über ein Auto zur privaten Nutzung verfügen, liegt unter den Deprivierten bei 29% im Vergleich zu 88% bei der nicht von erheblicher Deprivation betroffenen Bevölkerung. Wer in einer entlegenen Gegend wohnt, ist dabei stärker auf das Auto angewiesen als in der Stadt. Unter den Deprivierten haben in Wien 20% ein Auto, während rund die Hälfte der Deprivierten in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern ein Auto hat. Bei anderen Haushalten haben rund 70% in Wien und 94% in den kleinen Gemeinden ein Auto.

Mehr als die Hälfte der Betroffenen (195.000 Personen) leben in einem Haushalt mit Kindern, davon wiederum 44.000 Personen in Ein-Eltern-Haushalten. Vor allem im urbanen Raum tritt Deprivation gehäuft auf. Auf Wien entfallen 161.000 Personen bzw. 45% aller Menschen mit erheblicher materieller Deprivation. Der Anteil der Haushalte, die hauptsächlich von Sozialleistungen leben, ist bei dieser mehrfach benachteiligten Gruppe wesentlich größer als bei anderen Haushalten. Allerdings sind zahlenmäßig Personen in Haushalten mit der Haupteinkommensquelle aus unselbständiger Erwerbsarbeit auch die bedeutendste Gruppe bei erheblich materieller Deprivation.

Übersicht 23: Ausgewählte Merkmale für erheblich materiell deprivierte Personen

	Gesamt in 1.000	erheblich materiell depriviert		in anderen Haushalten	
		in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
Insgesamt	8.283	355	100	7.928	100
Region					
Wien	1.664	161	45	1.503	19
>100.000	734	43	12	690	9
>10.000	1.308	55	16	1.253	16
<=10.000	4.577	95	27	4.482	57
Haushalt mit Pension	1.695	44	12	1.651	21
Alleinlebende Männer	136	4	1	131	2
Alleinlebende Frauen	419	20	6	398	5
Mehrpersonenhaushalt	1.141	19	5	1.121	14
Haushalt ohne Pension	2.675	117	33	2.558	32
Alleinlebende Männer	416	27	8	389	5
Alleinlebende Frauen	334	37	10	297	4
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.925	53	15	1.872	24
Haushalt mit Kindern					
Zusammen	3.913	195	55	3.718	47
Ein-Eltern-Haushalt	292	44	12	248	3
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.441	39	11	1.402	18
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.470	61	17	1.408	18
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	710	51	14	659	8
Haupteinkommensquelle					
Unselbständige Arbeit	5.046	151	42	4.895	62
Selbständige Arbeit	643	(15)	(4)	628	8
Sozialleistungen	659	139	39	520	7
Pensionen	1.826	45	13	1.781	22
Private Einkommen	109	(5)	(1)	104	1

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen.

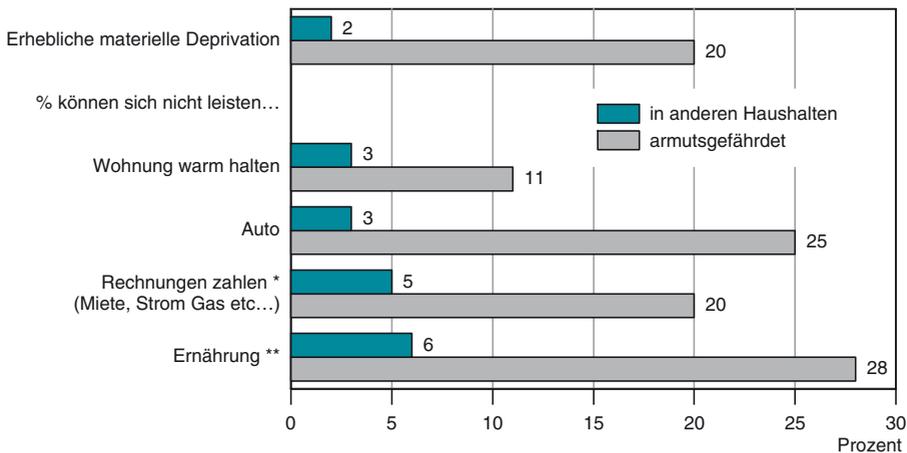
3.2.2. Armutsgefährdung und andere Entstehungszusammenhänge

Bei allen Merkmalen, die für die Definition von erheblicher materieller Deprivation verwendet werden zeigt sich, dass Armutsgefährdete wesentlich häufiger Probleme haben, sich Grundbedürfnisse zu leisten, als Nichtarmutsgefährdete. Trotzdem treten Deprivation und Armutsgefährdung nicht automatisch gemeinsam auf. Vor allem umfasst die EU-Definition für erhebliche materielle Deprivation mit 355.000 Personen einen wesentlich kleineren Kreis als die rund eine Million Armutsgefährdeten. Das liegt an der Definition, dass zumindest vier Deprivationsmerkmale gleichzeitig zutreffen müssen.²³ Etwa 197.000 Personen mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle sind auch erheblich materiell depriviert. Das entspricht rund 20% der Armutsgefährdeten. Bei nicht armutsgefährdeten Haushalten liegt dieser Anteil bei lediglich 2%. Umgekehrt sind nicht alle deprivierten Personen auch von Armutsgefährdung betroffen. Etwa 159.000 deprivierte Personen (bzw. 45%) befinden sich über der Armutsgefährdungsschwelle. Es müssen daher auch andere Faktoren als das geringe Einkommen eine wichtige Rolle spielen.

Es gibt zahlreiche Gründe, warum Deprivation ohne Armutsgefährdung möglich ist. Die anerkannteste These lautet, dass Deprivation erst zeitverzögert auftritt, wenn Ersparnisse aufgebraucht sind, und nach einer längeren Phase mit geringem Einkommen auch fortauern kann, bis durch höheres Einkommen wieder genügend Reserven vorhanden sind. Andererseits sind aber auch konzeptionelle Schwächen bei der Messung des Einkommens und bei der Festsetzung des Schwellenwertes für Armutsgefährdung zu berücksichtigen. Die aktuelle Methode orientiert sich am Medianwert der Einkommensverteilung, und es gibt keinen Bezug zu den Kosten der Lebensführung. Aber selbst diese relative Bezugsgröße ist abhängig von den durch die Äquivalenzskala implizit getroffenen Annahmen über die z.B. durch Kinder entstehenden Mehrkosten.

²³ Legt man die Schwelle bei 3 oder mehr aus 9 Einschränkungen, wären in Österreich 879.000 Personen depriviert, wenn 2 oder mehr aus den 9 Einschränkungen berücksichtigt werden, sogar 1.736.000.

Grafik 5: Deprivationsmerkmale bei armutsgefährdeten und anderen Haushalten



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. * Zahlungsrückstände bei Miete, Gas, Strom oder Kreditraten.
 ** Jeden 2. Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen.

Die Einkommenssituation liefert ein verzerrtes Bild, wenn entweder die Bedarfslagen durch die pauschalierte Festsetzung der Gefährdungsschwelle nicht ausreichend berücksichtigt werden, oder Vorteile, die durch den Besitz von Vermögen oder nicht monetäre Sozialleistungen entstehen, ausgeblendet werden. Allgemein gilt also, dass Armut zwar als Mangel an Ressourcen definiert werden kann, aber neben dem Einkommen auch andere Ressourcen eine Rolle spielen.

In Übersicht 24 wird die Ressourcensituation von Personen über der Gefährdungsschwelle näher beleuchtet. Der Vermögensbestand wird in EU-SILC zwar nicht erhoben, dafür die aus Kapital erzielten Einkommensflüsse, das sind in den meisten Fällen Sparbuchzinsen. Auch Einkünfte aus Vermietung oder Verpachtung werden berücksichtigt. Bei den weder armutsgefährdeten noch deprivierten Personen hat jede bzw. jeder Vierte Kapitaleinkünfte über 500 Euro pro Jahr. Das gilt jedoch nur für 5%, die depriviert (und nicht armutsgefährdet) sind. Probleme bei Grundbedürfnissen treten

umso seltener auf, je höher das Kapitaleinkommen (und damit das Vermögen) ist. Von den knapp zwei Millionen Personen mit Vermögenseinträgen über 500 Euro pro Jahr ist praktisch niemand depriviert, die Deprivationsquote erreicht aber 7% derjenigen, die zwar nicht armutsgefährdet sind aber auch über keine Vermögenseinkünfte verfügen.

Die eigene Wohnung oder das eigene Haus sind der häufigste Fall von Vermögensbesitz. Zwei Drittel derjenigen, die weder armutsgefährdet noch depriviert sind, besitzen Wohnungseigentum, aber nur etwa ein Viertel der erheblich materiell Deprivierten über der Armutsgefährdungsschwelle.

Übersicht 24: Vermögenslage und Schuldenprobleme von Personen über der Armutsgefährdungsschwelle nach erheblicher materieller Deprivation

	Personen über der Gefährdungsschwelle					
	Insgesamt in 1.000	in anderen Haushalten		erheblich materiell depriviert		
		in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Insgesamt	7.279	7.121	100	159	100	2
Vermögenseinkommen						
Kein Einkommen aus Vermögen	1.358	1.258	18	100	63	7
Vermögenseinkommen <500 Euro/Jahr	3.957	3.906	55	50	32	1
Vermögenseinträge >=500 Euro/Jahr	1.965	1.956	27	(8)	(5)	(0)
Wohnungseigentum						
Eigentum	4.715	4.677	66	38	24	1
Kein Eigentum	2.565	2.444	34	121	76	5
Subjektive Belastung durch Wohnkosten						
Schwere Belastung	888	783	11	105	66	0
Gewisse Belastung	4.188	4.141	58	47	30	0
Keine Belastung	2.203	2.197	31	(6)	(4)	(0)
Belastung durch nicht für Wohnen aufgenommene Kredite						
Schwere Belastung	292	224	3	69	43	23
Gewisse Belastung	763	743	10	20	12	3
Keine Belastung bzw. kein Kredit	6.224	6.154	86	70	44	1

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklamert.

Vor allem ist anzunehmen, dass viele Personen mit erheblichen materiellen Einschränkungen auch stark verschuldet sind (Angel et al. 2009). Wenn eine schwere

Belastung durch die Rückzahlung von Konsumkrediten besteht, dann liegt auch bei den Nichtarmutsgefährdeten die Deprivationsquote bei 23%. Diese Gruppe umfasst insgesamt 69.000 Personen, also etwa 43% der Personen, die erheblich materiell depriviert, aber nicht armutsgefährdet sind.

Übersicht 25 zeigt besondere Bedarfslagen bei den Nichtarmutsgefährdeten. Da bei EU-SILC keine detaillierte Erfassung von Konsumausgaben möglich ist, kann die Bedeutung von höheren Kosten bei Mehrbedarf etwa aufgrund von Wohnen, Kindern und beeinträchtigter Gesundheit mit den vorliegenden Daten lediglich angedeutet werden. Bei einem Anteil der Wohnkosten von mehr als 20% des Haushaltseinkommens steigt die Deprivationsquote auf 4%. Fast die Hälfte der Deprivierten über der Armutsgefährdungsschwelle müssen für Wohnen mehr als 20% ihres Einkommens aufwenden (Übersicht 25). Ein erhöhtes Ausmaß von erheblicher materieller Depri-

Übersicht 25: Kostenbelastung und gesundheitliche Einschränkungen bei Personen über der Armutsgefährdungsschwelle nach erheblicher materieller Deprivation

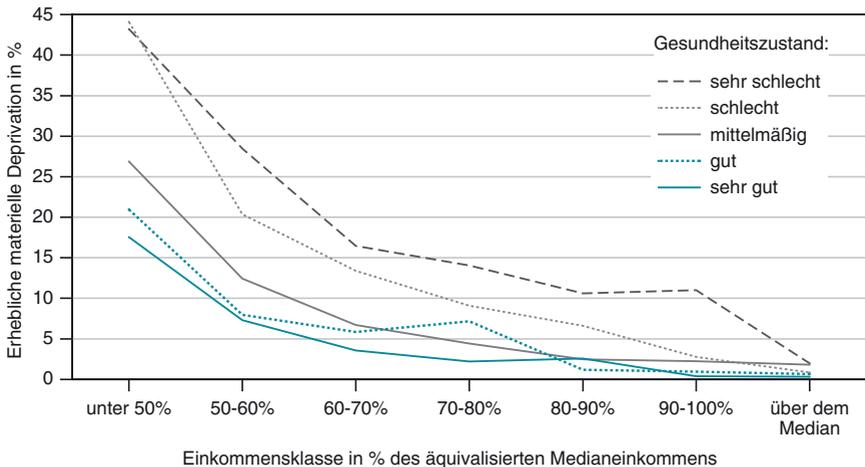
	Personen über der Gefährdungsschwelle					
	Insgesamt in 1.000	in anderen Haushalten		erheblich materiell depriviert		
		in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Insgesamt	7.279	7.121	100	159	100	2
Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen						
Weniger als 10%	2.297	2.289	32	(7)	(5)	(0)
10-20%	3.204	3.129	44	75	47	2
20-30%	1.294	1.240	17	54	34	4
Mehr als 30%	485	463	7	22	14	4
Belastung durch Kinderbetreuungskosten						
Keine Kinder im Haushalt	3.772	3.710	52	62	39	2
Weniger als 5% des Einkommens	3.291	3.213	45	79	50	2
Mehr als 5% des Einkommens	216	198	3	(18)	(11)	(8)
Gesundheitlich bedingte Einschränkungen (ab 16 Jahren)						
Schwere Beeinträchtigung	541	515	7	26	16	5
Gewisse Beeinträchtigung	1.102	1.079	15	23	14	2
Keine Beeinträchtigung	4.498	4.424	62	74	46	2

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

vation liegt vor, wenn Kinder im Haushalt sind. Die Kosten für Kinderbetreuung und schweren gesundheitlichen Einschränkungen erhöhen die Belastung. Insgesamt ist die Zahl der betroffenen Personen bei diesen speziellen Bedarfslagen aber gering.

Die Analyse zeigt, dass die beobachteten Mechanismen nicht ausschließlich auf Armutsgefährdung beschränkt sind. Je höher das Einkommen, desto geringer wird das Risiko für materielle Deprivation. Dieser Zusammenhang kann aber durch Unterschiede in den Lebenshaltungskosten oder Vermögensverhältnissen überlagert sein. Dies wird in Grafik 6 anschaulich. Gezeigt wird, dass die Deprivationsquote zwar mit steigendem Einkommen deutlich abnimmt, gleichzeitig sind aber in allen Einkommensklassen Personen mit schlechtem Gesundheitszustand häufiger von Deprivation betroffen als Personen mit gutem Gesundheitszustand. Erst mit hohem Einkommen geht das Risiko auch bei schlechter Gesundheit gegen Null.

Grafik 6: Zusammenhang von Einkommen und erheblicher materieller Deprivation nach Gesundheitszustand



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

3.2.3. Entwicklung seit 2004

Im Jahr 2004 waren von erheblicher materieller Deprivation noch 277.000 Personen betroffen, das entspricht 3,4% der Bevölkerung (mit einer statistischen Schwankungsbreite von +/- 47.000 Personen bzw. 0,6 Prozentpunkten). Bis zum Jahr 2008, also noch vor der Wirtschaftskrise, ist die Zahl der materiell Deprivierten auf das Doppelte angestiegen, der Anteil der Betroffenen erreichte 6,4% der Bevölkerung. Seither ist die Deprivationsquote wieder rückläufig, liegt aber noch immer um 0,9 Prozentpunkte über dem Niveau von 2004. Auch wenn die Unterschiede stärker ausgeprägt sind als bei Armutsgefährdung, liegt diese Abweichung innerhalb der statistischen Schwankungsbreite.²⁴ Eine Ausnahme waren der Anstieg 2007-2008 und der Rückgang 2008-2009.

Übersicht 26: Geschätzte Prozentanteile für die von erheblicher materieller Deprivation betroffenen Personen 2004-2010 (Schwankungsbreite in Klammern)

	2004		2005		2006		2007		2008		2009		2010	
	%	+/-	%	+/-	%	+/-	%	+/-	%	+/-	%	+/-	%	+/-
Materielle Deprivation	3,4	(0,6)	3,0	(0,5)	3,6	(0,8)	3,3	(0,6)	6,4	(1,0)	4,8	(0,8)	4,3	(0,7)
Unerwartete Ausgaben	20,3	(1,3)	24,8	(1,4)	26,4	(1,4)	28,6	(1,4)	29,5	(1,6)	24,8	(1,5)	25,0	(1,5)
Nicht auf Urlaub fahren	25,2	(1,4)	25,0	(1,4)	25,7	(1,4)	25,6	(1,4)	28,3	(1,6)	24,6	(1,5)	22,4	(1,4)
Fleisch essen*)	9,3	(0,9)	8,7	(0,8)	9,3	(1,0)	8,3	(0,8)	13,4	(1,1)	10,1	(1,0)	8,7	(0,9)
Zahlungsrückstände**)	3,2	(0,6)	3,0	(0,6)	3,4	(0,8)	3,9	(0,7)	7,3	(1,1)	7,4	(1,0)	7,0	(0,9)
Auto	5,2	(0,7)	3,9	(0,6)	4,8	(0,7)	5,7	(0,8)	7,1	(0,9)	5,3	(0,8)	5,9	(0,8)
Wohnung warm halten	2,0	(0,4)	3,1	(0,5)	3,8	(0,6)	2,6	(0,5)	4,0	(0,8)	2,9	(0,6)	3,8	(0,7)
Farbfernsehgerät	0,4	(0,2)	0,3	(0,1)	0,3	(0,2)	0,3	(0,1)	0,5	(0,3)	0,4	(0,2)	0,4	(0,2)
Waschmaschine	0,9	(0,3)	0,5	(0,2)	0,5	(0,2)	0,5	(0,2)	0,7	(0,2)	0,4	(0,1)	0,4	(0,1)
Telefon/Handy	0,6	(0,2)	0,2	(0,1)	0,1	(0,1)	0,2	(0,1)	0,5	(0,2)	0,2	(0,1)	0,1	(0,1)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2010. - *) Jeden 2. Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen. -

***) Zahlungsrückstände bei Miete, Gas, Strom oder Kreditraten. 2007: Bruch in der Zeitreihe aufgrund geänderter Antwortkategorien.

²⁴ 95% Prozent Konfidenzintervall, geschätzt mit der SAS-Prozedur Survey Frequencies unter Berücksichtigung des Designeffekts einer Schichtung nach Bundesländern sowie Klumpung für Haushalte und der Gewichtung. Um den Unterschied zwischen zwei Ergebnissen zu beurteilen, sind die jeweiligen Schwankungsbreiten grundsätzlich zu addieren. Beim Vergleich der Deprivationsquoten von 2010 und 2004 sind beispielsweise die beiden Schwankungsbreiten von 0,6 und 0,7 Prozentpunkten zusammenzuzählen. Der beobachtete Unterschied liegt in dem für Stichprobenerhebungen allgemein als zufällig betrachteten Bereich. Durch den rotierenden Panelcharakter der EU-SILC-Stichprobe sind die Schwankungsbreiten von unmittelbar aufeinanderfolgenden Jahren korreliert. Es wäre dann beim Vergleich von einem wesentlich geringeren Gesamtfehler auszugehen. Als Faustregel kann dann die jeweils größere Schwankungsbreite herangezogen werden (vgl. Verma 2003). Die Reduktion von 2008 auf 2009 bei erheblicher materieller Deprivation fällt demnach deutlich größer aus als die zufallsbedingte Schwankungsbreite für das Jahr 2008.

Zahlungsrückstände waren das wichtigste Element für den Anstieg der Deprivationsquote im Jahr 2008. Dafür ist auch eine Änderung im Fragebogen mitverantwortlich. Der Indikator beruhte bis 2007 auf fünf Fragen zu Rückständen in den letzten zwölf Monaten bei Miete, Wohnungs- bzw. Hauskrediten, Wohnnebenkosten und sonstigen Zahlungen.²⁵ Ab 2008 wurde die Antwortmöglichkeit erweitert, indem bei allen Fragen zwischen einmaligen und mehrmaligen Rückständen in den letzten 12 Monaten unterschieden wurde. Es ist denkbar, dass dadurch Zahlungsrückstände besser erfasst wurden. Zusätzlich wurden für Eigentümer auch Rückstände bei Wasser-, Müllabfuhr- und Kanalgebühr sowie an die Hausverwaltung geleistete Betriebskosten bei Wohnungseigentum eigens erfragt. Die Zahl der Personen mit Zahlungsrückständen hat sich im Jahr 2008 verdoppelt. In dieser Größenordnung sind Einflüsse der Frageformulierung in Bezug auf Zahlungsrückstände jedenfalls auszuschließen. Auch alle anderen Merkmale zeigen im Jahr 2008 einen sprunghaften Anstieg der Deprivation. Nach 2008 ist die Betroffenheit bei allen Deprivationsmerkmalen – ausgenommen bei Zahlungsrückständen – wieder deutlich zurückgegangen.²⁶ Über den gesamten Zeitraum 2004-2010 betrachtet hat sich der Anteil der Zahlungsrückstände unter den Personen mit erheblicher materieller Deprivation von 46% auf 69% sehr deutlich erhöht. Da es bei diesem Merkmal nach 2008 keinen Rückgang gab, kann dafür auch eine vollständigere Erfassung im Fragebogen mitverantwortlich sein. Allerdings stieg auch der Anteil jener, die sich einen PKW nicht leisten können, von 46% auf 63% erheblich an.

Warum Deprivation ausgerechnet vor dem Krisenjahr 2009 so deutlich angestiegen und im Krisenjahr wieder zurückgegangen ist, kann allenfalls durch eine eingehendere

25 Zahlungsrückstände sind das einzige Deprivationsmerkmal mit einem expliziten Referenzzeitraum in der Vergangenheit. Bei der Leistbarkeit von Nahrungsmitteln oder eines PKW ist der Bezugspunkt der Zeitpunkt der Befragung, bei Urlauben oder dem Warmhalten der Wohnung müssen sich die Befragten hingegen auf einen längeren Zeitraum beziehen. Für den Deprivationsindikator werden also Informationen aus unterschiedlichen Zeiträumen kombiniert, auch dieser Aspekt ist bei der Interpretation von Veränderungen zu beachten.

26 Im Jahr 2008 wurde die gesamte Feldarbeit erstmals durch Statistik Austria übernommen. Die Vollständigkeit der Angaben und Teilnahmebereitschaft der Befragten konnte deutlich gesteigert werden. Aus Kostengründen wurden verstärkt telefonische Interviews (CATI) durchgeführt. Der Anstieg der Deprivationsquote für die im Panel CATI befragten Haushalte fällt geringer aus als bei Erstbefragungshaushalten. Der Anstieg der Deprivation im Jahr 2008 kann durch diese methodischen Effekte eventuell verstärkt worden sein, der Rückgang im Jahr 2009 wäre aber nicht erklärbar.

Untersuchung der EU-SILC Längsschnittdaten beantwortet werden. Die Querschnittdaten spiegeln jedenfalls auch einige relevante Entwicklungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Anzunehmen ist, dass mehrere Faktoren wie die Entwicklung des Einkommens, der Schuldenbelastung und der Inflation relevant waren (vgl. Kapitel 4.2).

Zusammenhang von Deprivationsquote und Wirtschaftskrise

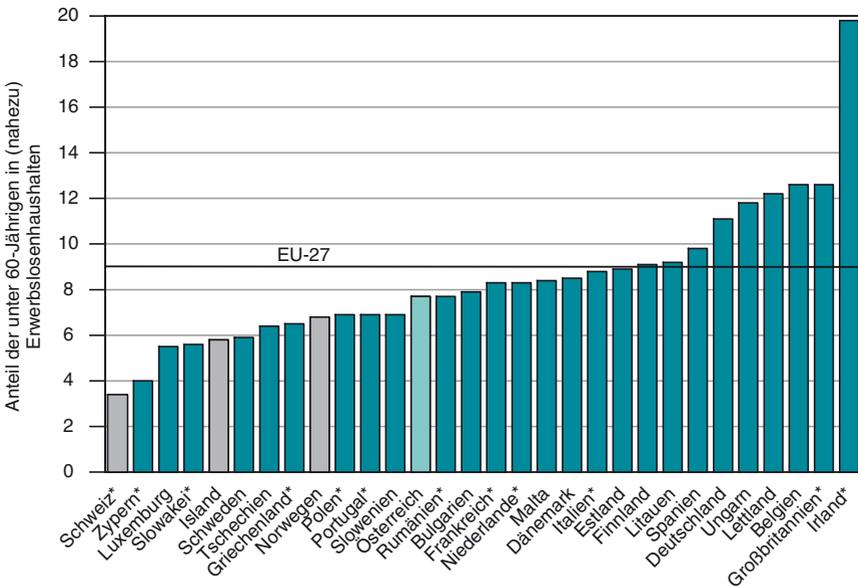
Von 2008 bis 2010 stieg das in EU-SILC gemessene Medianeinkommen um 4% - 5% pro Jahr. Die Armutsgefährdungsquote blieb in diesem Zeitraum unverändert. Die Inflation lag zum 3. Quartal 2008, als die EU-SILC-Erhebung durchgeführt wurde, deutlich über dem Jahresdurchschnitt (Juni 2008 3,9%). Der sogenannte Miniwarenkorb mit den Gütern eines typischen wöchentlichen Großeinkaufes hatte sich um 8% verteuert. Für eine vierköpfige Familie an der Armutsgefährdungsschwelle entspricht dies einem Kaufkraftverlust von 2.000 Euro pro Jahr. Für die These, dass die Inflation eine wichtige Rolle für die Entwicklung der Deprivationsquote spielt, spricht, dass gleichzeitig mit dem sprunghaften Rückgang der Inflation im Krisenjahr (Juni 2009: -0,1%) auch die Deprivationsquote wieder zurückging. Ein ähnliches Muster ist bei den bezahlten Kapitalzinsen zu beobachten (im Sektor Haushalte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen). Hier erfolgte ein rapider Anstieg bereits im Jahr 2007 (+42%) und fand nach dem Höhepunkt im Jahr 2008 ein abruptes Ende im Jahr 2009 (-31%). Die vor der Wirtschaftskrise kumulierten Zinsanstiege könnten zeitverzögert auch zur Deprivation im Jahr 2008 beigetragen haben, zumal bei Zahlungsrückständen ein 12 Monatszeitraum berücksichtigt wurde, der auch in das Jahr 2007 hineinreicht. In einem von der Nationalbank durchgeführten Stresstest für Privathaushalte hatte ein Zinsanstieg eine größere Schockwirkung als Arbeitslosigkeit (Albacete/Fessler 2010). Als die Inflation im Jahr 2008 ihren Höchstwert erreichte, entsprach die durchschnittliche Zinsbelastung bereits 4% des insgesamt verfügbaren Einkommens. Der Ausgabenspielraum der Haushalte wurde dadurch mit Sicherheit wesentlich eingeschränkt. Die genaue Verteilungswirkung der durchschnittlichen Entwicklung von Zinsen und Inflation ist allerdings unbekannt. Nicht auszuschließen ist, dass einkommensschwache Haushalte stärker betroffen waren.

3.3. Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität

Die Beschäftigtenquote (15- bis 64-Jährige) der EU-15-Staaten hat sich zwischen 1998 und 2008 von 60,7% auf 67,3% erhöht, während die Armutsgefährdungsquote unverändert bei rund 16% liegt. Um Eingliederungsziele zu erreichen, genügt es folglich nicht, die Beschäftigung zu erhöhen. In der Europa 2020-Strategie haben die Staats- und Regierungschefs vereinbart, besonders arbeitsmarktferne Gruppen zu integrieren. Zur Zielgruppe gehören Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität.

Welche Folgen sich aus fehlender Erwerbsbeteiligung ergeben, hängt von der Erwerbsbeteiligung der anderen Haushaltsmitglieder ab. In der prekärsten Arbeitsmarktposition

Grafik 7: (Nahezu) Erwerbslosenhaushalte in den EU-27-Staaten



Q: EUROSTAT 2010, EU-SILC 2009 und 2010. *Aktuellste Zahlen stammen aus 2009.
Graue Balken: EFTA-Staaten.

befinden sich zweifellos jene arbeitsmarktfernen Personen, bei denen auch sonst niemand im Haushalt einer Erwerbsarbeit nachgeht.

In Österreich lebten rund 8% der unter 60-Jährigen in einem (nahezu) Erwerbslosenhaushalt. Deutlich über 10% liegt dieser Wert für Irland und Großbritannien, während Zypern und Luxemburg die niedrigsten Quoten unter den die EU-Staaten aufweisen (siehe Grafik 7).

(Nahezu) Erwerbslosenhaushalte

Zur Europa 2020-Zielgruppe zählen alle unter 60-jährigen Personen, die in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität leben. Geringe Erwerbsintensität wird angenommen, wenn die 18- bis 59-jährigen Haushaltsmitglieder (ohne Studierende) zusammen maximal 20% des Vollzeit-Erwerbspotenzials ausschöpfen.

Die Befragten geben für jeden Monat des vergangenen Kalenderjahres (also 2009) ihre jeweilige Haupttätigkeit nach eigener Zuordnung an. Dabei kann es sein, dass beispielsweise Studierende ihre Ausbildung als Haupttätigkeit werten, obwohl sie gleichzeitig einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Für die Berechnung der Erwerbsintensität werden unter 18-Jährige und Studierende unter 24 Jahren nicht berücksichtigt. Gezählt wird, wie viele Monate eine Person selbständig oder unselbständig erwerbstätig war. Diese Zahl wird für alle Personen im gemeinsamen Haushalt summiert.

Monate, in denen nur eine Teilzeittätigkeit ausgeübt wurde, werden anteilig berücksichtigt. Ist die Person auch zum Erhebungszeitpunkt erwerbstätig, dann wird dazu die aktuelle Zahl der Wochenstunden durch 40 dividiert und mit der Anzahl der Teilzeitmonate multipliziert. Für Personen, die zum Erhebungszeitpunkt nicht (mehr) erwerbstätig sind, ist die Zahl der Wochenstunden nicht verfügbar, und der Durchschnittswert für Teilzeitbeschäftigte nach Alter und Geschlecht wird berücksichtigt.

Das Erwerbspotenzial ergibt sich aus Multiplikation der Zahl der Personen im Alter zwischen 18 und 59 Jahren mit 12. Die Erwerbsintensität ergibt sich durch Division der Erwerbsmonate

durch das Erwerbspotenzial. Liegt das Ergebnis unter 0,2, dann gilt der Haushalt als (nahezu) erwerbslos (typischerweise bei weniger als 3 Erwerbsmonaten). Zur Zielgruppe zählen dann alle in diesem Haushalt lebenden Haushaltsmitglieder unter 60 Jahren, also auch Kinder und Studierende.

Berechnungsbeispiel für einen Haushalt mit 3 Personen zwischen 18 und 59 Jahren: Person 1 war das gesamte Jahr über Vollzeit erwerbstätig (= 12 Monate), Person 2 war 6 Monate Vollzeit erwerbstätig (= 6 Monate) und Person 3 war 2009 ganzjährig Teilzeit erwerbstätig, aktuell arbeitet sie 24 Wochenstunden ($25/40 \cdot 12 = 7,5$ Monate). Das Erwerbspotenzial beträgt insgesamt 36 Monate ($12 \cdot 3$), tatsächlich wurden insgesamt 25,5 Monate gearbeitet ($12 + 6 + 7,5$). Die Erwerbsintensität des Haushalts beträgt somit 0,7.

3.3.1. Zusammensetzung der Zielgruppe

In Österreich leben rund eine halbe Million Personen unter 60 Jahren in einem Haushalt mit geringer Erwerbsintensität. Davon sind rund 91.000 unter 18 Jahre sowie 236.000 Frauen und 166.000 Männer zwischen 18 und 50 Jahre alt (vgl. Übersicht 27). Auffällig ist, dass in Österreich besonders viele 50- bis 59-Jährige zur Zielgruppe zählen. Auf sie entfällt mehr als ein Drittel des gesamten Personenkreises bzw. 180.000 Menschen. Zusätzlich leben etwa 107.000 Haushaltsangehörige über 59 Jahre in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität, sie werden jedoch nicht zur Zielgruppe gerechnet.

Übersicht 27: Altersgruppen nach Erwerbsintensität des Haushalts

	In (nahezu) Erwerbslosenhaushalt		In anderen Haushalten	
	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
Insgesamt	497	100	5.934	100
Alter				
Bis 17 Jahre	91	18	1.423	24
18 bis 49 Jahre	227	46	3.532	60
darunter Frauen	121	24	1.763	30
50 bis 59 Jahre	180	36	979	16
darunter Frauen	115	23	466	8

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

Von den 18- bis 59-Jährigen in nahezu Erwerbslosenhaushalten waren im Lauf eines Jahres hochgerechnet rund 151.000 Personen für mindestens sechs Monate arbeitslos. 221.000 waren in Pension oder nicht erwerbsaktiv. Lediglich rund 34.000 Personen waren zumindest teilzeitbeschäftigt.

Übersicht 28: Hauptaktivität der 18- bis 59-Jährigen nach Erwerbsintensität des Haushalts

	In (nahezu) Erwerbslosenhaus- halt		In anderen Haushalten	
	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
Insgesamt	497	100	5.934	100
18- bis 59-Jährige insgesamt	406	82	4.511	76
Hauptaktivität im Referenzjahr 2009				
Erwerbstätig	34	8	3.752	83
Arbeitslos	151	37	242	5
Pension	110	27	82	2
Sonstige	111	27	435	10

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

Erwerbsstatus 2009: Erwerbstätig ist, wer mindestens einen Monat hauptsächlich in Beschäftigung und höchstens 5 Monate hauptsächlich arbeitslos war. Die Gruppe der Arbeitslosen enthält keine Erwerbstätigen, ebenso sind bei Personen in Pension weder Arbeitslose noch Erwerbstätige enthalten.

Übersicht 29 zeigt weitere Strukturmerkmale für Personen in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten. Regional ist der Personenkreis deutlich auf die Landeshauptstädte konzentriert. Allein auf Wien entfallen mehr als ein Drittel, auf Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck 14% der Betroffenen.

Erwerbslosigkeit tritt vor allem im späten Erwerbsalter (50- bis 59-Jährige) im Zusammenhang mit frühzeitiger Pensionierung auf. Dies spiegelt sich auch in der Haushaltszusammensetzung: Bei etwa der Hälfte der Betroffenen leben keine Kinder (mehr) im Haushalt, etwa ein Viertel lebt allein.

Definitionsgemäß stammt das Haushaltseinkommen dieser Personen nur in den seltensten Fällen aus Erwerbstätigkeit. Folglich leben mehr als 90% hauptsächlich

Übersicht 29: Ausgewählte Haushaltsmerkmale der unter 60-Jährigen nach Erwerbsintensität

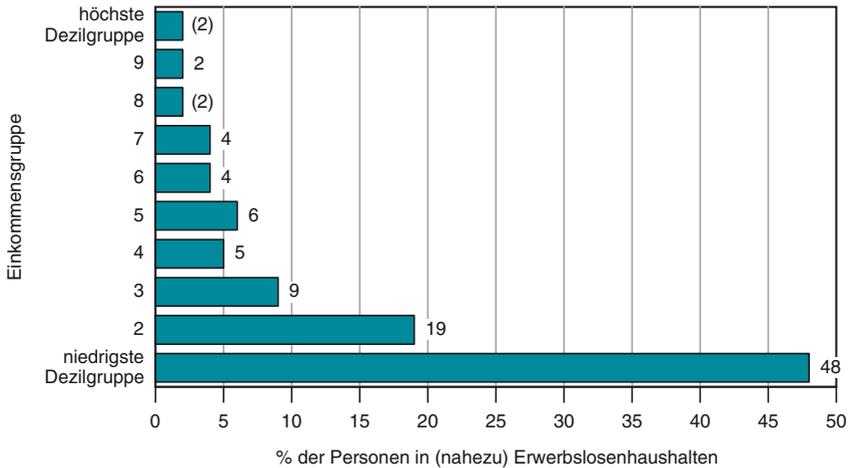
	In (nahezu) Erwerbslosenhaushalt		In anderen Haushalten	
	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
Insgesamt	497	100	5.934	100
Region				
Wien	178	36	1.141	19
>100.000	69	14	524	9
>10.000	76	15	935	16
<=10.000	174	35	3.335	56
Haushaltstyp				
Alleinlebende Männer	65	13	339	6
Alleinlebende Frauen	77	15	257	4
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	168	34	1.698	29
Ein-Eltern-Haushalt	53	11	237	4
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	36	7	1.360	23
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	24	5	1.417	24
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	75	15	627	11
Haupteinkommensquelle				
Unselbständige Arbeit	18	4	4.822	81
Selbständige Arbeit	(9)	(2)	579	10
Sozialleistungen	335	67	272	5
Pensionen	114	23	190	3
Private Einkommen	21	4	72	1

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

von Sozialleistungen oder Pensionen. Dabei spielt auch das Einkommen der nicht zur Zielgruppe gerechneten Haushaltsangehörigen über 59 Jahren eine wichtige Rolle.

Die Einkommensverteilung in Grafik 8 zeigt, dass Arbeitsmarktferne in der Regel nur einen sehr eingeschränkten Lebensstandard haben. Dezilgruppen teilen die nach ihrem standardisierten Haushaltseinkommen gereichte Gesamtbevölkerung in zehn gleich große Gruppen. Die unterste Dezilgruppe mit dem niedrigsten Lebensstandard umfasst in der Gesamtbevölkerung genau 10%. In nahezu Erwerbslosenhaushalten fällt dagegen fast die Hälfte (48%) der unter 60-Jährigen in diese Gruppe.

Grafik 8: Verteilung der nahezu Erwerbslosen unter 60 Jahren auf Dezilgruppen des standardisierten Haushaltseinkommens



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - Zahlen in Klammern sind aufgrund einer geringen Fallzahl in der Grundgesamtheit mit großen Schwankungsbreiten behaftet und nur eingeschränkt interpretierbar.

3.3.2. Geringe Erwerbsintensität und Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdung von Personen in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten hängt beinahe ausschließlich von der Höhe der erhaltenen Sozialleistungen ab (siehe Übersicht 30). Ohne Sozialleistungen wären in dieser Gruppe 95% armutsgefährdet. Aber auch die Sozialleistungen bleiben in vielen Fällen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Nach Berücksichtigung der Sozialleistungen bleiben mehr als die Hälfte der Personen in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten armutsgefährdet. Der Vergleich zu Personen in erwerbsnäheren Haushalten zeigt mit 8% bei entsprechender Erwerbsbeteiligung ein ungleich geringeres Armutsgefährdungsrisiko.

Der jeweilige Wirkungsgrad von Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Ausgrenzungsgefährdeten hängt vom Zusammenhang zwischen Armutsgefährdung und Erwerbslosigkeit ab. Würden beispielsweise die Sozialleistungen für die 266.000

Übersicht 30: Armutsgefährdung bei unter 60-Jährigen nach Erwerbsintensität des Haushalts

	In (nahezu) Erwerbslosenhaushalt		In anderen Haushalten	
	in 1.000	Quote in %	in 1.000	Quote in %
Armutsgefährdet				
vor Sozialleistungen	475	95	1.502	25
nach Sozialleistungen	266	53	482	8

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

arbeitsmarktfernen Personen auf das Niveau der Armutsgefährdungsschwelle angeglichen, wäre damit die Armutsgefährdungsquote um nahezu ein Viertel gesenkt. Sofern dabei aber keine Aktivierung auf dem Arbeitsmarkt erfolgt, trägt dies nicht zur Verringerung des insgesamt zur Zielgruppe zählenden Personenkreises bei.

Die Unterscheidung von Personen zwischen 18 und 59 Jahren erlaubt eine trennschärfere Beschreibung von arbeitsmarktfernen Personen nach der Hauptaktivität. Diese Altersgruppe umfasst insgesamt 406.000 Personen in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten. Übersicht 31 zeigt, dass davon mehr als die Hälfte, also 212.000 Personen, armutsgefährdet sind. Davon sind mit 111.000 Personen wiederum mehr als die

Übersicht 31: Armutsgefährdung bei 18- bis 59-Jährigen in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten

	Insgesamt in 1.000	armutsgefährdet		nicht armutsgefährdet	
		in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
Insgesamt	406	212	100	195	100
Hauptaktivität im Referenzjahr 2009					
Erwerbstätig	34	17	8	17	9
Arbeitslos	151	111	52	41	21
davon:					
ohne AMS-Bezüge	39	26	12	(12)	(12)
mit Notstandshilfebezug	43	27	13	(16)	(16)
mit Arbeitslosengeldbezug ¹⁾	70	57	27	(13)	(13)
Pension	110	28	13	82	42
darunter Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspension	54	19	9	35	18
Sonstige	111	56	26	56	29

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - 1) Nur Arbeitslosengeld. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

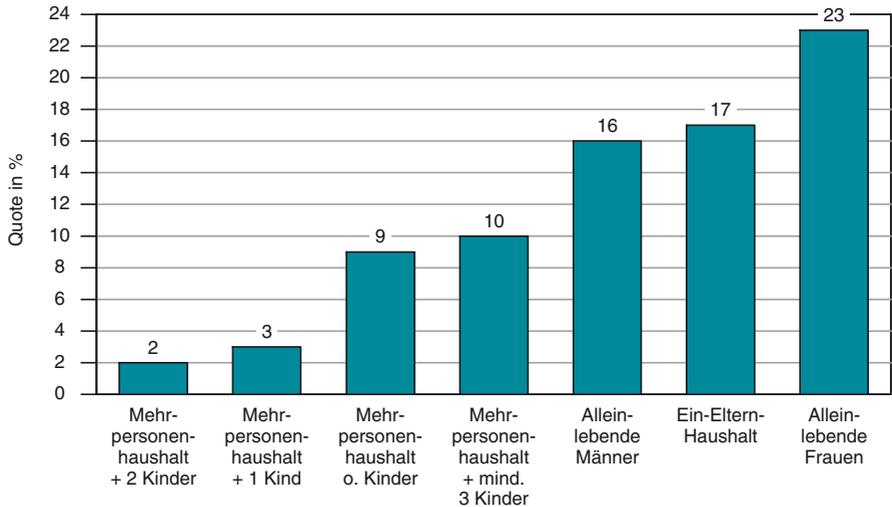
Hälfte arbeitslos (und keinen einzigen Monat erwerbstätig). Der größte Teil dieser Arbeitslosen (rund 84.000 Personen) erhält auch Transferleistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Unter den Armutsgefährdeten in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten sind nur wenige Personen in Pension (rund 28.000). Umgekehrt verhält es sich bei den (nahezu) Erwerbslosen, deren Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Die meisten von ihnen befinden sich dank eigener Pensionseinkünfte bzw. der jeweiligen Partnereinkommen über der Gefährdungsschwelle. Nur ein geringer Teil von ihnen ist arbeitslos und der Großteil bereits in Pension. Rund 35.000 beziehen eine Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension.

3.3.3. Spezifische Entstehungszusammenhänge geringer Erwerbsintensität

Die 497.000 Personen in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten entsprechen einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 6%. Gemäß Definition zählen allerdings nur Personen unter 60 Jahren zur Zielgruppe. Bezogen auf die insgesamt rund 4,9 Mio. Menschen in dieser Altersgruppe ergibt das eine Risikoquote von 8%. Dieser Wert ist für die mitbetroffenen Kinder und Erwachsene annähernd gleich. Im Gegensatz zur Armutsgefährdung, wo das Einkommen auf die Haushaltsgröße bezogen wird, fließt die Zahl der Kinder nicht in die Definition dieses Indikators ein. Trotzdem können Betreuungspflichten eine zentrale Rolle spielen. Um die spezifischen Entstehungszusammenhänge bei Erwachsenen besser sichtbar zu machen, werden in Grafik 9 und den nachstehenden Abbildungen Risikoquoten nur für die 18- bis 59-jährige Altersgruppe berichtet.

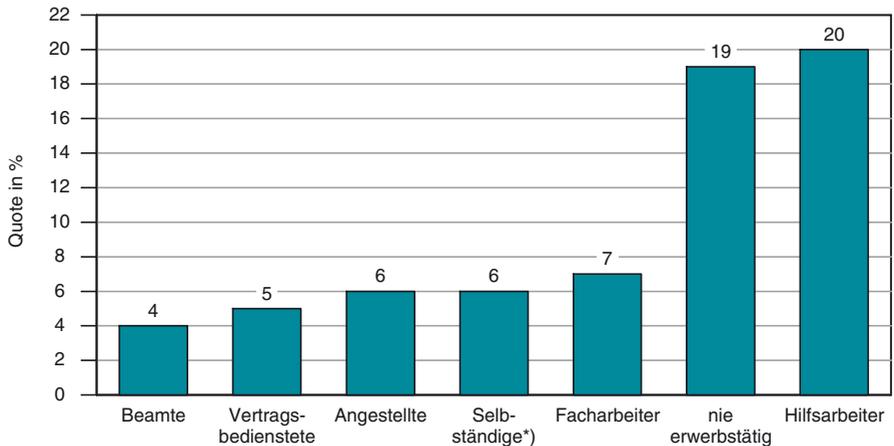
Wie bei der Armutsgefährdung gilt, dass alle, die alleine leben, auch ein erhöhtes Risiko haben (siehe Grafik 9). Besonders betroffen sind vor allem Frauen. Bei alleinlebenden Männern und Alleinerziehenden ist die Quote (16%) für Erwerbslosigkeit mehr als achtmal so hoch, bei alleinlebenden Frauen (23%) sogar mehr als zwölfmal so hoch wie bei Mehrpersonenhaushalten mit zwei Kindern (2%).

Grafik 9: Quote für (nahezu) Erwerbslosigkeit nach Haushaltstyp



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - 18- bis 59-Jährige.

Grafik 10: Quote für (nahezu) Erwerbslosigkeit nach letzter beruflicher Funktion



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - 18- bis 59-Jährige. - *) Selbstständige inkludiert hier freie Dienstnehmer und landwirtschaftlich Tätige.

Die Grundlage für die spätere Erwerbslosigkeit wird in vielen Fällen bereits mit dem frühzeitigen Ende einer Bildungskarriere gelegt. Bei Personen, deren höchste abgeschlossene Schulbildung ein Pflichtschulabschluss ist, ist die (nahezu) Erwerbslosenquote (17%) etwa dreimal so hoch wie bei Personen mit Hochschulabschluss (5%). Über den formalen Bildungsabschluss hinaus wird Erwerbslosigkeit von der beruflichen Qualifikation und Erfahrung bestimmt. Wer im letzten oder aktuellen

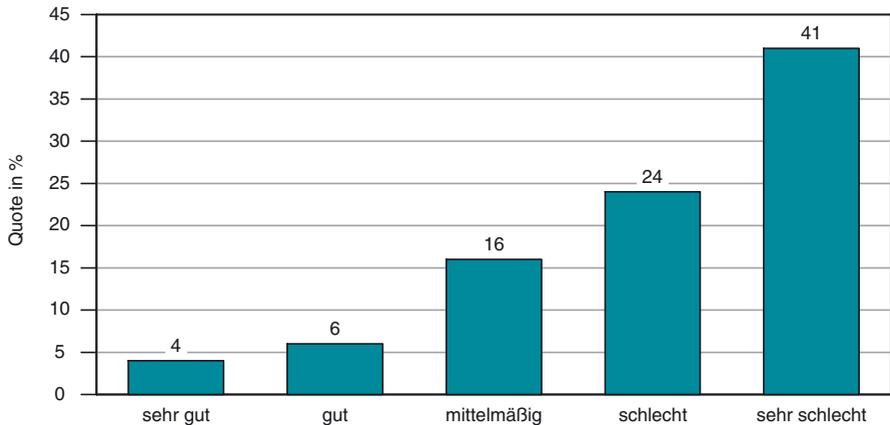
Übersicht 32: Risiko von 18- bis 59-Jährigen in einem (nahezu) Erwerbslosenhaushalt zu leben

	In (nahezu) Erwerbslosenhaushalt	
	in 1.000	Quote in %
Insgesamt	406	8
Haushaltstyp		
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	16	2
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	27	3
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	162	9
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	33	10
Alleinlebende Männer	65	16
Ein-Eltern-Haushalt	26	17
Alleinlebende Frauen	77	23
Hauptaktivität 2010		
Erwerbstätig	44	1
Aus anderen Gründen nicht erwerbstätig	26	13
Ausbildung	52	16
Haushalt	46	17
Arbeitslos	97	32
Pensionist/in	115	47
Nicht erwerbsfähig	25	48
Letzte berufliche Funktion		
Beamte	11	4
Vertragsbedienstete	9	5
Angestellte	127	6
Selbständig*)	31	6
Facharbeiter	83	7
Nie erwerbstätig	75	19
Hilfsarbeiter	69	20
Allgemeiner Gesundheitszustand		
Sehr gut	82	4
Gut	123	6
Mittelmäßig	125	16
Schlecht	51	24
Sehr schlecht	24	41

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - *) Selbständige inkludiert hier freie Dienstnehmer und landwirtschaftlich Tätige.

Beruf Hilfsarbeiter (20%) oder noch nie erwerbstätig war (19%), hat ein fünfmal so hohes Risiko (nahezu) erwerbslos zu sein wie jemand, der den Beamtenstatus (4%) erreicht hat (Grafik 10).

Grafik 11: Quote für (nahezu) Erwerbslosigkeit nach Gesundheitszustand



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - 18- bis 59-Jährige.

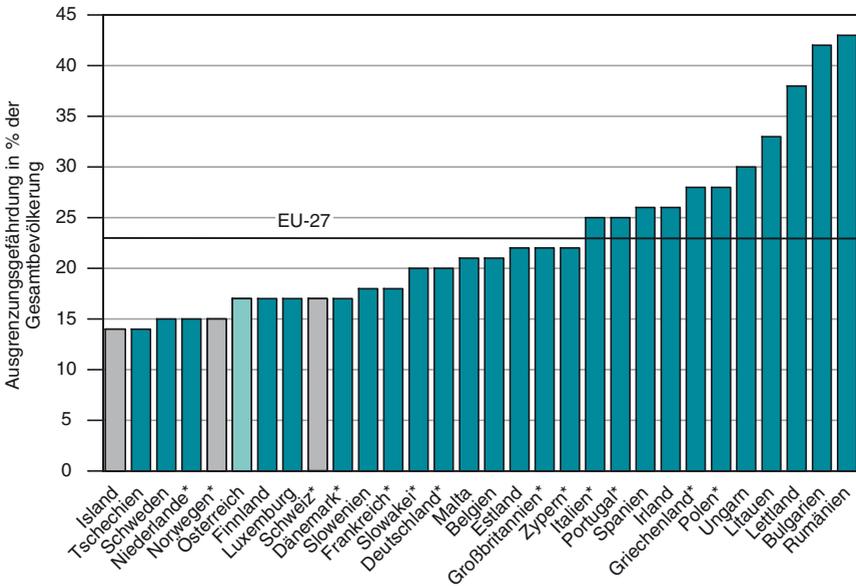
In Grafik 11 ist ein außerordentlich stark ausgeprägter Zusammenhang mit dem Gesundheitszustand zu erkennen. Wer einen sehr schlechten Gesundheitszustand hat, trägt ein mehr als zehnmals höheres Risiko, in einem (nahezu) Erwerbslosenhaushalt zu leben, wie jemand mit sehr gutem Gesundheitszustand.

3.4. Strukturmerkmale und Entwicklung der Europa 2020-Zielgruppe

Ziel der Europa 2020-Strategie ist die Reduktion von Ausgrenzungsgefährdung, d.h. jenem Personenkreis, der von einem oder mehreren der zuvor berichteten Problem-bereiche (d.h. Armutsgefährdung durch niedriges Einkommen, erhebliche materielle Deprivation oder Erwerbslosigkeit des Haushalts) betroffen ist. Insgesamt waren im

Jahr 2009 in den 27 EU-Staaten rund 114 Millionen Menschen betroffen, das sind 23% der Bevölkerung. In Österreich liegt die Quote der Ausgrenzungsgefährdung bei 17%.

Grafik 12: Ausgrenzungsgefährdung in den EU-27-Staaten



Q: EUROSTAT 2010, EU-SILC 2009 und 2010. - * Aktuellste Zahlen stammen aus 2009. Graue Balken: EFTA-Staaten.

Teilgruppen der Ausgrenzungsgefährdung

Für Österreich ist von insgesamt rund 1,4 Mio. ausgrenzungsgefährdeten Menschen auszugehen (mit 95% Vertrauenswahrscheinlichkeit zwischen 1,2 und 1,5 Millionen). Aus Kombination der Problembereiche Einkommen, Deprivation und Erwerbslosigkeit ergeben sich die in Grafik 13 schematisch dargestellten Teilgruppen der Ausgrenzungsgefährdung (Schwankungsbreiten jeweils in Klammern):

- A Armutsgefährdung (ohne Deprivation und nicht in (nahezu) Erwerbslosenhaushalt lebend; 2010: 641.000, +/- 76.000 Personen)

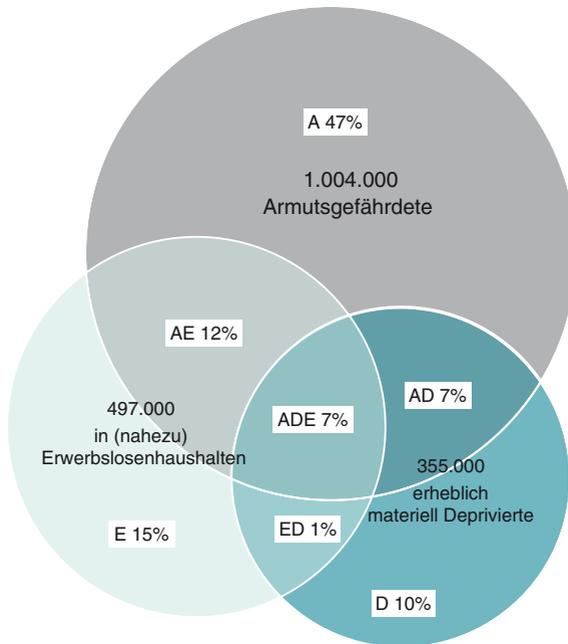
AD	Armutsgefährdung UND Deprivation (nicht in (nahezu) Erwerbslosenhaushalt lebend ; 2010: 97.000, +/- 25.000 Personen)
AE	Armutsgefährdung UND in (nahezu) Erwerbslosenhaushalt lebend (ohne Deprivation; 2010: 166.000, +/- 36.000 Personen unter 60 Jahren)
ADE	Armutsgefährdung UND Deprivation UND in einem (nahezu) Erwerbslosenhaushalt lebend (2010: 99.000, +/- 30.000 Personen unter 60 Jahren)
Diese vier, bereits zur Kerngruppe der rund 1 Million Armutsgefährdeten zählenden Teilgruppen werden ergänzt durch etwa 369.000 Personen über der Armutsgefährdungsschwelle:	
D	erhebliche materielle Deprivation (ohne Armutsgefährdung und nicht in (nahezu) Erwerbslosenhaushalt lebend; 2010: 138.000, +/- 41.000 Personen)
E	in (nahezu) Erwerbslosenhaushalt lebend (ohne Armutsgefährdung und ohne Deprivation; 2010: 211.000, +/- 37.000 Personen unter 60 Jahren)
ED	in (nahezu) Erwerbslosenhaushalt lebend UND Deprivation (ohne Armutsgefährdung; 2010: 20.000, +/- 13.000 Personen unter 60 Jahren)

Fast drei Viertel (72%) der Ausgrenzungsgefährdeten sind nur von einem der drei Problembereiche betroffen. Die größte Teilgruppe (A) umfasst 47% der gesamten Zielgruppe und besteht aus Personen, die armutsgefährdet sind, aber weniger als vier Deprivationsmerkmale aufweisen und in keinem Erwerbslosenhaushalt leben. Diese Gruppe wird ergänzt durch Personen in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten (E) ohne weitere Benachteiligungen. Mit 15% der gesamten Zielgruppe sind sie die zweitgrößte Teilgruppe. Häufig handelt es sich um Beziehende einer (Früh-)Pension (vgl. Kap. 3.3.). Etwa 10% der Zielgruppe gehören zum Kreis der deprivierten Personen (D), die weder armutsgefährdet sind noch in Erwerbslosenhaushalten leben. Diese Gruppe ist besonders häufig durch Schulden belastet (vgl. Kap 3.2.).

Die übrigen 28% der Zielgruppe entfallen auf verschiedene Überlappungsbereiche. Etwa 7% der Zielgruppe sind von allen drei Problembereichen (ADE) betroffen. Die häufigste Überschneidung besteht aber zwischen Armutsgefährdung und Erwerbslo-

sigkeit. Diese Teilgruppe (AE) umfasst 12% der Zielgruppe. Für viele der betroffenen Personen wird die notwendige Integration in den Arbeitsmarkt durch gesundheitliche Beeinträchtigungen erschwert. 7% der Zielgruppe entfallen auf den Personenkreis derjenigen, die armutsgefährdet und materiell depriviert sind, aber nicht in Erwerbslosenhaushalten leben. Lediglich 1% der Zielgruppe ist nicht armutsgefährdet, aber von Erwerbslosigkeit und Deprivation betroffen.

Grafik 13: Überlappung von Problembereichen der Europa 2020-Zielgruppe ausgrenzungsgefährdeter Personen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. Die Größenverhältnisse der Flächen entsprechen nicht exakt den Populationsgrößen.

Die Zahl der Ausgrenzungsgefährdeten wird in EU-SILC 2010 insgesamt um rund 33.000 Personen niedriger geschätzt als im Vorjahr.²⁷ Der stärkste Rückgang ist bei Teilgruppe D (-32.000 Personen) und Teilgruppe A zu verzeichnen (-27.000 Personen). Die Zahl der weder armutsgefährdeten noch deprivierten Personen in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten hat sich um rund 11.000 Personen reduziert. Um 45.000 Personen angestiegen ist die Zahl der armutsgefährdeten Personen in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten ohne Deprivation. Die restlichen Teilgruppen erfahren im Jahresvergleich lediglich geringfügige Veränderungen.

Übersicht 33: Zusammensetzung der Europa 2020-Zielgruppe der ausgrenzungsgefährdeten Personen 2009-2010

Merkmale	2009				2010			
	in 1.000		in %		in 1.000		in %	
	=	+/-	=	+/-	=	+/-	=	+/-
Ausgrenzungsgefährdung gesamt	1.406	104	17,0	1,2	1.373	106	16,6	1,2
A (Armutsgefährdung ohne D, E)	668	72	47,5	0,9	641	76	46,7	0,9
D (erhebliche materielle Deprivation, ohne A,E)	170	41	12,1	0,5	138	41	10,1	0,5
E (nahezu) Erwerbslosenhaushalt ohne A,D)	222	37	15,8	0,5	211	37	15,4	0,4
AE	121	28	8,6	0,3	166	36	12,1	0,4
AD	106	31	7,5	0,4	97	25	7,1	0,3
ED	21	12	1,5	0,2	20	13	1,5	0,2
ADE	97	36	6,9	0,4	99	30	7,2	0,4

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009, 2010. +/- gibt die statistische Schwankungsbreite nach oben und unten an. Veränderungen zwischen den Jahren sind innerhalb dieser Schwankungsbreite zu interpretieren .

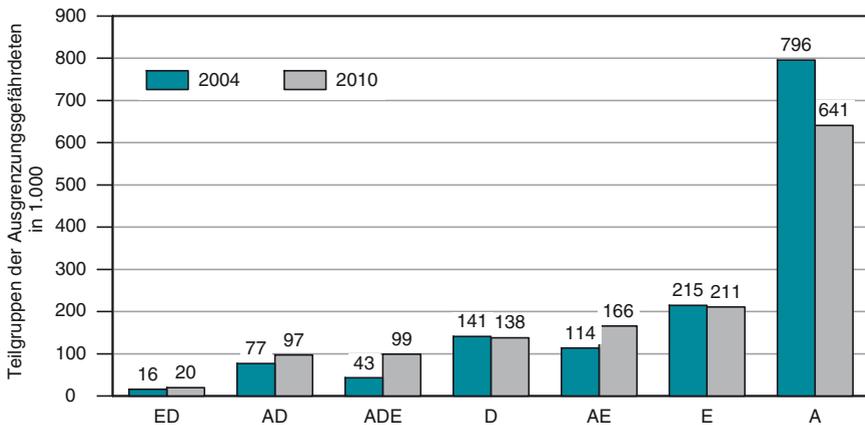
Im längerfristigen Vergleich mit dem Jahr 2004 hat sich die Zahl der Armutsgefährdeten ohne weitere Problemlagen um 155.000 auf nunmehr 641.000 Personen deutlich verringert. Umgekehrt hat die Zahl der Deprivierten zugenommen. Im Jahr 2010 gab es insgesamt um 78.000 mehr deprivierte Personen²⁸. Zugenommen hat dabei vor

²⁷ Diese Differenz liegt deutlich innerhalb der statistischen Schwankungsbreite von plus/minus 106.000 Personen.

²⁸ Bei einer Schwankungsbreite von 58.000 ist auch dieser Unterschied nicht signifikant.

allein die Überlappung von Erwerbslosigkeit, Armutsgefährdung und Deprivation. Im Jahr 2004 gehörten lediglich 43.000 zu diesem Personenkreis, der im Jahr 2010 auf immerhin 99.000 Personen angewachsen ist. Wie Grafik 14 zeigt, hat auch die Überschneidung von Armutsgefährdung und Deprivation in anderen Haushalten von 77.000 auf 97.000 zugenommen.²⁹

Grafik 14: Zusammensetzung der Europa 2020-Zielgruppe der ausgrenzungsgefährdeten Personen 2004 und 2010



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004 und 2010.

3.4.1. Sozialstruktur der ausgrenzungsgefährdeten Personen

In Österreich sind insgesamt 285.000 Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre sowie 641.000 Frauen und 447.000 Männer von mindestens einer der drei Europa 2020-Gefährdungslagen betroffen (vgl. Übersicht 34). Da die Zielgruppe zu nahezu drei Viertel

²⁹ Eine eingehendere Untersuchung dieser Schnittmengen scheint zwar lohnend, ist aber im Rahmen dieses Berichts nicht möglich. Die Schnittmenge aus allen drei Problembereichen umfasst 147 Beobachtungen, daher sind einer detaillierteren Beschreibung auch enge Grenzen gesetzt.

aus armutsgefährdeten Personen besteht, ist die Verteilung der Strukturmerkmale in der Zielgruppe insgesamt sehr ähnlich zu den in Kapitel 3.1. beschriebenen Risikolagen. Allerdings sind deutliche Unterschiede zwischen den rund eine Million Armutsgefährdeten und den 369.000 Personen über der Armutsgefährdungsschwelle, die auch zur Zielgruppe gehören, erkennbar.

Übersicht 34: Ausgrenzungsgefährdete nach Alter und Geschlecht

Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Ausgrenzungsgefährdete						
		armutsgefährdet		nicht armuts- gefährdet		insgesamt		
		in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Insgesamt	8.283	1.004	100	369	100	1.373	100	17
Alter								
Bis 17 Jahre	1.514	216	21	69	19	285	21	19
18 bis 29 Jahre	1.328	172	17	65	18	237	17	18
darunter Frauen	654	97	10	37	10	135	10	21
30 bis 49 Jahre	2.431	251	25	90	24	341	25	14
darunter Frauen	1.229	137	14	44	12	181	13	15
50 bis 59 Jahre	1.159	110	11	130	35	240	17	21
darunter Frauen	581	56	6	87	24	143	10	25
Über 59 Jahre	1.852	256	25	(16)	(4)	271	20	15
darunter Frauen	1.041	172	17	(10)	(3)	182	13	18

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Die auffälligsten Unterschiede ergeben sich hinsichtlich der Altersstruktur. Der Anteil der Personen ab 60 Jahren ist unter den Armutsgefährdeten mit insgesamt 25% überdurchschnittlich hoch (an der Gesamtbevölkerung beträgt er 22%), vor allem wegen der geringen Pensionseinkommen von Frauen dieser Altersgruppe. Hingegen sind nur 4% der Ausgrenzungsgefährdeten über der Armutsgefährdungsschwelle älter als 59 Jahre. Dies ist teilweise durch die Definition bedingt. Weil (nahezu) Erwerbslosigkeit nur für Personen unter 60 Jahren definiert wurde, enthalten die zusammen rund 231.000 Personen umfassenden Teilgruppen ED und E aus der oben stehenden Abbildung keine

Personen im Pensionsalter.³⁰ Bedingt durch den Lebensstil älterer Menschen treten aber auch die ausgewählten Deprivationsmerkmale bei älteren Personen seltener auf. Vor allem die Leistbarkeit von Urlaub oder PKW spielt bei diesen Personen eine geringere Rolle. Unter den Ausgrenzungsgefährdeten über der Armutsgefährdungsschwelle ist der Anteil der 50- bis 59-Jährigen besonders hoch. In dieser Altersgruppe sind insge-

Übersicht 35: Ausgrenzungsgefährdete nach Region und Haushaltstyp

Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Ausgrenzungsgefährdete						
		armutsgefährdet		nicht armuts- gefährdet		insgesamt		
		in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Insgesamt	8.283	1.004	100	369	100	1.373	100	17
Region								
Wien	1.664	305	30	113	31	418	30	25
>100.000	734	128	13	47	13	175	13	24
>10.000	1.308	145	14	63	17	207	15	16
<=10.000	4.577	426	42	146	40	572	42	13
Haushalt mit Pension								
Zusammen	1.695	251	25	94	25	344	25	20
Alleinlebende Männer	136	17	2	(7)	(2)	25	2	18
Alleinlebende Frauen	419	111	11	12	3	122	9	29
Mehrpersonenhaushalt	1.141	123	12	75	20	197	14	17
Haushalt ohne Pension								
Zusammen	2.675	281	28	121	33	402	29	15
Alleinlebende Männer	416	81	8	22	6	103	7	25
Alleinlebende Frauen	334	79	8	31	8	109	8	33
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.925	122	12	68	18	190	14	10
Haushalt mit Kindern								
Zusammen	3.913	472	47	155	42	627	45	16
Ein-Eltern-Haushalt	292	83	8	27	7	109	8	37
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.441	104	10	39	11	143	10	10
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.470	160	16	43	12	202	15	14
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	710	126	13	46	12	172	13	24

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

³⁰ Etwa 107.000 Haushaltsangehörige von Ausgrenzungsgefährdeten über 59 Jahren werden per Definition nicht mitgezählt.

samt 143.000 Frauen ausgrenzungsgefährdet, davon befinden sich mehr als die Hälfte über der Armutsgefährdungsschwelle. In der Regel wird hier der Lebensstandard durch einen bereits in Pension befindlichen Partner gesichert.

Hinsichtlich der regionalen Verteilung bietet sich bei Ausgrenzungsgefährdung ein ähnliches Bild wie bei der monetären Armutsgefährdung: Problemlagen treten im urbanen Raum gehäuft auf. Jede vierte Wienerin bzw. jeder vierte Wiener zählt zur Zielgruppe, nahezu ebenso hoch ist die Quote in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern (umfasst die Landeshauptstädte Linz, Graz, Innsbruck und Salzburg).

Auch die bekannten Zusammenhänge mit der Haushaltszusammensetzung bestätigen sich: Alleinlebende haben ein generell erhöhtes Risiko. Jede dritte alleinlebende Frau ohne Pension und 37% der Personen in Ein-Eltern-Haushalten sind betroffen. Etwas geringer, aber ebenfalls über dem Durchschnitt liegt das Risiko bei alleinlebenden Männern und Alleinlebenden, die hauptsächlich von Pensionen leben. Bei Familien mit drei oder mehr Kindern ist das Risiko ebenfalls deutlich erhöht.

Die Entstehungszusammenhänge für Armutsgefährdung bestätigen sich teilweise auch bei ausgrenzungsgefährdeten Personen über der Gefährdungsschwelle. Übersicht 36 zeigt, dass die Ausgrenzungsgefährdungsquote bei Personen in einem Haushalt von Eingebürgerten (37%) oder mit ausländischer Staatsbürgerschaft (38%) mehr als doppelt so hoch ist wie in der Gesamtbevölkerung (17%). Das gilt auch für die Teilquote für Deprivation oder (nahezu) Erwerbslosigkeit ohne Armutsgefährdung, wobei Personen in Haushalten mit Eingebürgerten (14%) doppelt so oft betroffen sind wie die ebenfalls überdurchschnittlich betroffenen Personen in Haushalten mit Ausländerinnen und Ausländern (7%).

Eine noch höhere Ausgrenzungsgefährdungsquote haben Langzeitarbeitslose (39%) und Personen, die überwiegend Sozialleistungen beziehen (66%). Selbst wenn das

Einkommen höher als Armutsgefährdungsschwelle ist, liegt die Teilquote für Deprivation oder Erwerbslosigkeit bei 11% bzw. 17%.

Auffällig hoch im Vergleich zur Armutsgefährdung ist die Ausgrenzungsgefährdung, wenn ein Haushaltsmitglied eine Behinderung hat. Diese Personengruppe hat mit 13% eine leicht über dem Durchschnitt liegende Armutsgefährdungsquote. Mit zusätzlich 16% Personen in erheblicher materieller Deprivation oder (nahezu) Erwerbslosenhaushalt liegt die Betroffenheit bei Personen in Haushalten mit gesundheitlichen Einschränkungen aber viermal höher als im Gesamtdurchschnitt. Erst durch die Berücksichtigung dieser nicht einkommensabhängigen Benachteiligungen ergibt sich die sehr hohe Gesamtquote der Ausgrenzungsgefährdung von 29% für Menschen mit Behinderung.

Übersicht 36: Ausgrenzungsgefährdete bei ausgewählten Risikogruppen

Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Ausgrenzungsgefährdete					
		armutsgefährdet		nicht armuts- gefährdet		insgesamt	
		in 1.000	Quote in %	in 1.000	Quote in %	in 1.000	Quote in %
Insgesamt	8.283	1.004	12	369	4	1.373	17
Haushalte mit ...							
AusländerInnen (Nicht EU/EFTA)	904	270	30	64	7	334	37
Eingebürgerten (ohne AusländerInnen)	302	72	24	42	14	114	38
Behinderung (bei Personen im Erwerbsalter)	744	100	13	116	16	216	29
Langzeitarbeitslosigkeit	681	195	29	74	11	269	39
Sozialleistungen als Haupteinkommen*	449	218	49	77	17	296	66
schwerer Schuldenbelastung**	256	52	20	55	21	107	42

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - *) Ohne Langzeitarbeitslosenhaushalte. - **) Subjektiv schwere Belastung durch Konsumkredite - Wegen Überschneidungen zwischen den Gruppen ist die Summe nicht 100%.

Der Anteil der Personen in Haushalten mit schwerer Schuldenbelastung erhöht sich ebenfalls von 5% auf 8%. Auch wenn diese Gruppe insgesamt nur 256.000 Personen umfasst, tragen überschuldete Haushalte eines der größten Gefährdungsrisiken.

Unter ihnen sind 107.000 bzw. 42% von Ausgrenzung gefährdet. Von den genannten Risikogruppen haben nur Personen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, eine höhere Quote, wobei hier Überschneidungen möglich sind.

4. NATIONALE INDIKATOREN FÜR SOZIALE EINGLIEDERUNG

Die Gemeinschaftsstatistiken über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) wurden ins Leben gerufen, um europäische Indikatoren zur Entwicklung von Einkommensungleichheiten und Lebensbedingungen von Bevölkerungsgruppen zu ermitteln. Oft sind die gemeinsamen europäischen Indikatoren zur sozialen Eingliederung aber ein Kompromiss, der den spezifischen Herausforderungen eines bestimmten Mitgliedsstaates nur bedingt Rechnung tragen kann. Zusätzliche nationale Leitgrößen sind daher notwendig, um ein genaueres Bild von den Eingliederungsprozessen zu erhalten und ein Monitoring nationaler Eingliederungsstrategien zu gewährleisten.

In Österreich wurde im Jahr 2008 ein Katalog von 17 nationalen Eingliederungsindikatoren vereinbart. Die Auswahl der Indikatoren fand unter breiter Beteiligung von Fachleuten aus Sozialpartnerorganisationen sowie der Armutskonferenz, Forschungseinrichtungen, Ministerien und der Bundesländer statt. Dieses Kapitel bietet einen Überblick über die Entwicklung der Indikatoren in den letzten fünf Jahren.³¹

Um die Interpretation zu erleichtern und den informativen Mehrwert der Eingliederungsindikatoren sichtbar zu machen, ist der Präsentation eine Zusammenfassung einiger volkswirtschaftlicher Aggregate und Durchschnittsgrößen vorangestellt. Manche Eingliederungsindikatoren verlaufen parallel zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung, während andere sich als weitgehend entkoppelt erweisen.

Drei Bereiche der nationalen Indikatoren werden bereits in der Europa 2020-Strategie besonders berücksichtigt: Lebensstandard, Bildung und Beschäftigung. Wenn die nationalen Indikatoren in diesen Bereichen Veränderungen anzeigen, wird sich dies oft auch

³¹ Ergebnisse für die Vorjahre mit detaillierteren Erläuterungen und Gliederungen wurden von Statistik Austria veröffentlicht unter: http://www.statistik.at/web_de/static/indikatoren_fuer_das_monitoring_sozialer_eingliederung_langfassung_oktober_042202.pdf

in den Europa 2020-Indikatoren spiegeln. Nationale Indikatoren unterstreichen aber auch spezifische Schwerpunkte der Eingliederung – beispielsweise in den Bereichen Wohnintegration und Gesundheit. Das Beispiel der finanziellen Deprivation zeigt, wie eine nationale Definition eine trennschärfere Erfassung von Problemlagen ermöglicht.

Derzeit sind die in der Zusammenfassung dargestellten 17 Indikatoren für die Bereiche Lebensstandardsicherung, Wohnraumversorgung, Bildungszugang, Teilnahme am Erwerbsleben und Gesundheitsversorgung festgelegt.³² Datengrundlage sind neben EU-SILC auch Arbeitskräfteerhebung, Kindertagesheimstatistik sowie eine Verknüpfung von Volkszählungsdaten mit der Erhebung der Sterbefälle.

4.1. Überblick über die Indikatoren

Finanzielle Deprivationsquote: Rund 16% der Gesamtbevölkerung leben in einem finanziell deprivierten Haushalt. Sie verfügen über so wenig Geld, dass mindestens zwei dieser Dinge aus finanziellen Gründen nicht leistbar sind:

- » die Wohnung angemessen warm zu halten
- » regelmäßige Zahlungen in den letzten 12 Monaten rechtzeitig zu begleichen (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohnnebenkosten, Gebühren für Wasser, Müllabfuhr und Kanal, sonstige Rückzahlungsverpflichtungen)
- » notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche in Anspruch zu nehmen
- » unerwartete Ausgaben bis zu 950 Euro zu finanzieren
- » neue Kleidung zu kaufen
- » jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch (oder entsprechende vegetarische Speisen) zu essen
- » Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.

³² Die ebenfalls als wichtig erachteten Bereiche der politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe blieben aufgrund von eingeschränkter Verfügbarkeit standardisierter und regelmäßig erhobener Daten unberücksichtigt.

Übersicht 37: Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich 2005 und 2010

	Indikator	Datenbasis	2005	2010
Haushalts-einkommen und Lebens-standard	FINANZIELLE DEPRIVATIONSQUOTE (in % der Bevölkerung)	EU-SILC	11	16
	STANDARDISIERTES MEDIANEINKOMMEN (Median, Änderungsrate pro Jahr)	EU-SILC	5,3	3,7
	EINKOMMENS LÜCKE (in % vom BIP)	EU-SILC	0,79	0,74
	DAUERARMUTSGEFÄHRDUNGSANTEIL (2 Jahre)* (in % der Armutsgefährdeten)	EU-SILC	55	57
Wohnraum	ÜBERBELAG IN MEHRPERSONENHAUSHALTEN (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)	EU-SILC	8	6
	UNZUMUTBARER WOHNUNGS-AUFWAND (in % der Bevölkerung)	EU-SILC	15	18
	PREKÄRE WOHNQUALITÄT (in % der Bevölkerung)	EU-SILC	3	3
	BELASTUNG DURCH WOHN-UMGEBUNG (in % der Bevölkerung)	EU-SILC	10	10
Erwerbs-leben	ARBEITSMARKTFERNENQUOTE (in % der Bev. im Erwerbsalter, ohne Personen in Ausbildung/Pension)	Mikrozensus	13	12
	HAUSHALTSEINKOMMEN AUS ERWERBSARBEIT UNTER GEFÄHRDUNGSSCHWELLE (in % der Personen in Erwerbshaushalten)	EU-SILC	18	18
	NIEDRIGE STUNDENLÖHNE (in % der Erwerbstätigen)	EU-SILC	5	2
	ERWERBSHINDERNISSE durch BETREUUNGS- PFLICHTEN (in 1.000)	Mikrozensus	79	84
Bildungs-chancen	BILDUNGS-AKTIVITÄT (in % der Bevölkerung ab 15 Jahren)	Mikrozensus	18	19
	VORSCHULBILDUNGSCHANCEN ** (in % der 3- bis 5-Jährigen)	Kindertages- heimstatistik	83	91
	BILDUNGSFERNE JUGENDLICHE (in % der 16- bis 24-Jährigen)	Mikrozensus	11	10
Gesundheit	GESUNDHEITSPROBLEME (in % der Bevölkerung ab 16 Jahren)	EU-SILC	8	9
	SOZIALE LEBENSERWARTUNGSDIFFERENZEN*** (in Lebensjahren)	Volkszählung/ Standesfälle	m: 6,2 w: 2,8	m: 6,0 w: 2,3

* Zahlen für Dauergefährdungsanteil 2006 und 2009

** Zahlen für Vorschulbildungschancen 2006 und 2010

*** Zahlen für soziale Lebenserwartungsdifferenzen 2001 und 2007

Standardisiertes Medianeinkommen: Der mittlere (nicht preisbereinigte) Lebensstandard in der Bevölkerung ist um 3,7% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dieser Median-Lebensstandard eines Einpersonenhaushalts erfordert im Jahr 2010 ein verfügbares Nettoeinkommen von 20.618 Euro.

Einkommenslücke: Den Armutsgefährdeten in Österreich fehlen in Summe rund 0,74% des Bruttoinlandsproduktes (2,1 Mrd. Euro), um ein Einkommen über dem Niveau der Armutsgefährdungsschwelle zu erreichen.

Dauerarmutsgefährdungsanteil (2 Jahre): 562.000 Personen bzw. 57% der Armutsgefährdeten leben in zweijährig armutsgefährdeten Haushalten. Das Jahreseinkommen dieser Haushalte lag in auch im letzten Jahr unter der Armutsgefährdungsschwelle (= 60% des Medianeinkommens).

Überbelag: Rund 6% der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten leben in einer überbelegten Wohnung. Sie haben bei zwei Personen weniger als zwei, bei drei bis vier Personen weniger als drei, bei fünf bis sechs Personen weniger als vier, bei sieben bis acht Personen weniger als fünf und bei neun oder mehr Personen weniger als sechs Räume zur Verfügung.

Unzumutbarer Wohnungsaufwand: 18% der Gesamtbevölkerung müssen mehr als ein Viertel ihres Haushaltseinkommens für ihre Wohnkosten (einschließlich Betriebskosten, Energie- und Instandhaltungskosten sowie Zinsen bei Kreditrückzahlungen bei Wohnungs- oder Hauseigentum) aufwenden.

Prekäre Wohnqualität: 3% der Gesamtbevölkerung leben in einer Wohnung, die kein WC oder Badezimmer hat oder feucht, schimmelig oder dunkel ist oder über keine Waschmaschine oder Waschküche verfügt. (Der Indikator bezieht sich auf Personen, bei denen zwei dieser vier Merkmale zutreffen).

Belastung durch Wohnumgebung: 10% der Gesamtbevölkerung sind in ihrer Wohnumgebung durch Kriminalität, Lärm oder Umweltverschmutzung belastet (mindestens zwei dieser drei Merkmale treffen zu).

Arbeitsmarktfernenquote: 12% der 15- bis 64-Jährigen (ohne Personen in Ausbildung/ Pension) sind weder erwerbstätig noch arbeitsuchend.

Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter der Armutsgefährdungsschwelle: 18% der Personen in Erwerbstätigenhaushalten erzielen ein Arbeitseinkommen (einschließlich Familienleistungen), das geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle der jeweiligen Haushaltsform.

Niedrigstundenlohnquote: 2% der Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge) haben einen Brutostundenverdienst von weniger als 5,77 Euro bzw. verdienen bei einer Arbeitszeit von 40 Stunden weniger als 1.000 Euro brutto pro Monat.

Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten: 84.000 Menschen sind wegen mangelnder Versorgung oder Zugänglichkeit von Betreuungseinrichtungen nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätig.

Bildungsaktivität: 19% der Bevölkerung ab 15 Jahren besuchen eine schulische oder berufliche Aus- bzw. Fortbildung.

Vorschulbildungschancen: 91% der Kinder im Vorschulalter (3-5 Jahre) besuchen einen Kindergarten.

Bildungsferne Jugendliche: 10% der Jugendlichen (16 bis 24 Jahre) besuchen keine Ausbildung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS oder Matura) und haben keine dieser Ausbildungen bereits abgeschlossen.

Gesundheitsprobleme: 9% der Bevölkerung ab 16 Jahren schätzen ihren Gesundheitszustand subjektiv als sehr schlecht ein, bezeichnen sich als chronisch krank oder fühlen sich wegen gesundheitlicher Probleme oder einer Behinderung in der alltäglichen Lebensführung stark eingeschränkt (zwei von drei Problemen).

Soziale Differenzen in der Lebenserwartung: Die fernere Lebenserwartung im Alter von 35 Jahren ist bei Männern mit Pflichtschulabschluss durchschnittlich um sechs Jahre bzw. jene der Frauen mit Pflichtschulabschluss um 2,3 Lebensjahre kürzer als jene der Männer bzw. Frauen mit Hochschulabschluss.

4.2. Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen 2005-2010

4.2.1. Wirtschaftswachstum und Krise

Die Wirtschaft in Österreich war bis zum dritten Quartal 2008 von einer kontinuierlichen Zunahme der realen Wirtschaftsleistung geprägt. Das Bruttoinlandsprodukt, das den Wert von Gütern und Dienstleistungen, die in Österreich produziert werden, beziffert, ist um +2,4% bis +3,7% pro Jahr gewachsen (real). Ende 2008 erlebte die Wirtschaft jedoch den heftigsten Konjunkturunbruch seit dem Zweiten Weltkrieg. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigte bereits 2008 mit +1,4% ein deutlich verlangsamtes Wachstum und ist im sogenannten „Krisenjahr“ 2009 um -3,8% gesunken. Das Jahr 2010 brachte mit einem realen Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von +2,3% eine deutliche konjunkturelle Erholung.³³

³³ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/bruttoinlandsprodukt_und_hauptaggregate/jahresdaten/019505.html

4.2.2. Steigende Erwerbstätigkeit

Bis zum Jahr 2008 hat mit der Wirtschaftsleistung auch die Beschäftigung deutlich zugenommen. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um rund 2% pro Jahr und erreichte mit knapp 4,1 Millionen (nach internationaler Definition) im Jahr 2008 einen langjährigen Höchststand. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im „Krisenjahr“ 2009 zwar um rund 40.000 Personen (nach internationaler Definition) erhöht, lag aber nach wie vor unter dem Niveau des Jahres 2005. Auch die Zahl der Pensionsbeziehenden hat im Jahr 2009 um 1,9% bzw. 43.000 Personen deutlich zugenommen und liegt bei 2,3 Millionen.³⁴ Während das Jahr 2009 bereits als historische Wirtschaftskrise gilt, ist die Erwerbstätigenquote nur leicht gesunken. Im Jahr 2010 liegt die Zahl der Erwerbstätigen wieder über dem Wert des Jahres 2008. Die Zahl der Arbeitslosen ging zwar wieder etwas zurück, ist mit 188.000 Personen im Jahresdurchschnitt aber noch immer höher als im Jahr 2008.

4.2.3. Steigerungen von Einkommen und Konsum

Die Produktionsleistung der Gesamtwirtschaft steht als Einkommen für verschiedene Sektoren zur Verfügung (z.B. für private Haushalte, finanzielle Kapitalgesellschaften, den Staat, Auslandstransfers). Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes und das Einkommen der Haushalte können entkoppelt sein, beispielsweise durch staatliche Transfers oder steuerpolitische Maßnahmen. Die Entwicklung der Haushalte in Österreich wird durch die sogenannte Sektorkontenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beschrieben.³⁵ Sie zeigt eine kontinuierliche Zunahme des nominell verfügbaren Einkommens bis zum Jahr 2008 um +3,0% bis +5,5% pro Jahr. Im Jahr 2009 ging das verfügbare Einkommen von privaten Haushalten im Gegensatz

³⁴ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialschutz_nach_eu_konzept/pensionsleistungsbezieher/033066.html

³⁵ Die Abgrenzung privater Haushalte gegenüber sogenannten Non-Profit-Organisationen (typische Beispiele sind Gewerkschaften und Kirchen) ist derzeit nicht möglich. Der hier gemeinsam dargestellte Sektor S14 + S15 spiegelt daher in den VGR zu einem gewissen Ausmaß auch die Entwicklung außerhalb der Haushalte.

zum Bruttoinlandsprodukt nur leicht zurück (-1,1%), und 2010 gab es nur eine geringe Steigerung (+1,7%). Die Konsumausgaben der privaten Haushalte folgen dieser Einkommensentwicklung nur bedingt. Zwischen 2005 und 2007 ist der Konsum jedes Jahr um einen geringeren Prozentsatz gestiegen als das verfügbare Einkommen. Die (Netto-)Sparquote hat sich jedes Jahr erhöht. Im Jahr 2008 stiegen die Konsumausgaben etwas stärker als das Einkommen, und die Sparquote war erstmals seit 2001 geringfügig rückläufig. In den Jahren 2008 und 2009 verringerte sich die Sparquote weiter aufgrund der wachsenden Konsumausgaben und stagnierenden Einkommen.

Übersicht 38: Nominelle Veränderungsdaten im Sektor Private Haushalte 2005-2010 (Veränderungsdaten jeweils in % zum Vorjahr)

	Arbeitnehmerentgelt, erhalten	Vermögenseinkommen, erhalten	Monetäre Sozialleistungen, erhalten	Einkommen- und Vermögenssteuern, gezahlt	Verfügbares Einkommen, netto	Konsumausgaben	Sparen, netto
2005	3,5	13,2	2,3	-0,8	5,5	4,9	11,2
2006	4,6	11,5	3,1	6,2	4,9	4,0	12,8
2007	5,1	15,3	2,8	8,2	5,0	3,3	17,5
2008	5,2	2,9	4,2	8,7	3,0	3,0	1,3
2009	0,9	-31,0	5,6	-6,4	-1,1	0,3	-7,5
2010	2,3	-17,6	3,5	1,7	1,7	4,3	-21,1

Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR, Nichtfinanzielle Sektorkonten.

Für die sozialen Folgen kommt es darauf an, wie sich die Steigerung der Einkommen und der Konjunkturinbruch im Jahr 2009 jeweils bei den verschiedenen Einkommensarten ausgewirkt haben. Vor allem in Folge der stetig zunehmenden Beschäftigung sind die Arbeitnehmerentgelte bis zum Jahr 2008 kontinuierlich um +3,5% bis +5,2% pro Jahr angestiegen. Besonders hoch waren aber die Einkommenssteigerungen für Vermögende. Die Steigerungsrate der Vermögenserträge lag pro Jahr zwischen +11,5% und +15,3%. Vermögenserträge sind aufgrund der hohen Konzentration und Erfassungsprobleme bei einer Stichprobenerhebung wie EU-SILC niemals vollständig zu erfassen. Sie haben aber für die Einkommenssituation der Armutsgefährdeten kaum direkte Bedeutung.

Im Jahr 2009 gab es bei den Sozialleistungen (+5,6%) und Arbeitnehmerentgelten (+0,9%) einen nominellen Anstieg und eine deutlich verringerte Steuerbelastung (-6,4%), die infolge der Steuerreform 2009 noch verstärkt wurden. Um fast ein Drittel verringert haben sich die Vermögenserträge.

Im Jahr 2010 stiegen Arbeitnehmerentgelte (+2,3%) wieder etwas deutlicher und mit ihnen die bezahlten Steuern (+ 1,7%), während der Anstieg der Sozialleistungen sich wieder verlangsamte (+3,5%). Die Vermögenserträge sind im Jahr 2010 weiterhin deutlich gesunken (-17,6%).

4.2.4. Zinsentwicklung und Konsumverschuldung der Privathaushalte

Vor allem für die materielle Deprivation spielen Schulden eine zentrale Rolle, besonders wenn diese nicht zur Finanzierung von Wohnungseigentum dienen (vgl. Kapitel 3.2.). Die von Privathaushalten gezahlten Zinsen sind vor der Krise noch stärker gestiegen als die Kapitalerträge. Im Jahr 2008 zahlten Privathaushalte um 70% mehr Kapitalzinsen als noch im Jahr 2005, im selben Zeitraum waren die nominellen Kapitalerträge um 32%, die Arbeitnehmerentgelte um 16% angestiegen. Das Zinsvolumen machte 6,5 Mrd. Euro³⁶ aus. Das entspricht im Durchschnitt rund 4,0% der laut VGR netto verfügbaren Einkommen. In den Jahren 2009 und 2010 sind die Zinszahlungen der Privathaushalte wieder auf 2,9% bzw. 2,5% des verfügbaren Einkommens zurückgegangen. Dem Rückgang der Zinsenbelastung im Jahr 2009 entspricht auch ein deutlicher Rückgang des Anteils der Zahlungstörungen in der Kleinkreditevidenz um rund 22%. Die Zahl der Störungen (Klagen usw.) hat sich von 522.612 im Juni 2008 auf 420.473 im Folgejahr verringert, die Zahl der Personen mit massiven Störungen von 185.000 auf 144.375.³⁷

³⁶ Einschließlich der in den VGR üblicherweise zum Konsum oder zu Vorleistungen gerechneten unterstellten Bankgebühr (FISIM).

³⁷ http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/2/5/0/CH2172/CMS1268220843353/3._quartalsbericht_-_tabellenanhang.pdf

4.2.5. Teuerung 2008 und Preisrückgang nach der Krise

Die Verbraucherpreise stiegen zwischen 2005 und 2007 moderat (um 1,5% bis 2,2%) an. Im Jahr 2008 wurden die höchsten Teuerungsraten seit Anfang der 1990er-Jahre gemessen. Im Konsum der einkommensschwachen Haushalte haben Grundbedürfnisse ein stärkeres Gewicht als etwa Urlaubsreisen oder Unterhaltungselektronik. Deshalb kann sich hier die Inflation auch besonders niederschlagen. Die Teuerung erreichte im 3. Quartal ihren Höhepunkt. Im Juni 2008, der Hauptphase der EU-SILC-Erhebung, lagen beispielsweise die Preise für Brot um 11% über dem Vorjahr, für Milchprodukte um 14% und für Dieseltreibstoffe sogar um 42% über dem Vorjahr. Der Preis eines wöchentlichen Großeinkaufs (Miniwarenkorb) lag um 8% über dem Vorjahreswert. Mit Beginn der Wirtschaftskrise ist die Preissteigerung nahezu völlig verschwunden. Es ist davon auszugehen, dass der Jahresdurchschnitt der Inflation die von den Befragten zum Zeitpunkt der Erhebung beim täglichen Einkauf „gefühlte Inflation“ sogar unterschätzt. Im Jahr 2009 sind besonders Treibstoffe und Lebensmittel wieder billiger geworden, der Kindergarten wurde in ganz Österreich kostenlos³⁸, und die Studiengebühren entfielen. Im Juni 2010 lag der Preis eines wöchentlichen Großeinkaufs (Miniwarenkorb) zwar wieder um 3,2% über dem des Vorjahres, das Preisniveau von 2008 wurde aber noch nicht erreicht.³⁹

4.3. Nationale Indikatoren zur sozialen Eingliederung 2005-2010

4.3.1. Lebensstandard: Benachteiligungen für Armutsgefährdete

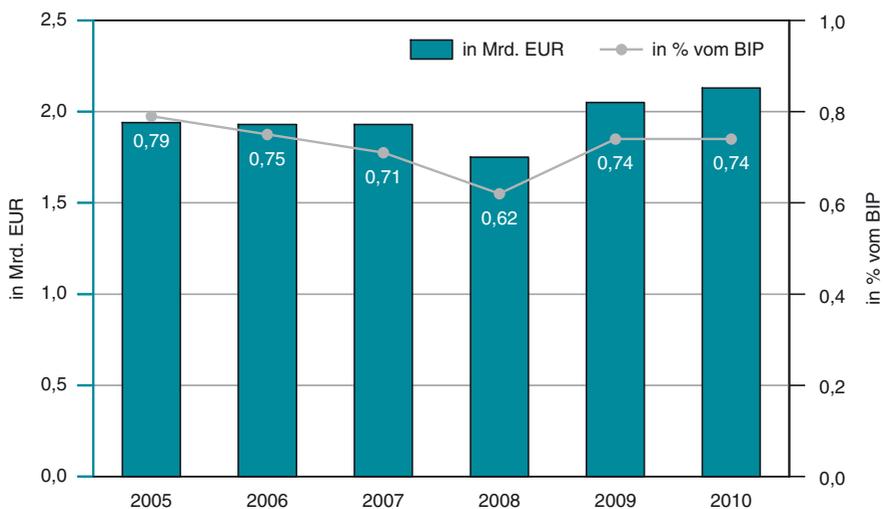
Der zentrale EU-Indikator des Lebensstandards ist die Armutsgefährdungsquote (vgl. Kapitel 3.1.). Dieser Indikator zeigt im Berichtszeitraum keine signifikanten Veränderungen

38 In einigen Bundesländern wurde nur der halbtägige Besuch kostenfrei.

39 Vgl. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/preise/verbraucherpreisindex_vpi_hvpi/sonderauswertungen/023157.html 25.10.2011.

und liegt zwischen 12% und 13% der Bevölkerung. Ein Anstieg von Armutsgefährdung in Folge der Krise ist dabei auch in EU-SILC 2010 nicht erkennbar.⁴⁰ Ein leicht anderes Bild zeigt der nationale Indikator zur absoluten Einkommenslücke. Er fasst das Ausmaß und die Intensität der Armutsgefährdung in einer Kennzahl zusammen. Im Jahr 2010 lag diese Kennzahl bei 2,1 Mrd. Euro bzw. 0,74% des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Die Einkommenslücke durch Armutsgefährdung hatte sich bis zum Jahr 2008 sowohl absolut als auch in Prozent des BIP kontinuierlich verringert. In den Jahren 2009 und 2010 gab es wieder einen Anstieg. Trotz des massiven Konjunkturerinbruchs blieb die Einkommenslücke relativ zum BIP unter dem Niveau des Jahres 2005.

Grafik 15: Einkommenslücke 2005-2010



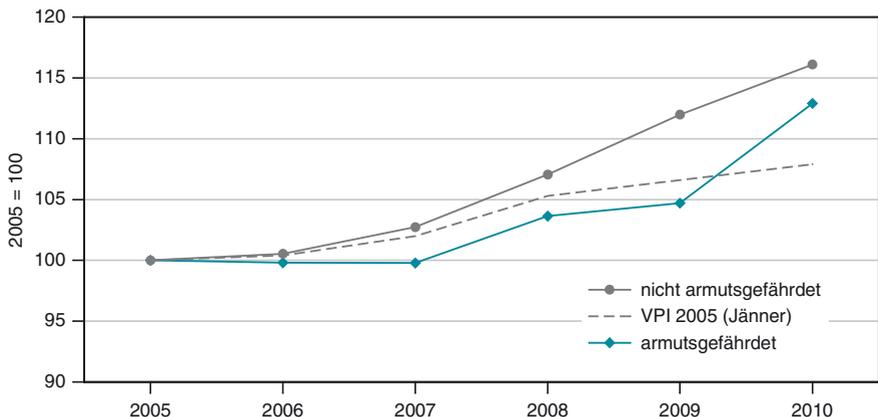
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2010.

⁴⁰ Aufgrund der Einkommenserfassung für das jeweilige Kalenderjahr vor der Erhebung wird die Situation des Krisenjahres 2009 erst in EU-SILC 2010 berücksichtigt.

Einkommenslücke

Die Einkommens- oder auch Armutsgefährdungslücke entspricht dem zusätzlichen Einkommen, das ein armutsgefährdeter Haushalt benötigen würde, um ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erzielen. Die Einkommenslücken aller Haushalte werden in diesem nationalen Indikator summiert und spiegeln somit sowohl Ausmaß als auch Intensität der Armutsgefährdung. Zu betonen ist, dass es sich um eine rein statische Betrachtung handelt. Diese Lücke wäre nicht automatisch durch eine Erhöhung von Transferleistungen in dieser Höhe zu schließen, beispielsweise aufgrund von Mitnahmeeffekten bei Transferleistungen oder Änderungen des Erwerbsverhaltens. Der Indikator wird als Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Jahr der Erhebung ausgewiesen. Die Entwicklung von Einkommensveränderungen wird in EU-SILC jedoch immer zeitverzögert für das Vorjahr erfasst, sodass sich die Einkommenssituation im „Krisenjahr 2009“ tatsächlich erst in den EU-SILC-Daten 2010 spiegelt. Der ähnliche EU-Indikator ist als Medianwert der Einkommenslücke der Armutsgefährdeten in Prozent der Armutsgefährdungsschwelle definiert.

Grafik 16: Vergleich der Medianeinkommen mit dem Verbraucherpreisindex 2005-2010



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2010, VPI 2005. Der Verbraucherpreisindex (VPI 2005) wird für den Monat Jänner herangezogen, weil sich die EU-SILC Einkommensperiode immer auf das jeweilige Vorjahr bezieht.

Die standardisierten Medianeinkommen der Haushalte (Äquivalenzeinkommen) sind im gesamten Zeitraum stärker angestiegen als der Verbraucherpreisindex. Im Erhebungsjahr 2010 lag das Medianeinkommen um 3,7% höher als im Jahr davor. Allerdings spiegelt dies tatsächlich Einkommenssteigerungen im Jahr 2009, weil immer Einkommen des Vorjahres erhoben werden. Demnach hat sich auch im Krisenjahr der Lebensstandard gesteigert. Das Medianeinkommen nicht armutsgefährdeter Personen ist in den letzten Jahren relativ konstant 6% bis 7% höher als das Medianeinkommen der Gesamtbevölkerung und mehr als doppelt so hoch wie bei armutsgefährdeten Personen. Die seit 2005 kumulierten Einkommenszuwächse armutsgefährdeter Personen blieben stets hinter jenen der Nichtarmutsgefährdeten zurück und konnten bis zum Jahr 2009 (Einkommen 2008) auch nicht mit dem Verbraucherpreisindex Schritt halten. Erst in EU-SILC 2010 (Einkommen 2009) gab es über die Inflation hinaus einen kräftigen Anstieg der Einkommen von Armutsgefährdeten.

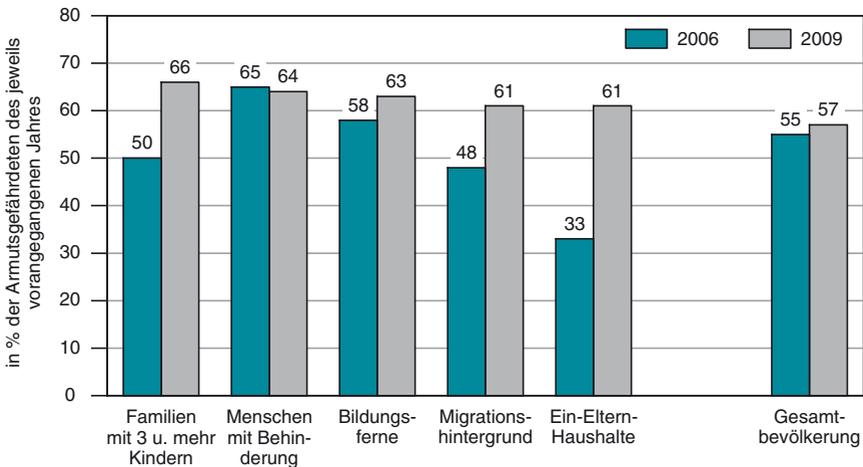
Median des standardisierten Haushaltseinkommens

Der mittlere Lebensstandard dient als Richtwert für die Bemessung der Armutsgefährdungsschwelle (60% des Medians). Zur Berechnung des äquivalisierten Haushaltseinkommens (bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) werden die Nettobeträge der Einkommen aller Personen im Haushalt über das ganze Jahr summiert und durch die Summe der Äquivalenzgewichte im Haushalt dividiert. Jede erwachsene Person wird nach der EU-Skala mit dem Wert 0,5 und Kinder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet, zusätzlich wird ein Wert von 0,5 für den Grundbedarf jedes Haushalts hinzugezählt. Berücksichtigt werden alle Nettoeinkünfte in einem Jahr, d.h. Erwerbseinkommen, Kapitaleinkommen, öffentliche oder private Transferleistungen. Der Median wird aus der Verteilung von Personen in Privataushalten berechnet: Die Hälfte der jeweiligen Bevölkerungsgruppe hat ein Einkommen unter dem Medianwert.

Von den armutsgefährdeten Menschen waren 57% (EU-SILC 2009) bereits im Vorjahr gefährdet. Den übrigen 43% der Armutsgefährdeten entspricht die jährliche „Neugefährdung“ – überwiegend von Personen, deren Einkommen im Vorjahr über der

Gefährdungsschwelle lag.⁴¹ Der Anteil der nach der nationalen Definition dauerhaft gefährdeten Personen ist seit 2006 etwas angestiegen. Dabei fand zwischen den Risikogruppen eine deutliche Angleichung statt. Angestiegen ist der Dauergefährdungsanteil vor allem bei Gruppen, deren Gefährdungslage im Jahr 2006 noch nicht so stark verfestigt war. Dazu zählen Personen in Ein-Eltern-Haushalten, Familien mit drei und mehr Kindern oder mit Migrationshintergrund. Die Dauergefährdungsanteile der anderen Risikogruppen blieben hingegen unverändert hoch.

Grafik 17: Dauergefährdungsanteil der armutsgefährdeten Bevölkerung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2006 und 2009.

Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung

Anteil der Personen an den Armutsgefährdeten des aktuellen Jahres, deren Haushaltseinkommen bereits im Vorjahr unter der Armutsgefährdungsschwelle lag. Die Gefährdungsschwelle entspricht (ebenso wie beim EU-Indikator) der Schwelle des jeweiligen Jahres (60% des stan-

⁴¹ Dabei zeigt sich, dass viele dieser Personen oftmals bereits in früheren Jahren Gefährdung erlebt haben. Zu den Neugefährdeten zählen auch Personen, die zugewandert oder neugeboren sind.

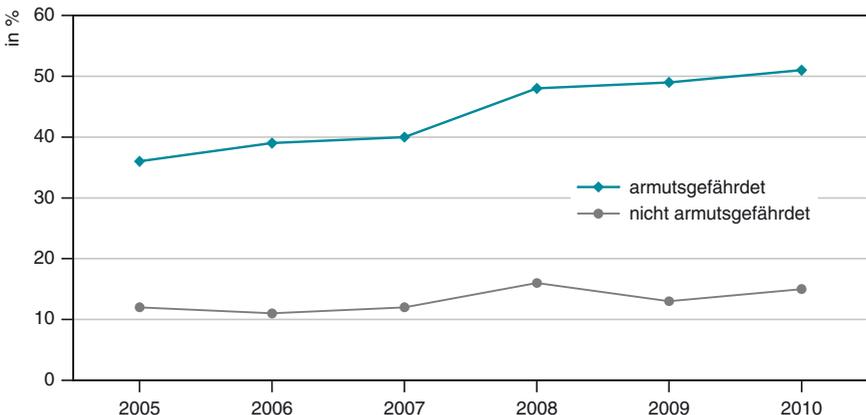
dardisierten (äquivalisierten) Medianeinkommens). Längsschnittindikatoren zum Prozess der Ausgrenzung ergänzen die bis Anfang der 1990er-Jahre übliche, rein statische Betrachtung von Armutslagen. Es ist damit auch festzustellen, inwiefern sich eine mehr oder weniger konstante Armutsgefährdungsquote von 12% stets auf einen engen Kreis derselben Personen bezieht oder im Zeitverlauf nicht eher weite Kreise der Bevölkerung vorübergehenden Benachteiligungen ausgesetzt sind. Für eine solche Gruppe nicht dauerhaft, aber vorübergehend Gefährdeter ist weniger die Schwere der materiellen Benachteiligung als die ökonomische Unsicherheit relevant. Der nationale Indikator zur Dauergefährdung wird verwendet, um die Lebensbedingungen der Betroffenen näher zu qualifizieren. Seine Definition unterscheidet sich von dem entsprechenden EU-Indikator „persistent-at-risk-of-poverty rate“ (vgl. Kap. 3.1.4). Dieser ist auf längere Armutsphasen ausgerichtet (drei aus vier Jahren) und misst die Quote der dauerhaft Gefährdeten unter den in vier Jahren durchgängig Ansässigen (der sogenannten Panelbevölkerung). Die EU-Definition schließt also Personen, die in diesem Zeitraum geboren wurden oder zugewandert sind, systematisch aus. Die nationale Definition ist besser zur Beobachtung kurzfristiger Veränderungen geeignet und liefert eine größere Stichprobenbasis mit einer geringeren Schwankungsbreite als der EU-Indikator. Eine Berechnung für das Erhebungsjahr 2010 ist nach Vorliegen spezieller Längsschnittgewichte im Frühjahr 2012 möglich.

Im Jahr 2010 waren insgesamt rund 16% der Gesamtbevölkerung von finanzieller Deprivation (nationale Definition) betroffen. In Folge der im Jahr 2009 spürbar gestiegenen Arbeitslosigkeit kam es nach dem sprunghaften Anstieg der Quote im Jahr 2008 zu keiner weiteren Zunahme der finanziellen Deprivation. Im Gegenteil, bei einzelnen Deprivationsmerkmalen ist seit 2008 sogar eine Verbesserung zu beobachten. Die finanzielle Deprivationsquote für 2010 liegt insgesamt allerdings noch immer etwas höher als im Jahr 2007. Dieser vielleicht überraschende Befund ist das Ergebnis gegenläufiger Entwicklungen. Ähnlich wie für die erhebliche materielle Deprivation nach EU-Definition ist ein Zusammenhang mit der bis zum Spätsommer 2008 besonders

bei Treibstoffen und Lebensmitteln stark spürbaren Rekordinflation sowie der starken Schuldenbelastung der Privathaushalte zu vermuten. Im Krisenjahr 2009 ist die Arbeitslosigkeit zwar gestiegen, und die Löhne sind bei bestimmten Gruppen infolge von Kurzarbeit zurückgegangen. Andererseits konnten die dadurch entstandenen Einkommenseinbußen in vielen Fällen durch Sozialleistungen abgedeckt werden. Gleichzeitig hat die Steuerreform eine spürbare Abgabentlastung bewirkt. Schließlich erreichte die Inflation 2009 den niedrigsten Stand seit 1953, wobei vor allem Grundnahrungsmittel und Treibstoffe sogar deutlich billiger wurden. Auch die Belastung durch Schulden ist nach 2008 wieder deutlich zurückgegangen.

Seit 2005 kontinuierlich angestiegen ist die finanzielle Deprivationsquote für Armutsgefährdete (2005: 36%, 2010: 51%). Der 2009 und 2010 beobachtete Rückgang der Deprivation ist somit ausschließlich auf eine Verbesserung bei nicht armutsgefährdeten Personen zurückzuführen.

Grafik 18: Finanzielle Deprivationsquote 2005-2010



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2010.

Finanzielle Deprivation

Der nationale Indikator unterscheidet sich von dem Indikator für erhebliche materielle Deprivation nach EU-Definition. Die finanzielle Deprivationsquote (österreichische Definition) entspricht dem Anteil der Personen, die sich zumindest 2 von 7 Grundbedürfnissen (anstatt 4 aus 9 wie beim EU-Indikator) finanziell nicht leisten können. Merkmale, die sowohl bei der EU-Definition als auch der österreichischen Definition vorkommen, sind:

- » die Wohnung angemessen warm zu halten,
- » unerwartete Ausgaben zu finanzieren,
- » jeden 2. Tag Fleisch, Fisch (oder vegetarische Speisen) zu essen,
- » Zahlungen (z.B. Miete) in den letzten 12 Monaten rechtzeitig zu begleichen.

Nur in der nationalen Definition berücksichtigt werden:

- » notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche in Anspruch zu nehmen,
- » neue Kleidung zu kaufen,
- » Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.

Die Definition berücksichtigt nur Grundbedürfnisse, die in Österreich von der Mehrheit der Bevölkerung sowie von Fachleuten und Armutsbetroffenen als „absolut notwendig“ für einen angemessenen Lebensstandard gewertet werden. Eine Studie des Instituts für Soziologie der Universität Wien (Till-Tentschert/Weiss 2008) hatte gezeigt, dass in Österreich vor allem ältere Menschen die Notwendigkeit von manchen in der EU-Definition berücksichtigten Merkmalen weit geringer einschätzen als beispielsweise Familien. Urlaub und PKW sind daher nicht in der nationalen Definition enthalten. Auch die in Österreich sehr weit verbreiteten Konsumgüter wie Telefon, Fernseher und Waschmaschine werden im nationalen Indikator nicht berücksichtigt.

Übersicht 39 zeigt das Ausmaß an Benachteiligungen im Jahr 2010 bei jenen Merkmalen, die für finanzielle Deprivation (nationale Definition) berücksichtigt werden. Im Vergleich zum Vorjahr zeigen alle Merkmale bis auf die Leistbarkeit von Arztbesuchen für sich selbst oder ein anderes Haushaltsmitglied eine rückläufige Tendenz. Im Jahr 2010 hat sich allerdings die Zahl der Personen, bei denen ein notwendiger Arztbe-

such aus finanziellen Gründen nicht möglich war, auf nunmehr 224.000 verdoppelt (2009: 110.000). Je nach Merkmal treten Einschränkungen bei Personen unter der Armutsgefährdungsschwelle drei- bis viermal häufiger auf als bei Nichtarmutsgefährdeten. Im Jahr 2010 erreichte die Zahl der manifest Armen mit 511.000 (2009: 488.000, 2005: 344.000) einen neuen Höchststand.

Übersicht 39: Merkmale finanzieller Deprivation (nationale Definition)

	Gesamt		Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Finanziell depriviert (mit mind. 2 Benachteiligungen ¹⁾)	1.358	16	847	12	511	51
Haushalt kann sich nicht leisten...						
unerwartete Ausgaben zu tätigen	2.073	25	1.465	20	608	61
Freunde zum Essen einzuladen	914	11	591	8	323	32
jeden 2. Tag Fleisch, Fisch oder eine vegetarische Speise zu essen	724	9	445	6	279	28
neue Kleider zu kaufen	596	7	389	5	207	21
Zahlungen rechtzeitig zu begleichen	582	7	347	5	235	23
die Wohnung angemessen warm zu halten	313	4	198	3	115	11
notwendigen Arztbesuch	224	3	143	2	81	8

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.
 Personen in Haushalten. - 1) Können sich 2 oder mehr der angeführten Merkmale nicht leisten.

Manifeste Armut

Gleichzeitigkeit von Armutsgefährdung und Deprivation. Durch die gemeinsame Betrachtung von Einkommenssituation und Deprivation lassen sich vier Lebenslagen unterscheiden. Als Einkommensmangel wird eine Armutslage mit armutsgefährdendem Einkommen, aber ohne deprivierte Lebensführung aus finanziellen Gründen bezeichnet. Teilhabemangel besteht, wenn jemand schweren finanziellen Einschränkungen ausgesetzt ist, das Haushaltseinkommen jedoch über der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Von manifester Armut sind mehr als eine halbe Million Menschen betroffen. Sie sind sowohl armutsgefährdet als auch finanziell depriviert. Kein Mangel liegt vor, wenn weder Armutsgefährdung noch finanzielle Deprivation eine Benachteiligung erkennen lassen.

Übersicht 40: Zusammenhang von Armutsgefährdung und finanzieller Deprivation

		Finanzielle Deprivation			
		Nein		Ja	
Armutsgefährdung durch niedriges Einkommen	Nein	Kein Mangel	77,7%	Teilhabemangel	10,2%
	Ja	Einkommensmangel	5,9%	Manifeste Armut	6,2%

Armutsgefährdung 12,1%

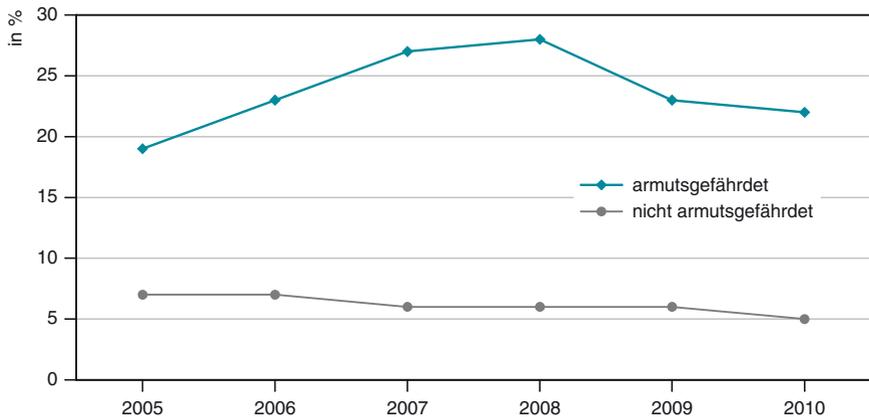
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

4.4. Wohnen: Polarisierung von Problemlagen

Indikatoren zur Wohnraumversorgung und Wohnqualität zeigen für die Gesamtbevölkerung wenig auffällige Veränderungen. Vielmehr ist eine wachsende Polarisierung wohnungsbezogener Problemlagen zu beobachten. Bei den Indikatoren für Überbelag, Wohnkostenanteil und Qualität hatten Armutsgefährdete einen drei- bis fünfmal so hohen Anteil an Betroffenen wie Personen über der Armutsgefährdungsschwelle. Dabei sind Indikatoren zur Qualität der Wohnbedingungen immer gemeinsam mit dem durch die Wohnkosten erzeugten Druck auf die finanzielle Lage zu betrachten.

Insgesamt lebten laut EU-SILC 2010 6% der Personen in Mehrpersonenhaushalten in einer überbelegten Wohnung. Diese Überbelagsquote lag bei Armutsgefährdeten bei 22%, bei nicht armutsgefährdeten Personen bei 5%. Die Überbelagsquote ist weiterhin leicht rückläufig. Vor allem bei den Armutsgefährdeten ist seit 2008 ein Rückgang zu bemerken (2008: 28%). Davor hatte sich die Überbelagsquote der Armutsgefährdeten allerdings deutlich erhöht, und erst im Krisenjahr 2009 kam es für Armutsgefährdete zu einer gewissen Entspannung der Belagssituation. Für Nichtarmutsgefährdete ist die Überbelagsquote im gesamten Berichtszeitraum kontinuierlich gesunken.

Grafik 19: Überbelag in Mehrpersonenhaushalten 2005-2010



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2010.

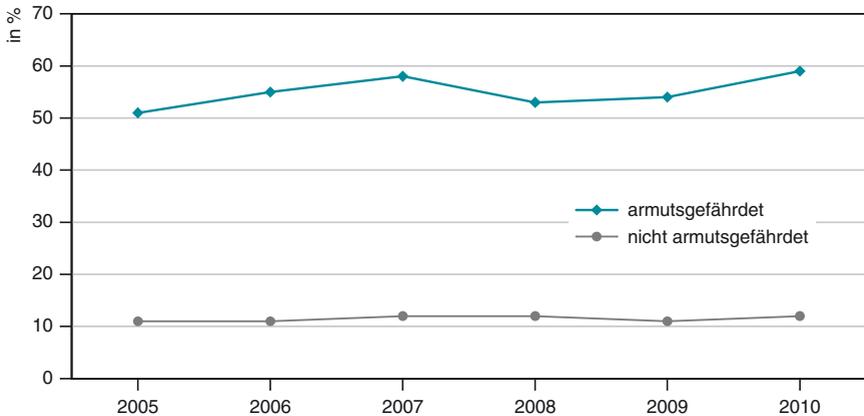
Überbelag

Berücksichtigt nur Haushalte mit mindestens 2 Personen und orientiert sich am Kriterium der Gemeinde Wien bei der Vergabe von Gemeindewohnungen. Als überbelegt zählt ein Haushalt, wenn die Wohnfläche weniger als 16m² beträgt, im Mittel weniger als 8m² pro Wohnraum zur Verfügung stehen oder die Anzahl der Wohnräume im Verhältnis zur Zahl der Personen im Haushalt zu gering ist: 1 Raum für 2 Personen, weniger als 3 Räume für 3 oder 4 Personen, weniger als 4 Räume für 5 oder 6 Personen, weniger als 5 Räume für 7 oder 8 Personen, weniger als 6 Räume für mehr als 8 Personen. Küchen werden nicht als Wohnräume gezählt.

Mit 18% der Gesamtbevölkerung in Haushalten mit unzumutbarem Wohnungsaufwand erreichte dieser Indikator im Jahr 2010 den höchsten Stand der gesamten Periode. Insbesondere Armutsgefährdete waren von steigenden Energiekosten und Mietpreisen überdurchschnittlich betroffen. Die Quote der Belasteten stieg von 51% im Jahr 2005 auf 59%. Ähnlich hoch war dieser Wert bereits im Jahr 2007. Bei den nicht

armutsgefährdeten Personen blieb diese Quote im gesamten Zeitraum jedoch nahezu unverändert zwischen 11% und 12% .

Grafik 20: Unzumutbarer Wohnkostenanteil 2005-2010



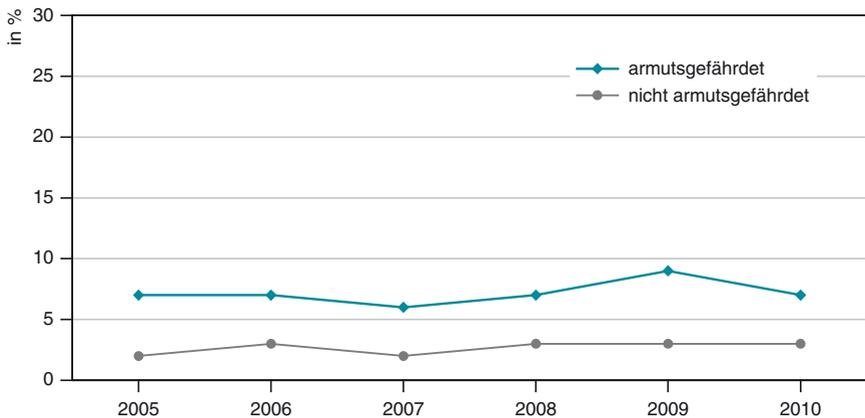
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2010.

Unzumutbarer Wohnkostenanteil

Anteil der Personen, deren Wohnungsaufwand ein Viertel des jährlich verfügbaren Haushaltseinkommens übersteigt. Wohn- oder Mietbeihilfen werden vom Wohnungsaufwand abgezogen und auch beim Haushaltseinkommen nicht berücksichtigt. Berücksichtigt werden alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung (abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen) sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum. Der Indikator berücksichtigt explizit die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, die bei der Messung von Armutsgefährdung sonst keine Rolle spielen. Energie- und Instandhaltungskosten werden aus der Konsumerhebung getrennt nach Rechtsverhältnis geschätzt. Unterschiede bei Energieverbrauch und -effizienz oder Tarifen können daher in diesem Indikator nicht berücksichtigt werden.

Im Jahr 2010 lebten rund 4% der Bevölkerung in einer prekären Wohnsituation. Die Qualität des Wohnraums spiegelt dabei teilweise das Angebot bzw. den Bestand an Substandardwohnungen und ist vor allem im urbanen Bereich eher längerfristigen Entwicklungen bei Wohnungssanierungen und -neubau unterworfen. Dementsprechend blieb der Bevölkerungsanteil in prekären Wohnverhältnissen in den letzten Jahren relativ konstant. Zwischen 2007 und 2009 gab es leichte Anzeichen für eine Verschärfung der Situation für Armutsgefährdete, die sich aber im Jahr 2010 nicht fortgesetzt hat. Die Situation entspricht somit etwa wieder jener des Jahres 2005.

Grafik 21: Prekäre Wohnqualität 2005-2010



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2010.

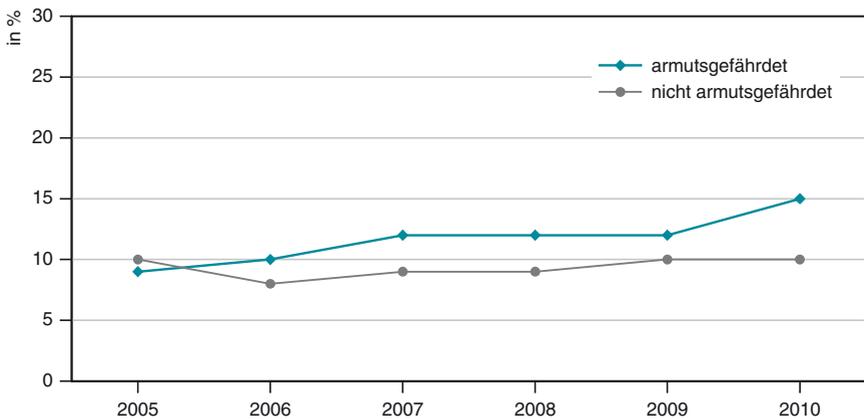
Prekäre Wohnungsverhältnisse

Anteil von Personen, die von zwei oder mehr der folgenden Wohnprobleme betroffen sind:

- » kein WC oder Badezimmer in der Wohnung,
- » Feuchtigkeit, Schimmelbildung,
- » dunkle Wohnräume,
- » weder Waschmaschine noch Waschküche vorhanden.

Die Zahl der Menschen, die durch Kriminalität, Lärm oder Umweltbelastungen in der Wohnumgebung betroffen sind, ist insgesamt leicht, für Armutsgefährdete aber besonders stetig angewachsen. Im Jahr 2010 lag die Quote der Betroffenen bei Armutsgefährdeten bereits bei 15%. Ausgehend von lediglich 10% im Ausgangsjahr 2005 deutet dies auf eine kontinuierliche Polarisierung der Wohnverhältnisse hin.

Grafik 22: Belastung durch die Wohnumgebung, 2005-2010



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2010.

Belastung durch Wohnumgebung

Anteil von Personen, die sich durch mindestens zwei der folgenden Probleme in der Wohnumgebung belastet fühlen:

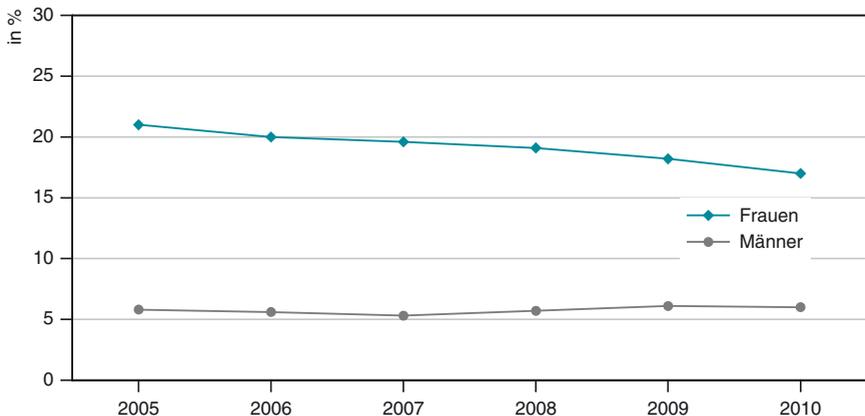
- » Kriminalität,
- » Lärm,
- » Umweltverschmutzung.

Die Berücksichtigung von Problemen in der Wohnumgebung unterstützt das Monitoring der sozialen Eingliederung in Bezug auf räumliche Ungleichheiten und Segregationstendenzen. Die Datenlage ist aber insbesondere hinsichtlich der Infrastrukturversorgung unzureichend.

4.5. Erwerbsleben: Frauenbeteiligung verbessert sich langsam

Nach nationaler Definition hat sich die Quote der Arbeitsmarktfernen über die Zeit vor allem für Frauen kontinuierlich verringert. Dennoch bleibt ein enormer Abstand gegenüber den Männern, die nach wie vor überwiegend Erwerbspersonen sind. Insgesamt waren im Jahr 2010 12,1% der 15- bis 64-Jährigen (ohne Pensionistinnen und Pensionisten und Personen in Ausbildung) arbeitsmarktfern. Für Männer lag die Arbeitsmarktfernenquote seit 2005 relativ stabil zwischen 5,3% und 6,1%. Für Frauen hat sich die Arbeitsmarktfernenquote von 21,0% im Jahr 2005 auf 18,2% im Jahr 2010 verringert.

Grafik 23: Arbeitsmarktfernenquote 2005-2010



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2005-2010.

Arbeitsmarktfernenquote

Anteil von Personen zwischen 15 und 64 Jahren, die keine Erwerbspersonen sind. Als Erwerbspersonen gelten Erwerbstätige, Arbeitsuchende (ILO-Definition) und Personen in Mutterschutz oder Elternkarenz. Studierende und Pensionistinnen und Pensionisten werden bei der Berechnung nicht

einbezogen. Der Indikator ergänzt den EU-Indikator zu Haushalten mit geringer Erwerbsintensität sowie die Erwerbsquote und die Erwerbstätigenquote. Der Fokus liegt auf jenen Personen, die nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen und sich auch nicht im „Wartezimmer“ des Arbeitsmarktes befinden oder durch Pensionseinkommen abgesichert sind. Diese nationale Definition unterscheidet sich von ähnlichen Indikatoren auf europäischer Ebene. Der europäische Indikator zu Personen in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten umfasst zwar ebenfalls arbeitsmarktferne Personen; wenn eine andere, alleinverdienende Person im Haushalt lebt, werden diese aber nicht mitgezählt. Dies betrifft besonders Frauen mit einer „klassischen“ Rollenverteilung. Der EU-Indikator zur Beschäftigtenquote zielt hingegen auf die aktive Beschäftigung ohne Berücksichtigung arbeitsuchender Personen ab.

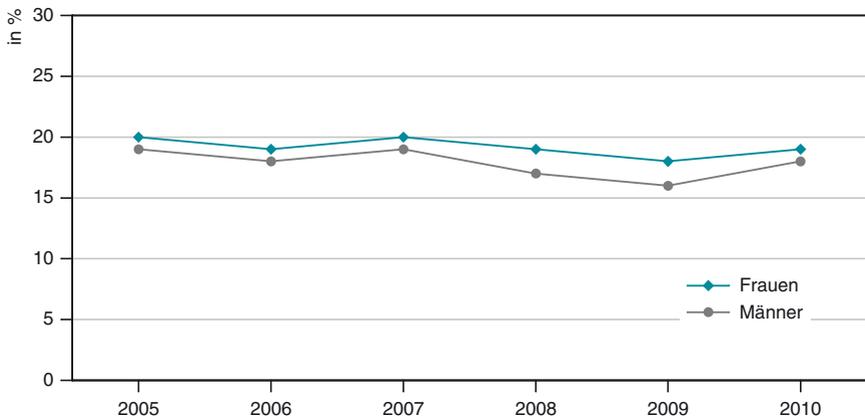
Die vor allem bei Frauen deutlich steigende Erwerbsbeteiligung trägt dazu bei, dass die Arbeitseinkommen einer wachsenden Zahl von Haushalten über der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Mit zusätzlichen Verdiensten wird ein Lebensunterhalt über der Gefährdungsschwelle meist auch ohne Transferleistungen möglich. Der Anteil der Personen in Erwerbshaushalten ohne armutsfestes Erwerbseinkommen ist 2008 und 2009 leicht zurückgegangen (18% bzw. 17%). Dabei handelt es sich nicht um die individuellen Erwerbseinkommen, sondern um das im Haushalt insgesamt verfügbare Einkommen. Obwohl zusätzliche Verdienste oft von Frauen bezogen werden, gibt es bei diesem auf der Ebene der Haushalte berechneten Indikator nur geringe Unterschiede nach Geschlecht. Durch das zusätzliche Einkommen von Frauen, verbessert sich auch die Einkommensposition von Männern. Deutlich benachteiligt sind Personen in Zwei- oder Mehrkindfamilien (32%) oder Ein-Eltern-Haushalten (42%).

Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter der Gefährdungsschwelle

Anteil der Personen in Erwerbshaushalten, wo die Summe der Erwerbseinkommen plus Familienleistungen im Haushalt geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle. Familienleistungen (Kinderbetreuungs- und Wochengeld sowie Familienbeihilfen und Kinderabsetzbetrag) werden hier zum Erwerbseinkommen hinzugerechnet. Erwerbshaushalte sind Haushalte mit

Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit. Ausgenommen sind jene Haushalte, die mehr als 50% des Einkommens aus Pensionen beziehen, sowie alle 18- bis 64-jährigen in Ausbildung. Der Indikator identifiziert Haushalte mit geringem Erwerbseinkommen bzw. Familienleistungen, aber bildet keine individuellen Erwerbseinkommen ab. Daher sind bestehende Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern kaum mehr erkennbar. Auch bei nicht armutsfestem Erwerbseinkommen kann das verfügbare Haushaltseinkommen einschließlich sozialer Transferleistungen und anderer Einkünfte in vielen Fällen über der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Umgekehrt kann in einigen Fällen das verfügbare Einkommen trotz armutsfester Erwerbseinkommen aufgrund von geleisteten Transferleistungen (z.B. Unterhaltszahlungen) oder Steuernachzahlungen auch unter der Gefährdungsschwelle liegen.

Grafik 24: Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter der Armutsgefährdungsschwelle 2005-2010

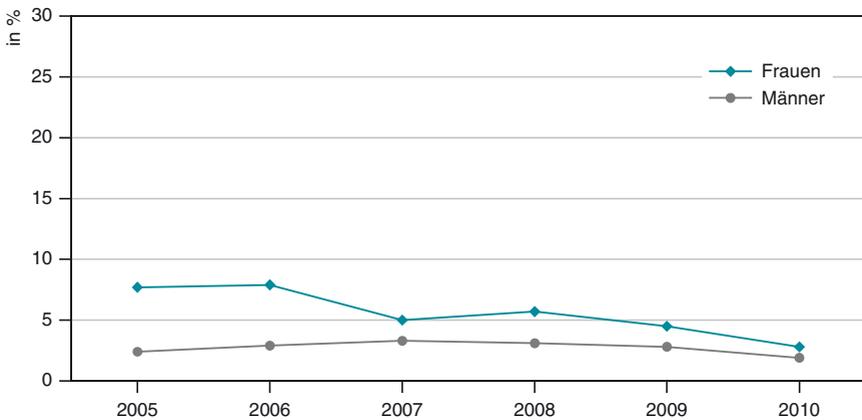


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2010.

Neben der Erwerbseinbindung sind auch bei der Entlohnung Verbesserungen feststellbar. Der Anteil der Frauen in einer Niedriglohnbeschäftigung hat sich kontinuierlich

verringert. Nach Vereinbarung der Sozialpartner sollten spätestens ab dem Jahr 2009 alle Kollektivverträge bei Vollzeitbeschäftigung den Mindestlohn von 1.000 Euro garantieren. Von der Anpassung der Stundenlöhne haben vor allem Frauen profitiert. Mitte der 1990er-Jahre hatten noch 20% der Frauen und 6% der Männer einen Bruttostundenlohn von weniger als 5,77 Euro (rund 80 Schilling). Im Jahr 2010 blieben immerhin noch 38.000 Frauen (3%) und 31.000 Männer (2%) unter diesem Schwellenwert.

Grafik 25: Niedrigstundenlohnquote 2005-2010



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2010. - Nur unselbständig Erwerbstätige mit einer Normalarbeitszeit von mindestens 12h, ohne Lehrlinge.

Niedrigstundenquote

Anteil der (zum Zeitpunkt der Erhebung) unselbständig erwerbstätigen Personen, die weniger als 5,77 Euro pro Stunde Normalarbeitszeit verdienen. Der Stundenlohn entspricht einem Monatslohn von 1.000 Euro brutto monatlich, 14 x pro Jahr, und schließt daher Sonderzahlungen und bezahlte Urlaubszeiten ein. In die Berechnung gehen nur unselbständig Erwerbstätige ohne Lehrlinge mit einer Normalarbeitszeit von mindestens 12 Wochenstunden ein. In Ös-

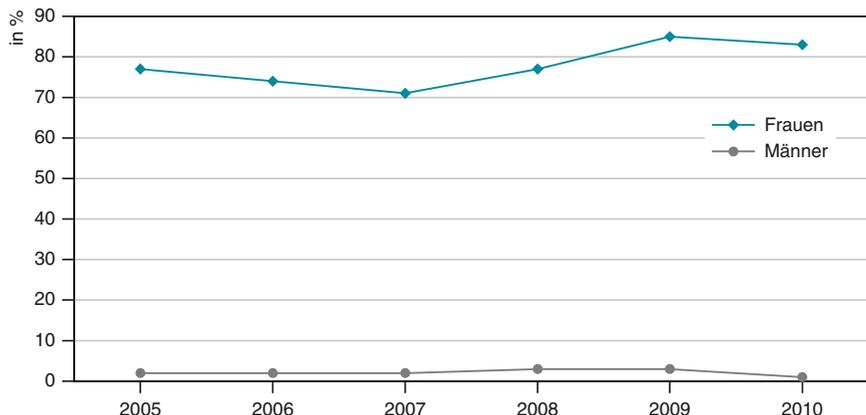
terreich haben Tarifvereinbarungen der Sozialpartner eine große Bedeutung, weshalb dieser Indikator auf den in allen Kollektivverträgen seit 2009 vereinbarten Mindestlohn von 1.000 Euro brutto für Vollzeitbeschäftigte abgestimmt wird. Nicht alle Beschäftigten fallen aber unter den Kollektivvertrag, insbesondere befristet Beschäftigte sowie freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer.

Obwohl die Frauenerwerbsquote stetig zunimmt, sind die Rahmenbedingungen für den Wunsch vieler Frauen, am Erwerbsleben teilzunehmen, noch immer nicht optimal.

Erwerbshindernisse

Zahl der 15- bis 64-Jährigen, die nicht erwerbstätig oder teilzeitbeschäftigt sind, weil keine geeignete Betreuungseinrichtung für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene zur Verfügung steht.

Grafik 26: Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten 2005-2010



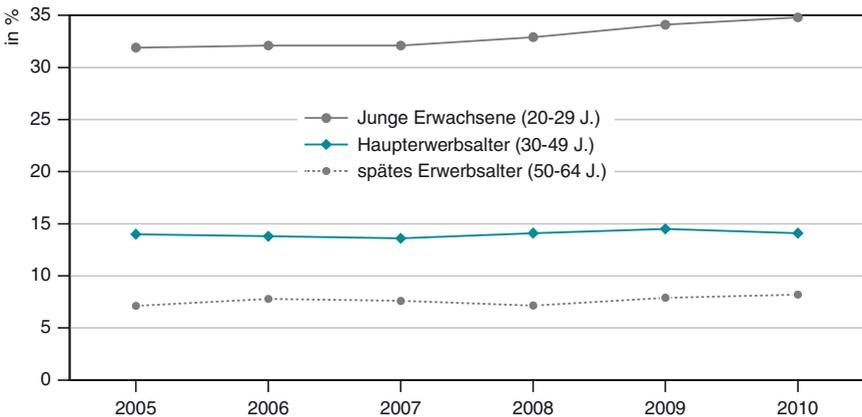
Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus, Jahresergebnisse 2005-2010. - Hochgerechnete Anzahl der 15- bis 64-Jährigen, die die Frage „Wenn es entsprechende Betreuungseinrichtungen gäbe, würden Sie dann Vollzeit arbeiten“ oder die Frage „Vorausgesetzt, es gäbe entsprechende Betreuungseinrichtungen: Würden Sie dann arbeiten wollen?“ bejaht haben.

84.000 Frauen, darunter 45.000 mit Kindern unter vier Jahren, sehen sich durch Betreuungspflichten gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen an der Teilnahme am Erwerbsleben gehindert. Diese Zahl hat sich gegenüber dem Jahr 2005 kaum verändert.

4.6. Bildung: Verbesserungen vor allem bei Vorschulbildung

Bei Erwachsenen wurde eine geringe Steigerung von Bildungsaktivitäten registriert. Der Anteil bildungsaktiver Personen lag im Jahr 2010 bei etwa 19% der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren. Die Häufigkeit von Bildungsaktivitäten ist in der Altersgruppe der jungen Erwachsenen am höchsten (35%). Im Haupterwerbsalter nehmen 14% an Bildungsaktivitäten teil, im späteren Erwerbsalter etwa 8%. Die Steigerung von Bildungsaktivitäten ist vor allem bei jungen Erwachsenen zu beobachten.

Grafik 27: Bildungsaktivität 2005-2010



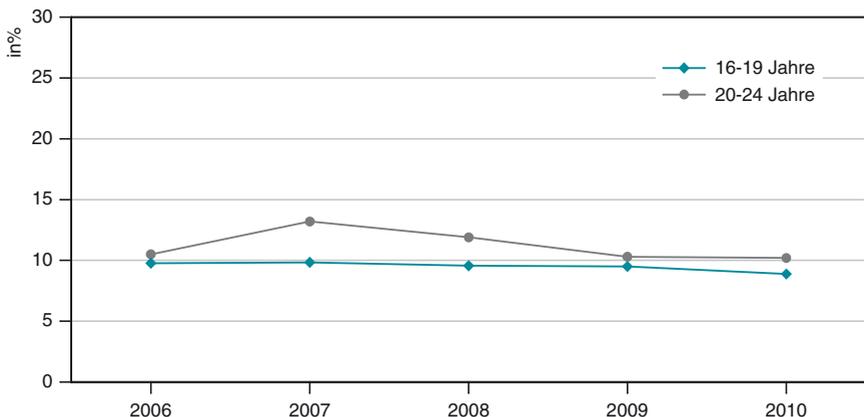
Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus, Jahresergebnisse 2005-2010. Nur 20- bis 64-Jährige.

Bildungsaktivität

Umfasst sowohl schulische oder berufliche Ausbildung als auch die Teilnahme an Schulungen und Kursen für alle Personen ab 15 Jahren (im Unterschied zum Strukturindikator „Lebenslanges Lernen“, der nur Weiterbildung bei 25- bis 64-Jährigen einbezieht). Detailliertere Befunde zur Bildungsaktivität nach dem Ende der gesetzlichen Schulpflicht stehen auch aus dem 2007 erstmals in Österreich durchgeführten Adult Education Survey (AES 2007) zur Verfügung (siehe http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/erwachsenenbildung_weiterbildung_lebenslanges_lernen/index.html).

Auch der Anteil der bildungsfernen Jugendlichen blieb gegenüber dem Jahr 2006 annähernd unverändert. Insgesamt lag die Quote der bildungsfernen Jugendlichen im Jahresdurchschnitt 2010 bei 10%. In der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen hat die Quote in den letzten Jahren etwas abgenommen und liegt mit 10,3% nur knapp über der Quote der 16- bis 19-Jährigen (9,5%).

Grafik 28: Bildungsferne Jugendliche 2006-2010



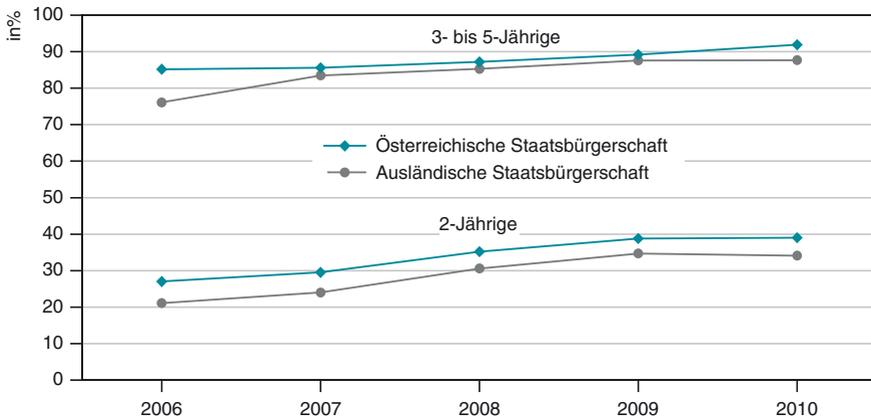
Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus, Jahresergebnisse 2006-2010. Nur 16- bis 24-Jährige.

Bildungsferne Jugendliche

Anteil der 16 bis 24-Jährigen, die keine Bildungseinrichtung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS oder Matura) oder höher besuchen oder abgeschlossen haben. Der nationale Indikator ergänzt den EU-Strukturindikator Bildungsstand der Jugendlichen (20- bis 24-Jährige). Das später erzielte Qualifikationsniveau hängt dabei von der Bildungsbeteiligung unmittelbar nach dem Pflichtschulalter ab, die in diesem Indikator (sowie „Bildungsaktivität“) besonders berücksichtigt wird.

Deutlich erhöht haben sich die Besuchsquoten vorschulischer Bildungseinrichtungen. In der Gruppe der 3- bis 5-Jährige haben nach Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres 2010 91,4% bzw. 219.000 Kinder eine vorschulische Bildungseinrichtung besucht. Die Vorschulbildungsquote hat sich damit gegenüber dem Jahr

Grifik 29: Besuch von vorschulischen Bildungseinrichtungen 2006-2010



Q: STATISTIK AUSTRIA, Kindertagesheimstatistik 2006-2010. Wohnbevölkerung laut Bevölkerungsregister zum 1.10. des Jahres, Besuch von Kinderkrippe, -garten sowie alterseweiterten Betreuungseinrichtungen. Alter zum 1.9. des Jahres, 5-jährige SchülerInnen, die einen Hort besuchen wurden nicht mitgezählt. Der Anteilswert für 5-Jährige ist leicht nach unten verzerrt, weil 5-Jährige, die bereits die Schule besuchen in die Basis der Berechnung eingehen. - Ohne Steiermark (keine Einzeldaten für Staatsbürgerschaft vorhanden).

2006 (83,3%) deutlich erhöht, und Unterschiede nach Staatsbürgerschaft haben sich verringert. Kinder mit ausländischer Staatsbürgerschaft haben jedoch weiterhin eine geringere Vorschulquote (87,7%) als Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft (91,9%). Die Betreuungsquoten für 2-Jährige liegen mit einem Wert von 38,3% im Jahr 2010 wesentlich niedriger, sind aber deutlich höher als noch im Jahr 2006 (24,4%). Bei den 2-jährigen Kindern mit ausländischer Staatsbürgerschaft liegen die Vorschulbildungschancen weiterhin um fast 5 Prozentpunkte unter jenen der 2-Jährigen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

Übersicht 41: Vorschulbildung

	Kinder im Alter von 0 bis 5 Jahren absolut		Kinder in Betreuung in %	
	2006	2010	2006	2010
Insgesamt	479.181	473.886	47,2	54,7
Bis 2-Jährige	238.287	233.860	10,8	15,8
3- bis 5-Jährige	240.894	240.026	83,3	88,5
3-Jährige	80.450	78.846	68,7	80,0
4-Jährige	80.633	79.890	89,4	95,5
5-Jährige	79.811	81.290	91,9	98,3
Nach Staatsbürgerschaft				
Insgesamt	415.500	473.886	48,1	54,7
ÖsterreicherInnen	366.921	411.758	48,8	55,5
AusländerInnen	48.579	62.128	42,3	49,5
Bis 2-Jährige	206.712	233.860	11,6	17,1
ÖsterreicherInnen	182.140	201.172	12,0	17,4
AusländerInnen	24.572	32.688	9,2	15,0
3-Jährige	69.631	78.846	70,9	80,0
ÖsterreicherInnen	61.709	68.845	72,0	80,6
AusländerInnen	7.922	10.001	61,8	76,2
4-Jährige	69.936	79.890	89,9	95,5
ÖsterreicherInnen	61.906	70.142	91,0	96,5
AusländerInnen	8.030	9.748	80,9	87,8
5-Jährige	69.221	81.290	91,8	98,3
ÖsterreicherInnen	61.166	71.599	92,6	98,2
AusländerInnen	8.055	9.691	85,5	99,5

Q: STATISTIK AUSTRIA, Kindertagesheimstatistik 2006 und 2010. - Besuch von Kinderkrippe, -garten sowie alterseweiterter Betreuungseinrichtungen (Alter zum 1.9., Aufgliederung der 5-Jährigen derzeit noch nicht nach Schulbesuch möglich; 5-jährige Schüler, die einen Hort besuchen, wurden nicht mitgezählt), gemessen an allen Kindern im jeweiligen Alter (Wohnbevölkerung laut Bevölkerungsregister zum 1.10.).

Vorschulbildungschancen

Anteil der Kinder bis fünf Jahre, die einen Kindergarten, eine Kinderkrippe oder eine alterserweiterte Betreuungseinrichtung besuchen, an allen Kindern dieser Altersgruppe. Der Besuch einer vorschulischen Bildungseinrichtung begünstigt den individuellen Bildungserfolg. Dies gilt speziell für Kinder mit fremder Muttersprache und kann hier auch besonders zur Entlastung der weiterführenden Bildungseinrichtungen beitragen. Da das Merkmal der Muttersprache in der Kindertagesheimstatistik nicht für alle Kinder erfasst ist, wird der Indikator nach der Staatsbürgerschaft der Kinder ausgewiesen. Die für die Arbeitsmarktchancen insbesondere von Müttern erforderliche Betreuung von Kindern erfolgt wesentlich auch außerhalb der hier berücksichtigten Betreuungseinrichtungen (z.B. durch Verwandte, Tagesmütter, Babysitter usw.).

4.7. Gesundheit: Indikatoren zeigen wenig Veränderung

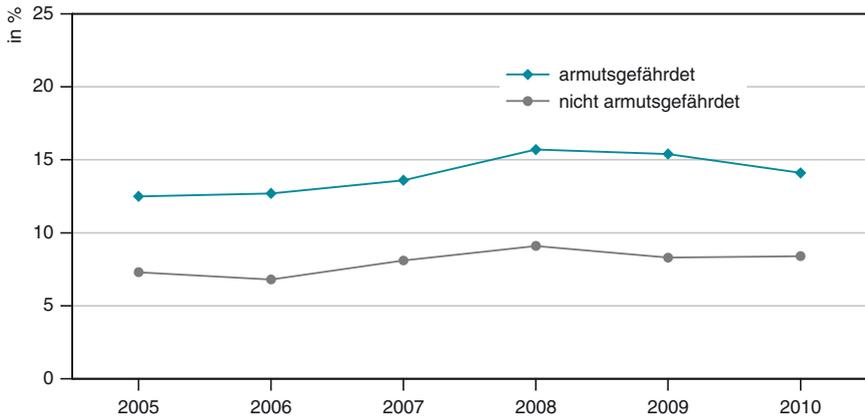
Zum Thema Gesundheit sind im Set der nationalen Eingliederungsindikatoren zwei Indikatoren enthalten. Der erste Indikator umfasst eine Bewertung zur subjektiven Wahrnehmung der eigenen Gesundheit. Über die Jahre bleibt dieser Indikator konstant. Speziell die großen Unterschiede zwischen der armutsgefährdeten und der nichtarmutsgefährdeten Bevölkerung fallen hier aber ins Gewicht. 2010 waren insgesamt 9% der Bevölkerung ab 16 Jahren gesundheitlich beeinträchtigt. Armutsgefährdete (2010: 14%) sind im gesamten Beobachtungszeitraum wesentlich häufiger betroffen als nicht armutsgefährdete Personen (2010: 8%).

Gesundheitsprobleme

Anteil der Personen ab 16 Jahren mit zwei oder mehr der folgenden gesundheitlichen Probleme:

- » sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand (subjektive Einschätzung),
- » chronische Krankheit,
- » starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung (oder Behinderung) seit mindestens einem halben Jahr.

Grafik 30: Gesundheitsprobleme 2005-2010



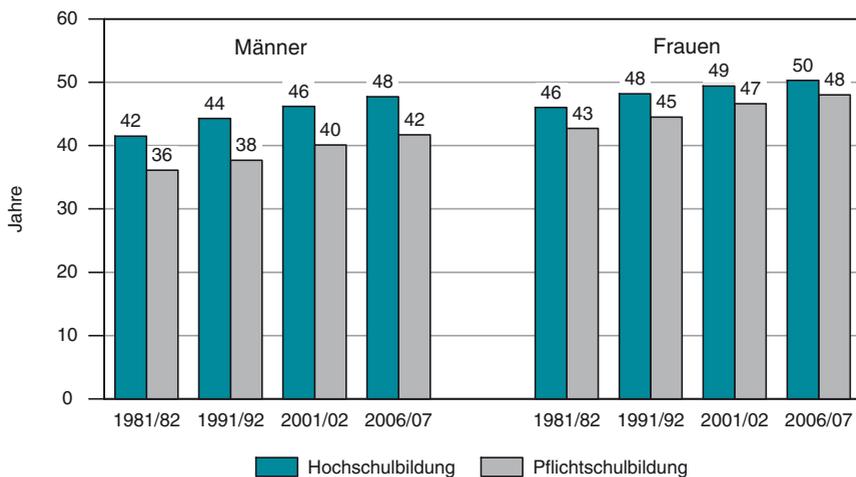
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2010.

Die fernere Lebenserwartung ist seit den 1980er-Jahren sowohl für höhere als auch für niedrige Bildungsschichten deutlich gestiegen. Allerdings bestehen weiterhin klare Unterschiede zwischen den Bildungsschichten. Für Männer ist die Differenz nach erreichtem Bildungsniveau deutlich größer als für Frauen. Die fernere Lebenserwartung für Männer mit Hochschulbildung ist um sechs Jahre höher als für Männer mit Pflichtschulbildung, für Frauen beträgt der Unterschied 2,3 Jahre.

Lebenserwartungsdifferenzen

Abstand (in Jahren) zwischen der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Hochschulbildung und der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Pflichtschulbildung (gerechnet ab dem 35. Geburtstag). Die Berechnung erfolgt auf Basis von Periodensterbetafeln, getrennt nach Geschlecht. Unterschiede in der ferneren Lebenserwartung zwischen verschiedenen Bildungsniveaus können nur in größeren Zeitabständen berechnet werden (vgl. Klotz 2007).

Grafik 31: Fernere Lebenserwartung mit 35 Jahren 1981/82-2006/07



Q: STATISTIK AUSTRIA, Verknüpfung von Volkszählungsdaten mit Gestorbenenendaten.

5. DIE ROLLE DER SOZIALLEISTUNGEN BEI DER VORBEUGUNG VON ARMUTSGEFÄHRDUNG

Monetäre Sozialtransfers bilden eine zentrale Säule des Sozialstaats, wenngleich auch Zielsetzung und Vergabekriterien einer großen Bandbreite unterliegen. Als gesellschaftspolitisches Instrument können Sozialleistungen bestimmte Verhaltensweisen durch Bezugsberechtigung fördern und nicht erwünschte Lebensweisen erschweren. Der alleinige Bezug von Sozialleistungen kann die Existenz von Einkommensarmut nicht verhindern, Sozialleistungen können jedoch niedrige Haushaltseinkommen ergänzen und tragen so in bestimmten Bevölkerungsgruppen zum Erhalt eines gewissen Lebensstandards bei. So leisten sie einen Beitrag zur Verringerung der Armutsgefährdung.

Neben primär zur Armutsreduktion konzipierten Leistungen wie der Sozialhilfe und anderen bedarfsorientierten Leistungen (z.B. Wohnbeihilfe) wirken weitere Transferleistungen im Fall von Pensionierung, Krankheit, Invalidität oder Arbeitslosigkeit als Einkommensersatz. Sie stellen so vielfach – gerade für Haushalte mit niedrigem Einkommen – einen wichtigen Bestandteil des gesamten Haushaltseinkommens dar. Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch Sozialleistungen, die in bestimmten Lebensphasen zur Abdeckung zusätzlicher Kosten ausgezahlt werden, wie Familienbeihilfe und Pflegegeld.

Laut EU-SILC 2010 tragen Altersleistungen mit 38,2 Mrd. Euro zum Bruttoeinkommen der privaten Haushalte bei, Sozialleistungen machen 13,9 Mrd. Euro aus.⁴² Übersicht 42 zeigt die unterschiedliche Bedeutung von Sozialleistungen und Pensionen für den Lebensstandard verschiedener Haushaltstypen. Durchschnittlich 36% des verfügbaren Einkommens der österreichischen Privathaushalte stammen aus Leistungen der öffentlichen Hand. Mit einem Anteil von 21% machen Pensionen mehr als die Hälfte davon aus.

⁴² Vgl. Tabelle 11.1b im Tabellenband zu EU-SILC 2010. Sozialleistungen enthalten auch Pensionen, die vor dem gesetzlichen Pensionsalter bezogen werden. Nichtmonetäre Leistungen sind nicht erfasst.

Übersicht 42: Anteil der Sozialleistungen und Pensionen am verfügbaren Einkommen

Haushaltstyp	Anzahl Personen in 1.000	Median des verfügbaren Haushaltseinkommens pro Jahr in Euro	Relativer Anteil am verfügbaren Haushaltseinkommen		
			Sozialleistungen	Pensionen	Sozialleistungen plus Pensionen
			in %		
Insgesamt	8.283	31.125	15	21	36
Haushalte mit Pension	1.695	22.701	3	90	93
davon nicht armutsgefährdet	2.548	25.707	3	89	92
davon armutsgefährdet	423	10.959	3	94	97
Alleinlebend männlich	136	19.452	2	96	98
Alleinlebend weiblich	419	15.985	1	97	98
Mehrpersonenhaushalte	1.141	31.752	3	87	90
Haushalte ohne Pension	6.588	35.470	18	4	22
davon nicht armutsgefährdet	5.835	39.127	14	4	18
davon armutsgefährdet	753	11.778	50	3	53
Alleinlebende Männer	416	20.238	19	0	19
Alleinlebende Frauen	334	18.820	22	0	22
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.925	43.791	11	8	19
Haushalte mit Kindern	3.913	42.527	21	3	24
Ein-Eltern-Haushalt	292	25.133	35	0	35
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.441	45.729	15	2	17
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.470	44.149	20	2	22
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	710	45.078	32	2	34
Haushalt mit jüngstem Kind ...					
bis 3 Jahre	1.164	38.018	30	2	32
4 bis 6 Jahre	546	38.307	20	2	22
über 6 Jahre	2.280	46.334	17	4	21
Haushalte mit ...					
Behinderung (im Erwerbsalter)	744	32.046	29	18	47
Arbeitslosigkeit					
Kurzzeit <6 Monate	1.038	33.292	22	5	27
Langzeit ≥12 Monate	681	27.065	39	10	49
ausl. Mitglied (Nicht EU/EFTA)	904	29.548	30	5	35
Eingebürgerten (ohne ausländ. Mitglied)	302	29.421	29	9	38

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - Personen in Haushalten. - Haushalte mit ausländischen Mitgliedern und Haushalte mit Eingebürgerten sind nicht überschneidend: Haushalte mit Eingebürgerten (Nicht EU/EFTA) enthalten per Definition keine Ausländerinnen und Ausländer. Sozialleistungen umfassen Familien-, Bildungs-, Arbeitslosen-, Gesundheitsleistungen, Sozialhilfe und Wohnbeihilfen sowie Pensionen von Personen im Erwerbsalter.

In armutsgefährdeten Haushalten mit Pension als Haupteinkommensquelle besteht das Netto-Haushaltseinkommen zu 94% aus Pensionen und zu 3% aus altersunabhängigen Sozialleistungen. In nicht armutsgefährdeten Haushalten mit Pension entfallen 89% des

Haushaltseinkommens auf Pensionen und ebenfalls 3% auf Sozialleistungen. In armutsgefährdeten Haushalten mit anderen Haupteinkommensquellen machen Sozialleistungen die Hälfte (50%) des verfügbaren Haushaltseinkommen aus, lediglich 3% entfallen auf Pensionen. In nicht armutsgefährdeten Haushalten ohne Pension als Haupteinkommensquelle stammen im Durchschnitt 14% aus Sozialleistungen und 4% aus Pensionen.

Armutsgefährdung vor Sozialleistungen und Pensionen

Wird berechnet als Armutsgefährdung nach Abzug von Sozialtransfers und Pensionen vom Haushaltseinkommen, unter Beibehaltung der Armutsgefährdungsschwelle inklusive Sozialleistungen und Pensionen bei 60% des Medians. Die Armutsgefährdung beträgt in der Gesamtbevölkerung laut EU-SILC 2010 12%. Würde man bei gleichbleibender Schwelle die Armutsgefährdung anhand des Einkommens ohne Sozialtransfers und Pensionen berechnen, würde sie 43% betragen (nur ohne Pensionen und Hinterbliebenenleistungen 36% bzw. nur ohne Sozialtransfers 24%). Ohne Familien- und Bildungsleistungen, aber mit allen anderen Leistungen würde die Armutsgefährdung 19% betragen, ohne Arbeitslosenleistungen 15% usw. Es handelt sich um eine rein fiktive Berechnung, da sich bei Wegfall der Sozialleistungen auch der Median des Haushaltseinkommens ändern würde. Unter der Annahme einer gleichbleibenden Schwelle kann der Einfluss von Sozialleistungen für unterschiedliche Gruppen und Lebensphasen dargestellt werden (vgl. Übersicht 43).

Berücksichtigt werden alle Sozialleistungen und Pensionen der öffentlichen Hand: Familienleistungen (Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatliche Unterhaltsvorschüsse, Hinterbliebenenleistungen), Arbeitslosenleistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Leistung zur Deckung des Lebensunterhalts, vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit), Gesundheitsleistungen (Krankengeld; Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension vor Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters; sonstige Unfall- und Krankenleistungen), Bildungsleistungen (Stipendien und Studienbeihilfen, Studiengebührenrückerstattung, sonstige Bildungsleistungen), Wohnbeihilfen und Sozialhilfe. Als Pensionen gelten Leistungen für Personen im Pensionsalter (Frauen ab 60, Männer ab 65 Jahre), das sind neben Eigen- und Hinterbliebenenpensionen auch Unfallrenten, Invaliditätspensionen und Pflegegeld (ab Erreichen des Pensionsalters).

Um die Verringerung des Armutsrisikos durch Sozialleistungen darzustellen, werden in Übersicht 43 Sozialleistungen von den Gesamteinkommen der Haushalte abgezogen. Dadurch wird sichtbar, wie viele Personen armutsgefährdet wären, wenn dem Haushalt nur Einkünfte aus Arbeit und Vermögen (Primäreinkommen) und aus privaten Transfers zur Verfügung stünden. Die Armutsgefährdungsschwelle bleibt für diese Berechnung unverändert bei monatlich 1.031 Euro für einen Einpersonenhaushalt. Mit Sozialleistungen und Pensionen beträgt die Armutsgefährdungsquote 12%. Ohne altersunabhängige Sozialleistungen befänden sich mit 24% doppelt so viele Menschen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, ohne Pensionen und Sozialleistungen läge die Armutsgefährdungsquote sogar bei 43%. Demnach verringert sich die Zahl der Armutsgefährdeten durch staatliche Transfer- und Versicherungsleistungen von rund 3,6 Millionen auf rund eine Million.

Bei Familien ist der Anteil der Sozialleistungen überdurchschnittlich hoch, vor allem, wenn es Kinder bis drei Jahre im Haushalt gibt, ebenso bei Ein-Eltern-Haushalten und bei Familien mit drei oder mehr Kindern. Hauptursache hierfür ist die geringere Erwerbsbeteiligung der Frauen in diesen Haushaltsformen, wodurch den Sozialtransfers – v.a. Familienleistungen wie Kinderbetreuungsgeld und Familienbeihilfe – größere Bedeutung zukommt. Das erhöhte Armutsrisiko für Ein-Eltern-Haushalte und Familien mit drei oder mehr Kindern macht jedoch auch deutlich, dass diese Leistungen angesichts des höheren Bedarfs kein gleichwertiger Ersatz für fehlende Erwerbseinkommen sind.

Trotzdem können speziell Familienleistungen in Haushalten mit Kindern die Armutsgefährdung um mehr als die Hälfte reduzieren. In Haushalten mit einem Kind sinkt die Armutsgefährdung aufgrund aller Sozialleistungen von 17% auf 7%, in Haushalten mit zwei Kindern von 30% auf 11% und in Haushalten mit drei und mehr Kindern von 53% auf 18%. Das Armutsrisiko von Haushalten mit mehr als zwei Kindern bleibt also auch nach Berücksichtigung von Sozialleistungen stark erhöht.

Übersicht 43: Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen nach Haushaltzusammensetzung

Haushaltstyp	Anzahl Personen in 1.000	Armutsgefährdungsquote							
		vor ...							
		nach Sozialleistungen und Pensionen	Pensionen u. Sozialleistungen	Pensionen u. Hinterbliebenenleistungen	Sozialleistungen	Familien-/Bildungsleistungen	Arbeitslosenleistungen	Gesundheitsleistungen	Sozialhilfe/Wohnbeihilfe
Insgesamt	8.283	12	43	36	24	19	15	14	13
Haushalte mit Pension	1.695	15	96	100	18	15	16	15	16
Alleinlebende Männer	136	13	98	100	15	13	14	13	13
Alleinlebende Frauen	419	26	99	100	29	26	26	27	28
Mehrpersonenhaushalt	1.141	11	95	100	14	11	12	11	11
Haushalte ohne Pension	6.588	11	29	19	26	20	14	14	12
Alleinlebend männlich	416	19	29	20	29	20	24	23	20
Alleinlebend weiblich	334	24	33	25	30	25	26	26	25
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.925	6	20	23	14	7	8	10	6
Haushalte mit Kindern	3.913	12	33	17	31	26	15	13	13
Ein-Eltern-Haushalt	292	28	53	29	50	42	33	30	31
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.441	7	20	13	17	12	9	9	8
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.470	11	32	15	30	26	14	11	11
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	710	18	53	22	53	49	24	19	21
Haushalte mit jüngstem Kind ...									
bis 3 Jahre	1.164	15	46	19	44	41	19	15	16
4 bis 6 Jahre	546	13	38	16	36	30	18	14	15
über 6 Jahre	2.280	10	28	19	23	18	13	12	11

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.
 Personen in Haushalten. - Pensionen: Alters- und Hinterbliebenenleistungen, Familienleistungen; Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatl. Unterhaltsvorsüsse, Bildungsleistungen; Stipendien und Studienbeihilfen, Studiengebührenrückerstattung, sonstige Bildungsleistungen, Arbeitslosenleistungen; Arbeitslosengeld, Nothandhilfe, Altersteilzeit (Beitrag vom AMS), Leistung zur Deckung des Lebensunterhalts, vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit, andere Arbeitslosenleistungen. Gesundheitsleistungen: Krankengeld, Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension von Personen unterhalb des Pensioensalters, sonstige Unfall- und Krankenleistungen, Sozialhilfe: Einmaltzahlungen und Dauerleistungen.

Ohne Familien- und gewissen Bildungsleistungen betrüge die Armutsgefährdungsquote von Familien mit einem Kind 12%, mit zwei Kindern 26%, und in Familien mit drei und mehr Kindern hätte fast die Hälfte (49%) ein Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle.

Ein-Eltern-Haushalte sind in besonders hohem Maße von staatlichen Leistungen abhängig. Ohne Sozialtransfers wäre die Hälfte der Personen in Ein-Eltern-Haushalten armutsgefährdet. Jedoch auch mit Sozialtransfers verbleiben 28% unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Ohne Familien- und Bildungsleistungen wären in Ein-Eltern-Haushalten 42% betroffen.

Nach dem Alter des jüngsten Kindes zeigt sich die größte Bedeutung von Sozialleistungen zur Reduktion des Armutsrisikos bei Haushalten mit Kleinkindern bis drei Jahren, die Armutsgefährdungsquote bleibt jedoch mit 15% auch hier nach Sozialleistungen und Pensionen erhöht. Vor Familien- und Bildungsleistungen liegen die äquivalisierten Haushaltseinkommen von 44% der Personen in Haushalten mit Kleinkindern unter dem Schwellenwert.

In Haushalten ohne Pension und ohne Kinder sind es vor allem Gesundheits- und Arbeitslosenleistungen, die die Armutsgefährdung senken: Für Mehrpersonenhaushalte reduziert sich das Risiko durch alle Sozialleistungen um mehr als die Hälfte. Letztendlich hat diese Gruppe eine Armutsgefährdungsquote von nur 6%. Alleinlebende Männer ohne Pension wären ohne Sozialleistungen zu 29% armutsgefährdet, Frauen zu 30% – mit Sozialleistungen und Pensionen sind es 19% der Männer und 24% der Frauen.

Eine geringe Bedeutung haben altersunabhängige Sozialleistungen für Haushalte mit Pensionsbezug (3% des Haushaltseinkommens), Pensionen stellen 90% des Haushaltseinkommens dar. Ohne Pensionen wären fast alle Pensionistinnen und Pensionisten armutsgefährdet. Die unterschiedliche Armutsgefährdung von alleinlebenden

Männern (13%) und Frauen (26%) ist auf die höhere Zahl der Ausgleichszulagenbezüge vor allem bei Witwen zurückzuführen.

Für Haushalte mit einer Person mit Behinderung im Erwerbsalter sind Pensionen (18% des Haushaltseinkommens) und Sozialleistungen (29%) wichtige Einkommensquellen (vgl. Übersicht 44). Fast die Hälfte ihres Einkommens (47%) stammt aus öffentlichen Transferleistungen. Das Pflegegeld ist ein Ersatz für mit Krankheit und Behinderung einhergehende Zusatzkosten und erhöht den Lebensstandard nicht im gleichen Ausmaß. Sozialtransfers und Pensionen senken die Armutsgefährdung von Personen in diesen Haushalten von 57% auf 13%.

In Langzeitarbeitslosenhaushalten machen Sozialleistungen durchschnittlich 39% des Einkommens aus, ein Großteil stammt aus Arbeitslosenleistungen (vgl. Übersicht 42). Durch diese und andere Sozialleistungen (v.a. auch familienbezogene Leistungen) wird das Armutsrisiko von 57% auf 29% gesenkt (vgl. Übersicht 44). Die hohe Armutsgefährdungsquote verdeutlicht jedoch, dass diese Sozialleistungen vielen dieser Haushalte kein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle ermöglichen können.

Gegenüber der Gesamtbevölkerung, für die sich im Schnitt das Risiko der Einkommensarmut um mehr als zwei Drittel reduziert, erfahren Personen in Haushalten mit Migrantinnen und Migranten keine so deutliche Reduktion ihres Armutsrisikos durch Sozialleistungen und Pensionen. Haushalte mit mindestens einer ausländischen Person (aus einem Nicht-EU/EFTA-Staat) beziehen 30% ihres Einkommens aus Sozialleistungen (Übersicht 42). Pensionen spielen bei ihnen aufgrund der Altersstruktur eine untergeordnete Rolle (5%). Der Anteil von Sozialleistungen und Pensionen zusammen bleibt bei dieser Gruppe unter dem Durchschnitt. Bei Haushalten mit Eingebürgerten ist der Anteil der Pensionen am Haushaltseinkommen etwas höher (9%). Insgesamt führen staatliche Leistungen bei Haushalten mit ausländischen Personen zu einer Senkung des Armutsrisikos von 61% auf 30% (vgl. Übersicht 44). Familienleistungen

kommt, gefolgt von Arbeitslosen- und Gesundheitsleistungen, die größte Bedeutung zu. Auch in Haushalten mit Eingebürgerten verhält es sich ähnlich: Der Effekt von Sozialleistungen und Pensionen auf die Armutsgefährdung ist etwas geringer als bei der Gesamtbevölkerung, aber auch ihr Armutsrisiko wäre ohne Transferleistungen noch deutlich höher (54% im Vergleich zu 24%).

Übersicht 44: Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen in ausgewählten Risikogruppen

	Anzahl Pers. in 1.000	Armutsgefährdungsquote							
		nach Sozialleistungen und Pensionen	vor ...						
			Pensionen u. Sozialleistungen	Pensionen u. Hinterbliebenenleistungen	Sozialleistungen	Familien-/Bildungsleistungen	Arbeitslosenleistungen	Gesundheitsleistungen	Sozialhilfe/Wohnbeihilfe
in %									
Insgesamt	8.283	12	43	36	24	19	15	14	13
Haushalt mit ...									
Behinderung (im Erwerbsalter)	744	13	57	41	41	23	19	23	15
Arbeitslosigkeit									
Kurzzeit <6 Monate	1.038	12	44	21	39	27	21	13	13
Langzeit >= 12 M.	681	29	66	42	57	45	42	31	31
ausl. Mitglied (Nicht EU/EFTA)	904	30	61	37	59	53	37	32	32
Eingebürgerten (ohne ausl. Staatsb.)	302	24	54	33	46	37	32	26	27

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

Personen in Haushalten. Haushalte mit ausländischen Mitgliedern und Haushalte mit Eingebürgerten sind nicht überschneidend: Haushalte mit Eingebürgerten (aus Nicht-EU/EFTA) enthalten per Definition keine Ausländerinnen und Ausländer. Pensionen: Alters- und Hinterbliebenenleistungen. Familienleistungen: Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatl. Unterhaltsvorschüsse. Bildungsleistungen: Stipendien und Studienbeihilfen, Studiengebührenrückerstattung, sonstige Bildungsleistungen. Arbeitslosenleistungen: Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Leistung zur Deckung des Lebensunterhalts, vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit, andere Arbeitslosenleistungen. Gesundheitsleistungen: Krankengeld, Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension von Personen unterhalb des Pensionsalters, sonstige Unfall- und Krankenleistungen. Sozialhilfe: Einmalzahlungen und Dauerleistungen.

Diese Analyse bringt die wichtige Funktion von Sozialtransfers und Pensionen zum Ausdruck, und es wird deutlich, wie abhängig einkommensschwache Haushalte und Haushalte in speziellen Lebenssituationen von Sozialtransfers sind. Prinzipiell ist der

Anteil der Sozialtransfers bei Haushalten mit geringem Einkommen höher – was aber nicht mit einem absolut höheren Leistungsniveau verwechselt werden darf. Wenn auch die primäre Zielsetzung von Sozialleistungen (mit Ausnahme der bedarfsabhängigen Leistungen) nicht in der Reduktion von Armut liegt, werden durch Sozialleistungen Armutsrisiken deutlich verringert.

6. ANHANG: VERTEILUNG DER HAUSHALTSEINKOMMEN IN ÖSTERREICH

Neben der Berichterstattung zu Armut und sozialer Eingliederung ermöglichen die Daten aus EU-SILC als einzige für wissenschaftliche Zwecke verfügbare Datenquelle dieser Art auch Analysen über die Verteilung der Einkommen von Privathaushalten in Österreich. Unter Berücksichtigung der Höhe des gesamten Einkommens, das in einem Haushalt verfügbar ist, und des unterstellten Einkommensbedarfs der darin lebenden Personen kann im Gegensatz zur isolierten Betrachtung von Personeneinkommen indirekt auf den Lebensstandard ganzer Haushalte geschlossen werden. Um Vergleichbarkeit zu gewährleisten, folgen die angewandten Konzepte EU-Konventionen.

6.1. Einkommen privater Haushalte in Österreich

Zunächst wird die Zusammensetzung und Verteilung der Einkommen von Privathaushalten in Österreich dargestellt und über den Lebensstandard verschiedener Bevölkerungsgruppen berichtet.

EU-SILC erhebt die Haushaltseinkommen von Privathaushalten über freiwillige Angaben der befragten Personen und anschließende Hochrechnung. Die Erfassung der Einkommenskomponenten folgt Empfehlungen der Canberra-Group, einer internationalen Expertinnen- und Expertengruppe, die im Jahr 2001 Richtlinien für vergleichbare Haushaltseinkommensstatistiken erarbeitet hat.⁴³ Erhoben werden laufende Einkommen, sowohl netto als auch brutto, über den Berichtszeitraum eines Jahres. Als Referenzzeitraum für den Einkommensbezug gilt jeweils das Vorjahr, in der Erhebung EU-SILC 2010 also das Jahr 2009. Die Haushaltszusammensetzung und die Lebenssituation sind hingegen überwiegend auf den Erhebungszeitpunkt bezogen. Um starke Diver-

⁴³ Vgl. Expert Group on Household Income Statistics (2001). Im Jahr 2010 wurde im Rahmen einer UNECE Task Force eine Aktualisierung des Canberra Handbuchs vorgenommen.

genzen zwischen den Bezugszeitpunkten zu vermeiden, wird die Erhebung möglichst zeitnahe zum Vorjahr durchgeführt. Das Vorjahreseinkommen wird als Näherung des aktuellen Jahreseinkommens verstanden.

Über das laufende Haushaltseinkommen wird der materielle Lebensstandard der Haushaltsmitglieder abgebildet. Dabei wird unterstellt, dass laufendes Einkommen auch laufend ausgegeben werden kann und den aktuellen Lebensstandard dadurch direkt beeinflusst. Darüber hinausgehende Einflussfaktoren wie Vermögensbestände, Vermögensauflösungen und Schulden werden in EU-SILC nicht berücksichtigt.

Übersicht 45: Einkommensbestandteile in EU-SILC zur Ermittlung des Haushaltseinkommens

Haushaltsebene:

- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung
- Familienleistungen
- Wohnungsbeihilfen
- Geleistete und erhaltene Privattransfers
- Wert der für den Eigenverbrauch produzierten Waren

Personenebene:

- Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Geldwerte und Firmen-PKW
- Gewinn/Verlust aus selbständiger Arbeit
- Arbeitslosenleistungen
- Altersleistungen
- Hinterbliebenenleistungen
- Krankengeld
- Invaliditätsleistungen
- Zinsen, Dividenden, Gewinne aus Kapitalanlagen
- Einkommensteuernachzahlung/-erstattung
- Sonstige Leistungen gegen soziale Ausgrenzung
- Bildungsleistungen
- Privatpensionen

Q: STATISTIK AUSTRIA.

Einkommen auf Haushaltsebene und alle Einkommen von Personen ab 16 Jahren⁴⁴ werden zunächst getrennt erfasst und zu einem Jahreseinkommen summiert (Übersicht 45). Auf Personenebene fließen selbständige und unselbständige Einkommen sowie Erwerbseinkommensbestandteile wie Sonderzahlungen, Trinkgelder oder Prämien ein⁴⁵. Ebenso erfasst werden Pensionen, Sozialtransfers, laufende Einkommen aus Vermögen und Einkommen aus Kapitalbeteiligungen, Vermietung und Verpachtung. 2010 werden erstmals auch Privatpensionen als Bestandteil des Haushaltseinkommens in die Berechnung einbezogen. Durch den Abzug von Steuern und Sozialabgaben errechnet sich das Nettohaushaltseinkommen. Das verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich durch den Abzug von geleisteten bzw. das Hinzurechnen erhaltener Unterhaltszahlungen und sonstiger Privattransfers zwischen Haushalten.

Das verfügbare Einkommen der hochgerechnet etwa 3,6 Millionen österreichischen Privathaushalte wird in EU-SILC 2010 für das Jahr 2009 auf etwa 132,6 Mrd. Euro geschätzt (Übersicht 46). Dieser Wert liegt etwa 5% über dem Vergleichswert des Vorjahres.

Das Brutto-Markteinkommen oder Faktoreinkommen setzt sich aus den Einkommen aus Arbeit, Kapital und Grundbesitz zusammen und beträgt rund 128,7 Mrd. Euro. Das Bruttogesamteinkommen, das sich aus Markteinkommen und Pensionen zusammensetzt, beträgt 167 Mrd. Euro. Zieht man davon Steuern und Abgaben ab und berücksichtigt erhaltene Sozialleistungen, ergibt sich ein Nettoeinkommen von 132,5 Mrd. Euro. Durch das Abziehen bzw. Hinzurechnen privater Transferzahlungen wird das verfügbare Einkommen berechnet, dieses beträgt 132,6 Mrd. Euro. Werden die Wohnkosten von insgesamt 20,1 Mrd. Euro abgezogen, so verringert sich das verfügbare Haushaltseinkommen von Privathaushalten in Österreich auf 112,5 Mrd. Euro.

44 Einkommen von Personen unter 16 Jahren werden auf Haushaltsebene erfasst.

45 Alle Sachleistungen für unselbständig Erwerbstätige werden erhoben, in das Haushaltseinkommen fließt jedoch nur der Wert der privaten Nutzung eines Firmenfahrzeugs ein. Vgl. „Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008“.

Übersicht 46: Verteilung des Einkommens privater Haushalte

	Anzahl der Haushalte in 1.000	10%	25%	50%	75%	90%	Arithmetisches Mittel	Summe (in Mrd. Euro)
		... haben weniger als ... Euro						
Markteinkommen (Brutto)	3.002	563	14.213	34.491	58.156	88.807	42.866	128,7
Bruttogesamteinkommen	3.531	12.826	22.817	37.581	60.279	89.643	47.292	167,0
Nettoeinkommen	3.620	12.850	19.551	31.000	46.772	64.807	36.587	132,5
Verfügbares Einkommen	3.624	13.032	19.559	31.124	46.601	64.757	36.598	132,6
Haushaltsbudget nach Wohnkosten	3.624	8.658	14.707	25.376	40.416	58.281	31.037	112,5

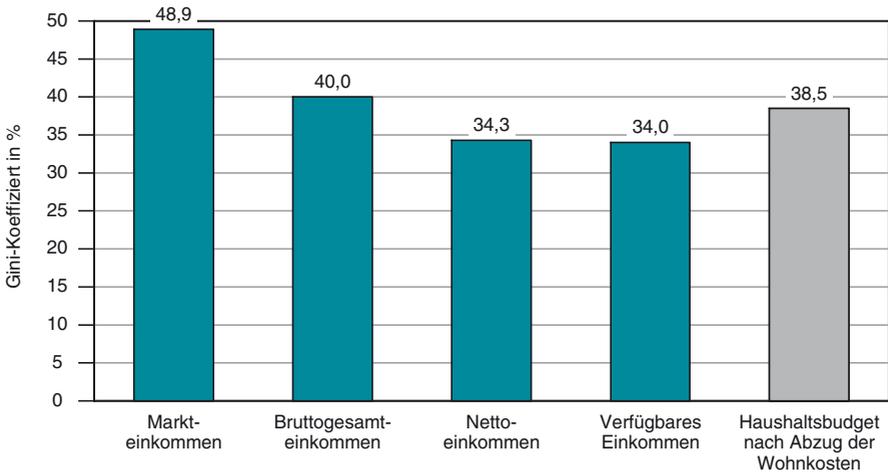
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

Ein Maß für die Ungleichverteilung von Einkommen und die Einkommenskonzentration ist der Gini-Koeffizient. Dessen Wert beträgt 0%, wenn alle Haushalte über Einkommen in derselben Höhe verfügen. Besitzt ein Haushalt das gesamte Einkommen, liegt der Gini-Koeffizient bei 100%.

Eine Übersicht über Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Haushaltseinkommen zeigt Grafik 32. Mit einem Wert des Gini-Koeffizienten von 48,9% zeigt sich die größte Ungleichverteilung der Einkommen bei den Markteinkommen. Unter Berücksichtigung von Pensionseinkommen liegt die Ungleichverteilung beim Bruttogesamteinkommen bei 40%. Nach Abzug von Steuern und Abgaben beträgt diese beim Nettoeinkommen 34,3%. Durch die Berücksichtigung von privaten Transferzahlungen ergibt sich das verfügbare Einkommen, bei dem die Ungleichverteilung mit 34,0% nur etwas geringer ist. Unter Berücksichtigung von Wohnkosten ist die Ungleichverteilung mit 38,5% wiederum höher.

Auf diese Weise können Ungleichheiten zwischen Haushalten nur bedingt dargestellt werden. Die Zusammensetzung der Haushalte und etwaige Kostenersparnisse aufgrund gemeinsamer Haushaltsführung bleiben unberücksichtigt. Aus diesem Grund wird in vergleichenden Analysen üblicherweise das Äquivalenzeinkommen (gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) für die Darstellung des Lebensstandards verwendet.

Grafik 32: Gini-Koeffizient für die Verteilung der Haushaltseinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

6.2. Verteilung der äquivalisierten Einkommen in der Bevölkerung

In EU-SILC wird zunächst die Einkommenssituation von Haushalten und Personen erfasst. In einem nächsten Schritt werden die verfügbaren Ressourcen dem (rechnerisch unterstellten) Bedarf des Haushalts gegenübergestellt, um so näherungsweise den Lebensstandard der Haushalte abzubilden. Die Annahme des Ressourcenbedarfs richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße und dem Alter der Haushaltsmitglieder. Die Gewichtung der einzelnen Haushaltsmitglieder ermöglicht die Berechnung eines äquivalisierten Haushaltseinkommens.⁴⁶ Dieses Maß gilt als Indikator für den materiellen Lebensstandard jedes einzelnen Haushaltsmitglieds und ermöglicht die Vergleichbarkeit zwischen Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung.

⁴⁶ Die verwendete EU-Skala gewichtet die erste erwachsene Person im Haushalt mit einem Konsumäquivalent von 1, jeden weiteren Erwachsenen mit 0,5 und jedes Kind (bis 13 Jahre) mit 0,3. Die Berechnung des Äquivalenzeinkommens wird auf Seite 32 erläutert.

Um die Verteilung des Äquivalenzeinkommens in der Bevölkerung zu beschreiben, werden über die Höhe des Einkommens Einkommensgruppen relativ zur Einkommensverteilung definiert. Der Perzentilwert entspricht jenem Äquivalenzeinkommen, unterhalb dessen 10%, 20%, 25% usw. der Bevölkerung positioniert sind. Die jeweiligen Einkommensgruppen zwischen den Perzentilwerten werden als Einkommenszehntel bzw. -viertel usw. bezeichnet. Jedes Einkommenszehntel umfasst dabei rund 828.000 Personen, jedes Einkommensviertel etwa 2,1 Mio. Personen.

Übersicht 47 zeigt, dass dem untersten Einkommenszehntel in Österreich maximal 11.503 Euro pro Jahr zur Verfügung stehen, dem obersten Einkommenszehntel hingegen mindestens 36.737 Euro. Personen im obersten Einkommenszehntel steht somit mindestens ein rund dreimal so hohes Äquivalenzeinkommen zur Verfügung wie Personen des untersten Einkommenszehntels. In Summe verfügt das oberste Einkommenszehntel über 22%, das unterste über 4% des gesamten Äquivalenzeinkommens.

Übersicht 47: Verteilungsperzentile des Äquivalenzeinkommens von Personen

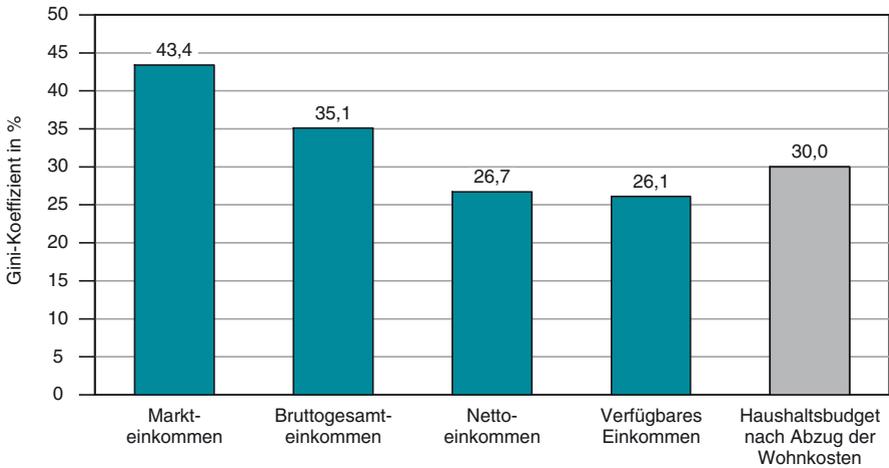
	Einkommensgrenze in Euro	% vom Äquivalenz- einkommen
Unterstes Einkommenszehntel weniger als	11.503	4
Unterstes Einkommensviertel weniger als	15.570	13
2. Einkommensviertel weniger als	20.618	20
3. Einkommensviertel weniger als	27.504	26
Oberstes Einkommensviertel mehr als	27.503	42
Oberstes Einkommenszehntel mehr als	36.737	22

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

Der Gini-Koeffizient als Maß für die Ungleichverteilung ist bei Berücksichtigung der Haushaltsgröße durch die Äquivalisierung deutlich niedriger (Grafik 33). Die äquivalisierten Markteinkommen sind mit 43,4% deutlich weniger ungleich verteilt als die nicht äquivalisierten. Die Ungleichverteilung ist durch das Hinzurechnen der Pensionen mit 35% weniger hoch und durch den Abzug von Steuern und Abzügen mit 26,7% noch

geringer. Unter Berücksichtigung von privaten Transfers – im Wesentlichen Unterhaltsleistungen – beträgt die Ungleichverteilung 26,1%. Werden Wohnkosten von diesem verfügbaren Einkommen abgezogen, liegt sie um 3,9 Prozentpunkte höher. Die Umverteilung durch Wohnkosten entspricht somit etwa der Hälfte des gesamten Umverteilungseffekts durch Steuern und Sozialleistungen – jedoch in umgekehrter Richtung.

Grafik 33: Gini-Koeffizient für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

6.3. Die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens

Im folgenden Abschnitt wird die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens österreichischer Privathaushalte analysiert.

Über die Hälfte des äquivalisierten Haushaltseinkommens stammt aus unselbständiger Arbeit (57%). Gemeinsam mit Einkommen aus selbständiger Arbeit machen Einkommen

aus Erwerbsarbeit somit etwa zwei Drittel des Äquivalenzeinkommens österreichischer Privathaushalte aus. 30% des äquivalisierten Haushaltseinkommens stammen aus Sozialleistungen: Altersunabhängige Sozialleistungen stellen dabei einen Anteil von 11%, Pensionen von 19%. Private Einkommen (private Transferzahlungen) haben mit 4% den geringsten Anteil am Äquivalenzeinkommen.⁴⁷

Die Haushaltszusammensetzung und die Lebenssituation der Haushaltsmitglieder sind ausschlaggebend für die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens. So besteht das äquivalisierte Haushaltseinkommen bei Personen in Haushalten mit Pensionen als Haupteinkommensquelle zu 88% aus Pensionen, bei alleinlebenden Personen sogar zu über 90%. In Haushalten mit anderen Haupteinkommensquellen machen Erwerbseinkommen aus unselbständiger Arbeit den Großteil des äquivalisierten Haushaltseinkommens aus: Der Anteil liegt zwischen 52% in Ein-Eltern-Haushalten und 71% in Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind. Sozialleistungen machen bei Personen in Haushalten ohne Pensionen zwischen 7% (in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder) und 27% (in Ein-Eltern-Haushalten) des äquivalisierten Haushaltseinkommens aus. Private Transfers haben die geringste Bedeutung für das Haushaltseinkommen, lediglich in Ein-Eltern-Haushalten beträgt ihr Anteil mehr als 10% am Äquivalenzeinkommen der darin lebenden Personen.

6.4. Relativer Lebensstandard verschiedener Bevölkerungsgruppen

Das äquivalisierte Haushaltseinkommen dient als Indikator für den materiellen Lebensstandard. Wird das äquivalisierte Einkommen einer Person in Bezug zum medianen Äquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung gesetzt, können relative Unterschiede im Lebensstandard dargestellt werden. Der als Verfügbarkeit von finanziellen Ressourcen definierte Lebensstandard hängt neben der jeweiligen Haushaltszusammensetzung

⁴⁷ Vgl. Tabellenband EU-SILC 2010, Tabellen 1.6a und 1.6b.

auch mit individuellen soziodemographischen Merkmalen wie Geschlecht, Alter, Bildung und Erwerbsstatus zusammen.

Als Kenngröße zur Beschreibung des Lebensstandards österreichischer Privathaushalte wird das Medianeinkommen herangezogen. Der Median teilt die Einkommensverteilung in exakt zwei gleiche Teile, d.h. jeweils die Hälfte der Personen verfügt über weniger Äquivalenzeinkommen als diesen Wert, die Hälfte der Personen verfügt über mehr. Der Median des Äquivalenzeinkommens kann daher als mittlerer Lebensstandard bezeichnet werden und beträgt laut EU-SILC 2010 20.618 Euro (Übersicht 48). Über Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind bei der Betrachtung des Äquivalenzeinkommens nur eingeschränkte Aussagen möglich, da dieses Einkommen von der jeweiligen Haushaltszusammensetzung abhängt. Das Äquivalenzeinkommen von Männern liegt insgesamt etwas über dem medianen Äquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung, das Äquivalenzeinkommen von Frauen entspricht im Median etwa dem der Gesamtbevölkerung. Am größten ist der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern in der Altersgruppe ab 65 Jahren, am geringsten in der Altersgruppe von 40 bis 64 Jahren.

Je nach Haushaltszusammensetzung zeigen sich recht deutliche Unterschiede im Lebensstandard. Haushalte mit Pension als Haupteinkommensquelle verfügen über die geringsten Medianäquivalenzeinkommen, außerdem zeigen sich in diesem Haushaltstyp deutlich geschlechtsspezifische Unterschiede bei alleinlebenden Personen. Das Einkommen von alleinlebenden Männern mit Pensionsbezug beträgt 94% des durchschnittlichen Medianlebensstandards, das Einkommen von alleinlebenden Frauen mit Pension 78% davon. Unter Haushalten ohne Pension als Haupteinkommensquelle weisen Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und Mehrpersonenhaushalte mit nur einem Kind ein überdurchschnittliches Äquivalenzeinkommen auf. Über ein stark unterdurchschnittliches Äquivalenzeinkommen verfügen Personen in Ein-Eltern-Haushalten und Mehrpersonenhaushalten mit mehr als einem Kind.

Übersicht 48: Relativer Lebensstandard nach Geschlecht, Alter und Haushaltsform

	Personen		Medianlebensstandard	
	in 1.000	in %	in Euro	in %
Insgesamt	8.283	100	20.618	100
Alter				
Bis 19 Jahre	1.735	21	18.615	90
20 bis 39 Jahre	2.117	26	20.794	101
40 bis 64 Jahre	3.017	36	22.557	109
65 Jahre +	1.414	17	18.994	92
Männer (ab 20 Jahren)	3.158	38	21.666	105
20 bis 39 Jahre	1.062	13	21.130	102
40 bis 64 Jahre	1.495	18	22.806	111
65 Jahre +	601	7	20.239	98
Frauen (ab 20 Jahren)	3.390	41	20.694	100
20 bis 39 Jahre	1.055	13	20.272	98
40 bis 64 Jahre	1.521	18	22.312	108
65 Jahre +	813	10	18.138	88
Haushalt* mit Pension	1.695	20	18.977	92
Alleinlebende Männer	136	2	19.452	94
Alleinlebende Frauen	419	5	15.985	78
Mehrpersonenhaushalt	1.141	14	19.809	96
Haushalt* ohne Pension	6.588	80	21.049	102
Alleinlebende Männer	416	5	20.238	98
Alleinlebende Frauen	334	4	18.820	91
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.925	23	25.075	122
Haushalt* mit Kindern	3.913	47	19.590	95
Ein-Eltern-Haushalt	292	4	16.108	78
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.441	17	22.094	107
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.470	18	19.412	94
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	710	9	16.999	82

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010.

* Personen in Haushalten.

Das mediane Äquivalenzeinkommen von Personen nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft liegt deutlich unter dem Medianlebensstandard von insgesamt 20.618 Euro jährlich (Übersicht 49). Auch das mediane Äquivalenzeinkommen von eingebürgerten Österreicherinnen und Österreichern liegt um 20% unter dem des Bevölkerungsdurchschnitts. Demgegenüber entspricht das mediane Äquivalenzeinkommen von Personen aus EU- und EFTA-Staaten in etwa dem durchschnittlichen Medianeinkommen in Österreich.

Übersicht 49: Relativer Lebensstandard nach ausgewählten Merkmalen

	Personen		Medianlebensstandard	
	in 1.000	in %	in Euro	in %
Insgesamt	8.283	100	20.618	100
Staatsbürgerschaft				
Österreich	7.376	89	21.078	102
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	276	3	16.459	80
Nicht Österreich	907	11	16.471	80
davon EU/EFTA	349	4	20.497	99
davon sonstiges Ausland	558	7	14.789	72
Höchster Bildungsabschluss				
Max. Pflichtschule	1.749	21	17.109	83
Lehre/mittlere Schule	3.276	40	21.143	103
Matura	1.201	14	24.283	118
Universität	722	9	28.938	140
Haupttätigkeit (2010)				
Erwerbstätig	3.659	44	23.327	113
davon Vollzeit	2.832	34	23.799	115
davon Teilzeit	827	10	21.553	105
Pension	1.873	23	19.757	96
Arbeitslos	317	4	14.467	70
Haushalt	612	7	16.710	81
In Ausbildung	488	6	19.151	93
Erwerbsbeteiligung des Haushalts (Referenzjahr 2009)				
Keine Person im Erwerbsalter im HH od. Person >59 Jahre ¹⁾	1.854	22	19.677	95
(Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung	497	6	11.760	57
Teilweise Erwerbsbeteiligung	3.192	39	18.744	91
Volle Erwerbsbeteiligung	2.740	33	25.089	122
Haupteinkommensquelle des Haushalts*				
Unselbständige Arbeit	5.047	61	22.107	107
Selbständige Arbeit	642	8	21.600	105
Sozialleistungen	657	8	11.521	56
Pensionen	1.829	22	19.192	93
Private Einkommen	108	1	19.444	94

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010. - Bildung und Haupttätigkeit: Personen ab 16 Jahre. -1) Alle Personen über 59 Jahre oder Personen in Haushalten ohne Person im Erwerbsalter (hier: 18-59 Jahre, ohne Studierende). - Erwerbsbeteiligung des Haushalts (nur Personen bis 59 Jahre): Anteil der Erwerbsmonate aller Personen im Erwerbsalter an der maximal möglichen Erwerbszeit im Haushalt im Referenzjahr. Teilzeiterwerbstätigkeit wird entsprechend dem aktuellen Stundenausmaß anteilsmäßig berücksichtigt. (Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung: <=20%; teilweise Erwerbsbeteiligung: >20% und <85%; volle Erwerbsbeteiligung: >=85%. - * Personen in Haushalten.

Auch Bildung beeinflusst den materiellen Lebensstandard einer Person wesentlich: Je höher der Bildungsabschluss, desto höher ist auch das mediane Äquivalenzeinkommen. Personen mit Pflichtschule als höchstem Bildungsabschluss haben ein um

17% niedrigeres Medianäquivalenzeinkommen als die Gesamtbevölkerung. Bei allen höheren Bildungsabschlüssen liegt auch das mediane Äquivalenzeinkommen über dem mittleren Lebensstandard in Österreich, bei universitär Gebildeten sogar um 40%.

Die Erwerbseinbindung ist ein wichtiger Einflussfaktor für das Lebensstandardniveau einer Person bzw. eines Haushalts. In Haushalten, in denen keine Person zwischen 18 und 59 Jahren (ohne Studierende) erwerbstätig ist oder die Haushaltsmitglieder nur teilweise in den Erwerbsprozess integriert sind, liegen die Äquivalenzeinkommen von Personen unter 59 Jahren deutlich unter dem Median der Gesamtbevölkerung. Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich bei der Unterscheidung nach der Haupteinkommensquelle des Haushalts: Wird das Haushaltseinkommen hauptsächlich aus selbständiger oder unselbständiger Erwerbsarbeit generiert, ermöglicht dies dem Haushalt einen überdurchschnittlichen Lebensstandard. Bilden Pensionen oder Sozialleistungen die Haupteinkommensquelle, liegt das Äquivalenzeinkommen des Haushalts deutlich unter dem Median der Gesamtbevölkerung, bei Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle sogar um 44%.

6.5. Entwicklung des Medianlebensstandards 2004-2010

Die in EU-SILC erfassten Äquivalenzeinkommen steigen zwischen 2004 und 2010 um 18%. Im Durchschnitt steigen die Einkommen somit jährlich um etwa 3%. Im Vergleich zur vorjährigen Berichterstattung liegt der Median des Äquivalenzeinkommens 2010 mit 20.618 Euro um 3,7% höher (2009: 19.886 Euro).

Die in EU-SILC 2010 erfassten Einkommen beziehen sich auf das Jahr 2009, also jenes Jahr, in dem die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auch die österreichische Realwirtschaft erfassten. Der Anstieg des Medianeinkommens privater Haushalte um durchschnittlich 3,7% im Vergleich zum Vorjahr zeigt, dass die Auswirkungen der Krise einerseits durch relativ hohe Lohnabschlüsse im Herbst 2008,

durch die Steuerreform und durch Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete (wie Kurzarbeit, Bildungskarenz, Altersteilzeit und die Einrichtungen von Jugendstiftungen) im Großen und Ganzen abgefangen werden konnten. Allerdings wurden auch mindestsichernde Leistungen vermehrt nachgefragt, so war etwa im ersten Halbjahr 2009 ein Anstieg von Sozialhilfebeziehenden zu beobachten (vgl. Wagner-Pinter 2009, S. 24).

Dennoch waren die Auswirkungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen stärker spürbar: Vor allem Jugendliche und die vorwiegend männlichen Beschäftigten in exportorientierten Bereichen der Sachgütererzeugung galten als erste Betroffene der Krise. Im weiteren Verlauf zählten dann auch Frauen in Dienstleistungsbetrieben dazu.⁴⁸ Diese Entwicklungen spiegeln sich teilweise in den Daten wider, auch wenn hierbei über die Äquivalisierung der Einkommen der Haushaltskontext einbezogen wird: So zählen Männer zwischen 20 und 39 Jahren, Männer über 65 Jahre und Personen mit maximal Pflichtschulabschluss zu jenen Gruppen, deren Medianeinkommen im Jahresvergleich lediglich eine geringfügige Steigerung erfahren hat. Nach Haushaltstyp betrachtet verfügen alleinlebende Männer ohne Pension und Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder 2010 sogar über etwas weniger Einkommen als im Jahr 2009. Eine Einkommenssteigerung über dem Bevölkerungsdurchschnitt zeigt sich für Personen ohne EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft sowie für eingebürgerte Personen aus diesen Ländern. Auch für Personen mit Matura erfuhr das Medianeinkommen 2010 einen überdurchschnittlich hohen Anstieg. Personen in Haushalten mit Pension und in jenen mit mindestens drei Kindern (ohne Pension) hatten im Jahresvergleich 2009 und 2010 ebenfalls mehr äquivalisiertes Einkommen zur Verfügung als der Bevölkerungsdurchschnitt.

Da Inflation und Entwicklung der Lebenserhaltungskosten nicht berücksichtigt werden, kann aus der Steigerung des Äquivalenzeinkommens nicht direkt auf einen höheren

⁴⁸ Vgl. dazu Mahringer (2009).

Übersicht 50: Relativer Medianlebensstandard nach Geschlecht, Alter, Region und Staatsbürgerschaft 2004-2010

	Median des Äquivalenzeinkommens						
	2004 ¹⁾	2005	2006	2007 ²⁾	2008	2009 ³⁾	2010
	in Euro						
Insgesamt	16.856	17.750	17.852	18.153	19.011	19.886	20.618
	in %						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Alter							
Bis 19 Jahre	90	90	90	91	90	92	90
20 bis 39 Jahre	101	103	102	101	101	102	101
40 bis 64 Jahre	108	107	109	110	110	109	109
65 Jahre +	95	97	95	95	93	92	92
Männer (ab 20 Jahren)	106	107	106	107	106	106	105
20 bis 39 Jahre	104	106	104	105	104	106	102
40 bis 64 Jahre	108	108	110	110	110	110	111
65 Jahre +	101	105	102	101	100	99	98
Frauen (ab 20 Jahren)	100	101	101	101	100	100	100
20 bis 39 Jahre	99	100	99	97	97	98	98
40 bis 64 Jahre	108	106	108	109	109	108	108
65 Jahre +	91	92	90	91	89	88	88
Einwohnerzahl in der Region							
Wien	97	106	102	98	98	97	97
>100.000	101	98	97	97	100	95	96
>10.000	101	102	100	104	98	98	97
<=10.000	100	98	100	100	101	101	102
Staatsbürgerschaft							
Österreich	102	102	102	103	103	103	102
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	82	88	79	82	81	75	80
Nicht Österreich	79	80	79	82	79	77	80
davon EU/EFTA	87	98	101	95	97	94	99
davon sonstiges Ausland	77	75	76	75	73	72	72

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2010.

1) Werte aus EU-SILC 2004 und 2005 sind nachträgliche Neuberechnungen nach einer Veränderung des Gewichtungskonzepts im Jahr 2006 und weichen von den jeweiligen Jahrespublikationen ab. - 2) Ab 2007 wird die finanzielle Bewertung von Sachleistungen (Ausnahmen: privat genutzter Firmen-PKW) nicht mehr für Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit berücksichtigt. - 3) Ab 2009 gelten Privatpensionen als Bestandteil des Haushaltseinkommens; die 13. Familienbeihilfe wird berücksichtigt.

Lebensstandard geschlossen werden. Inwieweit verschiedene Bevölkerungsgruppen an der Einkommensentwicklung teilhaben, kann durch den Vergleich des Median-Äquivalenzeinkommens von Untergruppen zu dem der Gesamtbevölkerung in jedem Jahr dargestellt werden (Übersicht 50).

Das Verhältnis des Medianlebensstandards einzelner Bevölkerungsgruppen zu dem der Gesamtbevölkerung bleibt im Zeitraum zwischen 2004 und 2009 konstant. Das heißt, Gruppen mit einem vergleichsweise hohen oder niedrigen Lebensstandard behalten diesen auch über die Jahre bei.

Den höchsten Lebensstandard haben über den gesamten Zeitraum Männer im Erwerbsalter von 40 bis 64 Jahren. Eine Annäherung des Lebensstandards von Frauen

Übersicht 51: Relativer Medianlebensstandard nach Haushaltsform 2004-2010

Haushaltstyp	Median des Äquivalenzeinkommens						
	2004 ¹⁾	2005	2006	2007 ²⁾	2008	2009 ³⁾	2010
in Euro							
Insgesamt	16.856	17.750	17.852	18.153	19.011	19.886	20.618
in %							
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Haushalt mit Pension							
Zusammen	95	96	95	94	92	91	92
Alleinlebende Männer	113	114	104	95	92	96	94
Alleinlebende Frauen	81	80	79	78	79	78	78
Mehrpersonenhaushalt	99	102	100	99	98	95	96
Haushalt ohne Pension							
Zusammen	101	101	101	102	102	103	102
Alleinlebende Männer	98	100	100	103	101	102	98
Alleinlebende Frauen	92	99	94	98	98	93	91
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	117	119	122	120	119	126	122
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)							
Zusammen	96	93	93	94	96	95	95
Ein-Eltern-Haushalt	78	81	76	75	76	78	78
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	106	106	106	105	108	107	107
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	96	91	92	95	97	97	94
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	81	81	85	81	78	78	82

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2010. Personen in Haushalten.

1) Werte aus EU-SILC 2004 und 2005 sind nachträgliche Neuberechnungen nach einer Veränderung des Gewichtungskonzepts im Jahr 2006 und weichen von den jeweiligen Jahrespublikationen ab. - 2) Ab 2007 wird die finanzielle Bewertung von Sachleistungen (Ausnahmen: privat genutzter Firmen-PKW) nicht mehr für Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit berücksichtigt. - 3) Ab 2009 gelten Privatpensionen als Bestandteil des Haushaltseinkommens; die 13. Familienbeihilfe wird berücksichtigt.

ist aus den Daten nicht abzulesen. Durchgängig unterdurchschnittlich ist der Lebensstandard von Kindern und Jugendlichen bis 19 Jahre, von Frauen über 65 Jahre sowie von Eingebürgerten und Nicht-Österreicherinnen und Nicht-Österreichern.

Vergleicht man nach der Haushaltszusammensetzung, zeigt sich zwischen 2004 und 2010 ein unterdurchschnittlicher Lebensstandard für Haushalte mit Pension als Haupteinkommensquelle, alleinlebende Frauen haben über den gesamten Zeitraum das niedrigste Median-Äquivalenzeinkommen in diesem Haushaltstyp. In Haushalten mit anderen Haupteinkommensquellen liegt der Medianlebensstandard alleinlebender Männer im Jahr 2010 erstmals leicht unter dem Durchschnitt, jener alleinlebender Frauen liegt über den gesamten Beobachtungszeitraum darunter. Ein besonders niedriger Medianlebensstandard ist auch im Zeitverlauf für Personen in Mehrpersonenhaushalten mit mindestens drei Kindern zu beobachten, im Jahr 2010 ist erstmals wieder eine Annäherung an den Durchschnitt zu beobachten. Einen überdurchschnittlich hohen Medianlebensstandard zeigt die Zeitreihe hingegen für Mehrpersonenhaushalte (ohne Pension) ohne Kinder bzw. mit einem Kind (vgl. Übersicht 51).

7. LITERATUR

7.1. Verwendete Literatur

- » Albacete, N./Fessler, P. (2010). Österreichische Privathaushalte im Stresstest. Finanzmarktstabilitätsbericht 19, Österreichische Nationalbank. Wien. Abrufbar unter: http://www.oenb.at/de/img/fmsb_19_schwerpunkto2_tcm14-195717.pdf (15.11.2011)
- » BMASK/Statistik Austria (2009). Armutsgefährdung in Österreich: EU-SILC 2008 – Eingliederungsindikatoren. Sozialpolitische Studienreihe des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Band 2. Wien.
- » Bundeskanzleramt (2011). Europa 2020. Österreichisches Reformprogramm 2011. Abrufbar unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=43425> (15.11.2011)
- » Europäische Kommission (2009). Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt des Wandels. KOM(2009) 433, Brüssel.
- » Europäische Kommission (2010). Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM(2010) 2020, Brüssel.
- » Eurostat (2009). Social Inclusion Portfolio June 2009: Algorithms to compute social inclusion indicator based on EU-SILC and adopted under the Open Method of Coordination (OMC) (Doc LC-ILC/39/09/EN).
- » Expert Group on Household Income Statistics (2001). Canberra Group: Final Report and Recommendations. Ottawa.
- » Fusco, A./Guio, A./Marlier, E. (2010). Income poverty and material deprivation in European countries. Eurostat Methodologies and Workingpapers. Abrufbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-RA-10-030/EN/KS-RA-10-030-EN.PDF (07.11.2011)
- » Giovannini, E. (2009). Why Measuring Progress Matters. OECD, Paris.

- » Klotz, J. (2007). Soziale Unterschiede in der Sterblichkeit. Bildungsspezifische Sterbetafeln 2001/2002. In: Statistische Nachrichten 4/2007, S. 296-311.
- » Mahringer, H. (2009). Arbeitsmarktentwicklung in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. In: WIFO Monatsberichte; Bericht 12/2009, S. 967-978.
- » Statistik Austria (2011). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband Wien.
- » Statistik Austria (2010a). Methoden und Vergleiche EU-SILC 2008. Wien.
- » Statistik Austria (2010b). Arbeitskräfteerhebung. Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Wien.
- » Statistik Austria/Kommission für Migrations- und Integrationsforschung (KMI) der österreichischen Akademie der Wissenschaften (2010). migration & integration. zahlen.daten.indikatoren 2010. Wien.
- » Stiglitz, J./Sen, A./Fitoussi, J.P. (2008). Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.
- » Till-Tentschert, U./Weiss, H. (2008). Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 1. Merkmale deprivierter Lebensführung in Österreich. Wien.
- » Verma, V. (2001). EU-SILC Sampling Guidelines. Macro International Inc. London. Abrufbar unter: <http://www.unisi.it/ricerca/dip/dmq/verma/Reports/%5B05%5D%20EU-SILC%20Sampling%20Guidelines%202001.pdf> (15.11.2011)
- » Wagner-Pinter, Michael (2009). Die sozialen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Ein Bericht zu den laufenden Entwicklungen. 4. Fassung. Synthesis Forschung. Wien.

7.2. Jährliche Berichte der Statistik Austria zu EU-SILC

- » Die jährliche Publikation „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC“ ist abrufbar unter:
http://www.statistik.at/web_de/frageboegen/private_haushalte/eu_silc/index.html#index10 (18.10.2011).
- » Die Standard-Dokumentation mit Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu EU-SILC 2003 bis 2009 ist abrufbar unter:
http://www.statistik.at/web_de/dokumentationen/Soziales/index.html (18.10.2011).

